



5. Sitzung

Düsseldorf, Freitag, 16. Juli 2010

Mitteilungen des Präsidenten	121	Britta Altenkamp (SPD)	143
		Ergebnis	143
1 Opel kann auch ohne Staatshilfen saniert werden – Lehren für zukünftige Fälle ziehen		3 Nordrhein-Westfalen muss Aufstei- gerland bleiben – Reformfolge der letzten fünf Jahre bewahren	
Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 15/20	121	Eilantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP Drucksache 15/39	
Dr. Gerhard Papke (FDP)	121	Entschließungsantrag der Fraktion DIE LINKE Drucksache 15/53	144
Christian Weisbrich (CDU)	123	Armin Laschet (CDU)	144
Thomas Eiskirch (SPD)	124	Prof. Dr. Andreas Pinkwart (FDP)	145
Daniela Schneckenburger (GRÜNE)	126	Norbert Römer (SPD)	146
Wolfgang Zimmermann (LINKE)	128	Reiner Priggen (GRÜNE)	148
Minister Harry Kurt Voigtsberger	129	Bärbel Beuermann (LINKE)	149
Michael Aggelidis (LINKE)	130	Minister Ralf Jäger	150
Ergebnis	131	Ergebnis	152
2 Beste Bildung für die Jüngsten		4 Steuerflucht bekämpfen, Steuerprü- fungen intensivieren, Mehreinnahmen generieren	
Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 15/22		Antrag der Fraktion DIE LINKE Drucksache 15/33 – Neudruck	152
Entschließungsantrag der Fraktion der FDP Drucksache 15/51	131	Rüdiger Sagel (LINKE)	153
Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE Drucksache 15/52	131	Dr. Jens Petersen (CDU)	154
Britta Altenkamp (SPD)	131	Gisela Walsken (SPD)	154
Andrea Asch (GRÜNE)	133	Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE)	156
Ursula Doppmeier (CDU)	135	Angela Freimuth (FDP)	157
Ralf Witzel (FDP)	137	Minister Dr. Norbert Walter-Borjans	158
Dr. Carolin Butterwegge (LINKE)	137	Martin Börschel (SPD)	159
Ministerin Ute Schäfer	138	Michael Aggelidis (LINKE)	160
Bernhard Tenhumberg (CDU)	140	Ergebnis	161
Andrea Asch (GRÜNE)	141		
Marcel Hafke (FDP)	141		
Hamide Akbayir (LINKE)	142		

**5 Mitbestimmung im öffentlichen Dienst
muss wieder auf gleicher Augenhöhe
stattfinden**

Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/25
Änderungsantrag
der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 15/50..... 161

Rainer Schmeltzer (SPD) 161
Matthi Bolte (GRÜNE)..... 163
Peter Preuß (CDU)..... 164
Horst Engel (FDP)..... 166
Anna Conrads (LINKE) 167
Minister Ralf Jäger 168
Rainer Schmeltzer (SPD) 169
Gunhild Böth (LINKE) 170

Ergebnis 170

**6 Lohndumping durch Leiharbeit am
Uni-Klinikum Essen beenden!**

Antrag
der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 15/35..... 171

Wolfgang Zimmermann (LINKE)..... 171
Peter Preuß (CDU)..... 172
Rainer Schmeltzer (SPD) 172
Martina Maaßen (GRÜNE) 173
Dr. Stefan Romberg (FDP) 174
Minister Guntram Schneider..... 175

Ergebnis 176

**7 Benachteiligung bei der Einstellung in
den Vorbereitungsdienst für Lehräm-
ter an den Schulen aufheben – Nach-
reichfrist verlängern**

Antrag
der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 15/34

Änderungsantrag
der Fraktion der SPD
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und
der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 15/54..... 176

Gunhild Böth (LINKE)..... 176
Dr. Gerd Hachen (CDU)..... 177
Sören Link (SPD) 178
Josefine Paul (GRÜNE)..... 179
Ingrid Pieper-von Heiden (FDP) 180
Ministerin Sylvia Löhrmann..... 181

Ergebnis 182

Nächste Sitzung 182

Entschuldigt waren:

Heike Gebhard (SPD)
(bis 12:00 Uhr)

Bernd Krückel (CDU)

Beginn: 10:02 Uhr

Präsident Eckhard Uhlenberg: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich heiße Sie herzlich willkommen zu unserer heutigen, 5. Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen. Mein Gruß gilt auch unseren Gästen auf der Zuschauertribüne sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Medien.

Für die heutige Sitzung haben sich **zwei Abgeordnete entschuldigt**.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich habe noch einmal die herzliche Bitte – ich wurde darauf angesprochen, das sollte aber auch guter Usus sein –, dass während der Plenarsitzungen nicht telefoniert wird. Ich weiß, dass das Handy ein wichtiges Medium geworden ist. Auf der anderen Seite haben wir viele Zuschauer, die genau darauf achten, wie sich die Abgeordneten verhalten. Das spielt auch in den Diskussionsrunden mit den Besuchergruppen eine Rolle. Ich darf Sie von daher herzlich bitten, dass Sie nicht im Plenarsaal telefonieren, sondern dass Sie dringende Telefonate außerhalb des Plenarsaals führen.

Wir treten nunmehr in die Beratung der heutigen **Tagesordnung** ein.

Ich rufe auf:

1 Opel kann auch ohne Staatshilfen saniert werden – Lehren für zukünftige Fälle ziehen

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 15/20

Das Wort hat für die FDP-Fraktion Herr Dr. Papke.

Dr. Gerhard Papke (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die monatelange Debatte über staatliche Hilfen für Opel ist ein Lehrstück über die Bedeutung von Markt und Wettbewerb für die Funktionsfähigkeit der sozialen Marktwirtschaft. Sie ist vor allem eine Lektion für all diejenigen, die meinen, der Staat könne und müsse auf Kosten der Steuerzahler nicht wettbewerbsfähige Arbeitsplätze in der Privatwirtschaft sichern.

(Beifall von der FDP)

Man muss sich noch einmal vor Augen führen, in welcher Art und Weise General Motors die Politik in Deutschland an der Nase herumgeführt hat. Über Monate hinweg wurde die Herauslösung von Opel aus dem Konzernverbund von GM und ein Sanierungskonzept unter Führung des Bieterkonsortiums Magna/Sberbank beraten. Angesichts der drohenden Insolvenz des Mutterkonzerns – das will ich ausdrücklich noch einmal sagen – war es richtig, dass

die deutsche Politik in dieser Phase diesen Prozess sehr eng und konstruktiv begleitet hat.

Doch dann – und das war der entscheidende Wendepunkt – hat General Motors Ende 2009 zur allgemeinen Überraschung verkündet: All die monatelangen vorhergehenden Gespräche seien obsolet. Man wolle Opel jetzt doch behalten. Das Geschäftsumfeld habe sich verbessert, und man wolle Opel und die europäischen Töchter insgesamt selbst restrukturieren.

Das Interessante war, dass sich die Befürworter einer Staatshilfe für Opel zwar geschockt gezeigt haben, aber nicht bereit waren, Konsequenzen aus dem Verhalten von GM zu ziehen. Schnell war man wieder fröhlich mit neuen Offerten für GM unterwegs und hat Staatshilfen in Aussicht gestellt. Allein die FDP hat in dieser Situation klipp und klar festgehalten, dass General Motors das Sanierungskonzept für Opel nun alleine tragen und finanzieren muss.

(Beifall von der FDP)

Auch das neue Sanierungskonzept für Opel sah eine Bundesbürgschaft mit parallelen Landesbürgschaften vor. Den Bürgschaftsantrag über 1,5 Milliarden € hat GM an den so genannten Deutschlandfonds gerichtet, der, wie Sie wissen, zur Überwindung von Liquiditätsengpässen infolge der weltweiten Finanzmarktkrise eingerichtet worden war – aber eben als besonderes Instrument zur Überwindung der Finanzmarktkrise.

Deshalb gab es von Anfang an offensichtlich begründete Bedenken, ob der Bürgschaftsantrag überhaupt diesen Kriterien des Deutschlandfonds entsprechen könne. Denn jeder, der sich mit der Branche auseinandergesetzt hat, wusste, dass Opel bereits vor Ausbruch der Finanzmarktkrise in erheblichen Schwierigkeiten war. Wir hatten es und haben es hier nicht mit Auswirkungen der Finanzmarktkrise und der Konjunkturkrise zu tun, sondern mit Strukturproblemen, die über einen längeren Zeitraum aufgelaufen waren.

Entsprechende Bedenken wurden nicht nur von der FDP und Bundeswirtschaftsminister Rainer Brüderle vorgetragen. Auch der Lenkungsrat, das mit externen und unabhängigen Sachverständigen besetzte Beratergremium der Bundesregierung, hat nach einem intensiven Prüfprozess festgestellt, dass die wirtschaftlichen Kriterien für die Vergabe der Bürgschaft nicht erfüllt waren.

Die SPD, allen voran die heutige Ministerpräsidentin des Landes Nordrhein-Westfalen, hatte mit solchen Einwänden jedoch nichts am Hut. Noch am 2. Juni 2010 verstieg sich Frau Kraft zu der Behauptung – ich darf mit Genehmigung des Präsidenten wörtlich zitieren –:

Die deutschen Opel-Werke in Bochum, Eisenach und Kaiserslautern sind akut bedroht, weil die Bundesregierung die Entscheidung weiter verzögert.

Dabei hatte die Bundesregierung überhaupt nichts verzögert. Sie hat lediglich ihre Pflicht getan und den Bürgschaftsantrag nach den rechtlich eindeutigen Bürgschaftsbewertungskriterien sorgfältig geprüft. Frau Kraft hat dann weiterhin erklärt – ich zitiere wiederum –:

Der Bundeswirtschaftsminister muss seine theoretischen Überlegungen endlich zur Seite stellen und seine Arbeit machen.

Weiter sagte sie:

Die geschäftsführende NRW-Landesregierung muss die formalen Voraussetzungen dafür schaffen, dass der Landtag eine Bürgschaft zeitnah beschließen kann.

Und:

Die SPD steht bereit, eine Bürgschaftszusage für den NRW-Anteil im Landtag zu beschließen.

(Zuruf von Thomas Eiskirch [SPD])

Das ist erst wenige Wochen her. Das heißt im Klartext: Wenn die heutige Linksregierung in Nordrhein-Westfalen damals schon in Verantwortung gewesen wäre, dann hätte die Regierung eine Bürgschaftszusage an Opel gegeben – ohne Sinn und Verstand und gegen den ausdrücklichen Rat der unabhängigen Sachverständigen. Das konnte Gott sei Dank vermieden werden.

(Beifall von der FDP)

Der Bundeswirtschaftsminister hat den Antrag auf Staatshilfen für Opel abgelehnt. Diese Entscheidung war die einzig richtige. General Motors verfügt erkennbar über genügend liquide Mittel von schätzungsweise 10 Milliarden €, um die Sanierung von Opel selbst zu stemmen. Nach Angaben des Opel-Chefs Nick Reilly peilt das Unternehmen bereits für 2011 eine schwarze Null an. Bis 2014 will Opel Kredite über 3,3 Milliarden € an die Konzernmutter zurückzahlen.

Es wäre angesichts dieser Zahlen, die Mitte des Jahres bekannt waren, aberwitzig gewesen, einem solchen amerikanischen Konzern deutsches Steuergeld hinterherzuwerfen.

(Beifall von der FDP)

Genau das wollten einige SPD-geführte Opel-Länder machen. Hinzu kommt, dass staatliche Unterstützung für Opel zu gravierenden Wettbewerbsverzerrungen geführt und andere Unternehmen in der Automobilbranche gefährdet hätte. Das sage ich insbesondere mit Blick auf Nordrhein-Westfalen. Aus nordrhein-westfälischer Sicht sind die über 17.000 Arbeitsplätze bei Ford in Köln mindestens genauso viel wert wie die Arbeitsplätze bei Opel in Bochum.

Jeder muss wissen: Jeder subventionierte Arbeitsplatz bei Opel in Bochum gefährdet einen wettbewerbsfähigen Arbeitsplatz bei Ford in Köln. Das ist der Zusammenhang.

(Beifall von der FDP)

Was dann folgte, nachdem der Bund den Bürgschaftsantrag abgelehnt hatte, war ein Stück aus dem Tollhaus. Obwohl wirklich jede Rechtfertigung für Opel-Bürgschaften entfallen war, machten sich SPD-geführte Opel-Länder daran, den jeweiligen Opel-Werken mit eigenen Bürgschaften Blankoschecks auszustellen.

Noch am 15. Juni 2010 forderte der wirtschaftspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion – der, wie ich zu meiner Freude gesehen habe, in der Debatte gleich das Wort ergreifen wird; vielleicht kann er sich dann darauf beziehen –, das Land Nordrhein-Westfalen müsse nun den Bundesanteil an der Opel-Bürgschaft ausgleichen und das Bürgschaftsvolumen entsprechend erhöhen. Das hat der wirtschaftspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion bemerkenswerterweise einen Tag, bevor General Motors europaweit sämtliche Bürgschaftsanträge zurückgezogen hat, gefordert.

Eine schlimmere Klatsche für die Befürworter von Subventionen bei Opel konnte es doch gar nicht geben. Da behauptet dieser Konzern über Monate, ohne Milliardenhilfen sei Opel nicht zu retten, und erklärt dann von einem Tag auf den anderen: Jetzt reicht es uns aber. Wenn diese Antragsverfahren so langwierig und bürokratisch sind, dann verzichten wir eben auf Staatsknete und finanzieren das alleine.

Unser Wunsch ist, dass die Politik in Deutschland, vor allem die Landespolitik in Nordrhein-Westfalen, Lehren daraus zieht. Das, was wir erlebt haben, war der unverschämte Versuch eines Großunternehmens, ...

Präsident Eckhard Uhlenberg: Herr Abgeordneter, die Zeit.

Dr. Gerhard Papke (FDP): Ich komme zum Ende, Herr Präsident.

... Milliardenunterstützung auf Risiko des Steuerzahlers abzugreifen, obwohl das Unternehmen erkennbar selber in der Lage war, die nötigen Restrukturierungen vorzunehmen.

Deshalb darf sich so etwas nicht wiederholen, meine Damen und Herren. In Zukunft muss klipp und klar gelten: Es gibt bei Bürgschaftsanträgen keinen Großbetriebsbonus. Es kann nicht sein, dass Großunternehmen in der Krise besser behandelt werden als mittelständische Unternehmen, die ohne politische Rückendeckung auskommen müssen. Das ist unser Wunsch – als Lehre für die Zukunft für die Bürgschaftspolitik in Nordrhein-Westfalen.

Ich kann Ihnen versprechen, dass wir genau darauf achten werden, dass sich so etwas, wie wir es bei Opel erlebt haben, nicht wiederholen wird. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Dr. Papke. – Für die CDU-Fraktion spricht der Abgeordnete Weisbrich.

Christian Weisbrich (CDU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Vorgang Opel macht für mich vier Dinge deutlich:

Erstens. Auch sehr große Unternehmen können in existenzielle Schwierigkeiten geraten.

Zweitens. Jede Landesregierung ist gut beraten, wenn sie für kein Unternehmen Hilfen zur Arbeitsplatz- und Standortsicherung von vornherein ausschließt.

Drittens. Gerade bei Großbürgschaften ist ein sorgfältig abgestimmtes Vorgehen von Bund und Land zwingend erforderlich.

Viertens. Der Prüfmaßstab darf nicht von der Größe eines Unternehmens abhängen, sondern der Prüfmaßstab muss für alle Antragsteller grundsätzlich der gleiche sein.

(Beifall von CDU und Andrea Asch [GRÜNE])

An diese Regeln hat sich die CDU/FDP-Landesregierung stets gehalten. Auf dem Höhepunkt der Unternehmenskrise Ende Mai 2009 waren Landesregierung und Landtag – in diesem Fall der Haushalts- und Finanzausschuss – grundsätzlich bereit, die Restrukturierung der Adam Opel GmbH gemeinsam mit dem Bund und mit den anderen Standortländern durch Bürgschaften zu unterstützen, falls die Voraussetzungen dafür vorlägen.

Eine erste Plausibilitätsprüfung und Risikoanalyse durch ein namhaftes Beratungsunternehmen hat hohe Umsetzungsrisiken, aber auch Chancen aufgezeigt. Vor diesem Hintergrund waren die Begleitung des Projektes durch die Landesregierung und die jeweils zeitnahe Information der Mitglieder des Haushalts- und Finanzausschusses über die grundsätzlichen Sachverhalte und deren ständige Veränderung aus meiner Sicht vorbildlich. Das möchte ich den damals zuständigen Ministern Christa Thoben und Dr. Helmut Linssen ausdrücklich bestätigen.

(Beifall von CDU und FDP)

Dass Opel am 16. Juni 2010 alle Bürgschaftsanträge zurückgezogen hat, ist aus meiner Sicht eine erfreuliche Entwicklung, weil sie signalisiert, dass es im Unternehmen ebenso wie in der Branche nach einer langen Durststrecke wieder aufwärts geht. Für die staatliche Seite macht der Vorgang deutlich, dass selbst massive Drohungen nicht zu einer minder

sorgfältigen Antragsprüfung führen dürfen. Das Unternehmen aber sollte eines begriffen haben: Es ist unanständig, Mitarbeiter und deren Familien in Geiselschaft zu nehmen, um wirtschaftliche Vorteile zu erreichen.

(Beifall von CDU, FDP und einzelnen Abgeordneten der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mittlerweile hat es über den Standort Bochum und seine Zukunft mit Elektromobilität sehr gute Gespräche zwischen der Landesregierung und Opel gegeben, zuletzt am 9. Juli. Wir können das im Ausschuss gerne alles noch vertiefen.

Jetzt aber möchte ich den Tagesordnungspunkt zum Anlass nehmen, aufzuzeigen, wo der Arbeitsschwerpunkt der CDU/FDP-Regierung zur Überwindung der Wirtschafts- und Finanzkrise lag, und zwar nicht etwa bei den medialen Großereignissen Opel und Ford, sondern bei den zahlreichen Hilfen für den Mittelstand. Das war gut und richtig.

(Beifall von der CDU)

Meine Damen und Herren, über 18.600 kleine und mittlere Unternehmen haben seit Anfang des Jahres 2009 bis Mai 2010 die Kredit-, Bürgschafts- und Beratungsprogramme des Landes und des Bundes zur Bewältigung der wirtschaftlichen Einflüsse auf NRW in Anspruch genommen. Damit ist klar: Die Angebote der CDU/FDP-Landesregierung haben sehr zielsicher die ca. 763.000 Mittelständler im Land erreicht, die in der derzeitigen Situation dringend Rat und Hilfe brauchen. So etwas, meine Damen und Herren, kann nur eine stabile Landesregierung, kein rot-rot-grünes Wackelbündnis, das von der Gnade derer abhängt, die ökonomisch bereits einen Staat auf deutschem Boden ruiniert haben.

(Beifall von CDU und Dr. Gerhard Papke [FDP])

Unsere Förderbank, die NRW.BANK, hat im Zeitraum Januar bis Ende Dezember 2009 insgesamt 13.000 Unternehmen mit Förder- und Kreditprodukten in Höhe von insgesamt 2,4 Milliarden € versorgt. Alleine im Zeitraum von Januar bis Ende März 2010 kamen insgesamt 3.929 Unternehmen mit Förder- und Kreditprodukten in Höhe von insgesamt 866 Millionen € hinzu. Die durchschnittliche Kredit- und Fördersumme pro Betrieb lag in diesem Zeitraum damit bei fast 220.600 €.

Alleine der NRW.BANK-Mittelstandskredit ist von Januar bis Ende 2010 von 967 Unternehmen nachgefragt worden. Das Kreditvolumen beträgt rund 215 Millionen €. Damit liegt die durchschnittliche Kreditsumme pro Unternehmen bei fast 222.350 €. Die verschiedenen Förderprodukte der NRW.BANK einschließlich Mittelstandskrediten haben in diesem Zeitraum 1.461 Betriebe erreicht. Das Volumen beträgt hier derzeit rund 510 Millionen €. Damit hat jedes Unternehmen rund 350.000 € bekommen.

Warum sage ich das? – Diese Durchschnittswerte machen deutlich, dass die CDU/FDP-Regierung die richtige Zielgruppe erreicht hat: den Mittelstand und die Gründer. Besonders erfreulich waren zusätzliche Angebote Dritter an Kleinunternehmen, die koordiniert hinzukamen. So haben zum Beispiel die Genossenschaftsbanken unter dem Titel „MIND“ eine eigene Beratungssoftware entwickelt, mit der sich gerade Kleinunternehmen mit zwei bis 20 Mitarbeitern kostenlos und gezielt auf Bankgespräche vorbereiten können. Mit dieser Stärken-Schwächen-Analyse werden unter anderem Kreditverhandlungen deutlich erleichtert, vor allem aber auch verkürzt.

Bei den Bürgschaftsvergaben des Landes seit Anfang des Jahres 2009 standen kleine und mittlere Unternehmen ganz eindeutig im Vordergrund. Insgesamt wurden bis April 2010 85 Landesbürgschaften mit einem Volumen von über 632 Millionen € vergeben. Durch diese Landesbürgschaften konnten insgesamt 10.127 Arbeitsplätze gesichert und 120 neue geschaffen werden.

Ergänzend wurde durch die Bürgschaftsbank Nordrhein-Westfalen seit Anfang 2002 für 689 Betriebe ein Bürgschaftsvolumen von 138 Millionen € bewilligt. Die Bürgschaftsbank NRW darf im Rahmen des Konjunkturpaketes II befristet bis zum 31.12.2010 nur Bürgschaften bis zu einer Höhe von 1,875 Millionen € zusagen und ist damit schon aufgrund ihres Auftrags mittelstandsorientiert.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, spektakuläre Großfälle wie Ford oder Opel dürfen nicht davon ablenken, dass sich CDU und FDP in der Krise vor allem auf die Stabilisierung kleiner und mittlerer Unternehmen konzentriert haben. Dass uns das gelungen ist, meine Damen und Herren, zeigt die Entwicklung der Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen, vor allem aber der erfreuliche Rückgang der Arbeitslosigkeit. Denn zusätzliche Arbeitsplätze entstehen heute nicht mehr in Großunternehmen, sondern vor allem in den kleinen und mittleren Betrieben, wo die Inhaber nicht nur persönlich haften, sondern für die wirtschaftliche Vernunft und soziale Gerechtigkeit wie selbstverständlich zwei Seiten einer Medaille sind.

(Beifall von der CDU)

Als CDU und FDP im Mai 2005 Rot-Grün abgelöst haben, gab es 1.061.000 Arbeitslose in Nordrhein-Westfalen. Trotz der größten Wirtschaftskrise seit 80 Jahren ist die Arbeitslosigkeit bis heute um 287.000 Personen oder 27 % zurückgegangen. Das ist nicht nur das Ergebnis einer soliden Wirtschafts- und Finanzpolitik von CDU und FDP, meine Damen und Herren, sondern es ist gleichzeitig die Messlatte für Ihre Wackelkoalition.

Wenn Sie es nicht so wie wir schaffen sollten, die Zahl der Arbeitslosen in Nordrhein-Westfalen jährlich um mindestens 55.000 Personen zu senken – wir haben das in der Krise geschafft; jetzt ist die Krise vorüber –, dann hat diese instabile Linkskoalition den

Menschen in Nordrhein-Westfalen schweren Schaden zugefügt.

(Beifall von der CDU)

Dieses Ziel erfordert Handlungsstabilität und berechenbare Rahmenbedingungen für die Wirtschaft. Mit hemmungsloser Neuverschuldung, verantwortungslosen Konsumversprechungen und einer törichten Symbolpolitik werden Sie den Menschen in diesem Land nicht dienen.

Ich freue mich auf die Ausschussdebatte. – Schönen Dank.

(Beifall von der CDU)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Weisbrich. – Für die SPD-Fraktion spricht der Abgeordnete Eiskirch.

Thomas Eiskirch (SPD): Herr Präsident! Kolleginnen und Kollegen! Ich will mich nicht auf den zweiten Redeteil von Herrn Weisbrich beziehen, der der Versuch seitens der abgewählten Landesregierung war, ihre Wirtschaftspolitik im Nachhinein zu rechtfertigen. Ich denke, die Botschaften, die wir, die Sozialdemokratie und die Grünen, über die Neuausrichtung der Wirtschaftspolitik zu senden haben, werden Sie hier im Rahmen einer Regierungserklärung – vielleicht in Teilen auch schon heute während der Debatte über den Eilantrag – hören.

Ich möchte mich auf den Antrag zu Opel beziehen und freue mich, dass der Kollege Weisbrich deutlich gemacht hat, dass wir zwar die Koalition der Einladung sind, er aber – zu dem Thema – die Opposition der Einladung darstellt. Das, was Sie zu Opel gesagt haben, war ja ein durchaus vielversprechender Start.

Der Antrag der FDP richtet sich nicht an den Landtag oder an die jetzige Landesregierung. Vielmehr ist er aus meiner Sicht der freundlich formulierte Versuch einer Abrechnung der FDP mit ihrem ehemaligen Koalitionspartner.

(Beifall von der SPD – Zuruf von der FDP)

Das ist der Versuch einer Abrechnung mit Angela Merkel, Roland Koch und Jürgen Rüttgers, die sich in allen Etappenschritten für eine Bürgschaftsbegleitung der Investitionen von GM ausgesprochen haben, solange es notwendig erschien. Insofern ist es schon ein bisschen schändlich, wie Sie hier seit einigen Tagen deutlich machen, dass das Einzige, was FDP und CDU in diesem Hause noch eint, ihre Abneigung gegen die Linken ist, während sie nichts Inhaltliches mehr verbindet, Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von der SPD – Zuruf von der FDP)

– Kollege Brockes, nur weil Herr Papke Ihnen Ihre Redezeit für die zweite Runde geklaut hat, müssen Sie jetzt nicht versuchen, das mit Zwischenrufen auszugleichen.

(Beifall von der SPD – Dietmar Brockes [FDP]:
Gehen Sie einmal neue Wege, Herr Eiskirch!)

Der Sachverhalt, auf den sich der Antrag der FDP bezieht, ist allen Beteiligten in diesem Haus bekannt. Die Opel-Mutter General Motors hat ihren Antrag auf eine staatliche Bürgschaft von sich aus europaweit zurückgezogen und beabsichtigt nunmehr, die Opel-Sanierung aus eigener Kraft und ohne staatliche Absicherung zu stemmen. Das ist, zugegeben, auf der einen Seite mit einem nicht unerheblichen Arbeitsplatzabbau verbunden, auf der anderen Seite aber auch mit Investitionen in Produktionslinien für neue Modelle und der Perspektive des Einstiegs in die elektromobile Großserienfertigung bei uns in Nordrhein-Westfalen. Herr Kollege Weisbrich hat schon darauf hingewiesen.

Die Rettung ist zunächst einmal die entscheidende und wichtige Botschaft für die Kolleginnen und Kollegen in Bochum und an den anderen Opel-Standorten in Deutschland und in ganz Europa. Es geht weiter mit Opel als einem der wichtigen Eckpfeiler der automobilen Wertschöpfungskette in Nordrhein-Westfalen.

Um das festzustellen, hätte es des Antrags der FDP nicht bedurft. Ich bin froh – das ist deutlich geworden –, dass die CDU diesen Antrag nicht nur nicht mit gestellt hat, sondern auch nicht mittragen wird. Wir wissen doch, dass es auch dem früheren Ministerpräsidenten Jürgen Rüttgers wichtig war, einen Beitrag der Politik für eine gute Zukunft der dortigen Arbeitsplätze zu fordern.

Es gab hier in der vergangenen Wahlperiode einen sehr breiten Konsens darüber, dass sich der Staat nicht heraushalten darf, wenn Arbeitsplätze bedroht sind. Über die Wahl der Mittel, des Instrumentariums, ist dabei jeweils im Einzelfall zu entscheiden. Eine pauschale Diffamierung von Instrumenten ist da wahrlich fehl am Platze.

Eine Bürgschaft mindert das Risiko der Kreditgeber und ermöglicht so häufig Kreditzusagen in einem nach wie vor schwierigen Umfeld auf den Kapitalmärkten. Sie kann einen Schutzschirm gegen Risiken bilden, die Unternehmen häufig nur für eine begrenzte Zeit nicht allein meistern können. Deswegen ist dieses Instrument nicht pauschal zu diffamieren; das halte ich wirklich nicht für angebracht.

Deswegen möchte ich die Auseinandersetzung über die Sinnhaftigkeit von Bürgschaften mit einem Zitat beginnen – Kollege Papke, Kollege Brockes, auch für Sie –:

In Zeiten einer gerade zögerlich wieder in Fahrt kommenden Wirtschaft haben wir in der Koalition beschlossen, „die Entscheidungsverfahren für die Garantien für Exportkredite, Investitionen und ungebundene Finanzkredite zu beschleunigen und vorrangig an der Sicherung des Standortes Deutschland und der Förderung von Wirtschaft und Beschäftigung im Inland“ auszurichten.

So Dr. Martin Lindner, FDP-Bundestagsabgeordneter aus Berlin, am 28. Januar im Bundestag. Hört, hört – so ist das mit Bürgschaften.

Spannend ist nur, dass es dort eine Debatte über die Absicherung wirtschaftlicher Risiken für Unternehmen gab, die den Export von Atomtechnologie anstreben. Diese Risiken will die FDP mit Staatsbürgschaften absichern. Die Absicherung von Atomrisiken rechtfertigt im Weltbild der FDP den Einsatz des Staates; an anderen Stellen ist er augenscheinlich nicht gerechtfertigt. Das ist pharisäerhaft, Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von SPD, GRÜNEN und LINKEN)

Anders, wie gesagt, hier bei Opel. Die NRW-FDP geht einen völlig anderen Weg. Sie geht einen einsamen Weg, weit weg von den Wirklichkeiten hier in Nordrhein-Westfalen. Der Antrag der FDP blendet die Sachverhalte, die nicht in das neoliberale Weltbild passen, schlicht aus.

Gleich in der Überschrift philosophiert die FDP über sogenannte Staatshilfen. Sie versucht damit wider besseres Wissen den Eindruck zu vermitteln, dass es darum gegangen sei, Opel mit Geldzahlungen aus Steuermitteln weiterzuhelfen.

Hierum ging es erkennbar nicht. Es ging um eine Bürgschaft, die helfen soll, Arbeitsplätze zu sichern. Ich bitte Sie, Kolleginnen und Kollegen, die dabei waren: Lassen Sie uns doch einmal in das Frühjahr 2009 zurückblicken. Opel stand hier durch die GM-Schieflage in den USA kurz vor dem Aus, und alle wussten: Ohne staatliches Eingreifen in den USA und in Europa wären GM und damit auch die Arbeitsplätze bei Opel in Nordrhein-Westfalen nicht zu retten gewesen.

Kein Wort davon in Ihrem Antrag, dass das staatliche Unterstützen und die staatliche Hilfestellung die Grundpfeiler dafür waren, dass wir heute überhaupt noch darüber diskutieren können, welche Zukunft die Arbeitsplätze bei Opel haben. Sie blenden auch aus, dass Sie selbst, wenn auch nach langem Zaudern und Zappeln, Pfingsten 2009 einer Bürgschaft als einem Bestandteil einer Treuhandlösung zugestimmt haben. Ohne diese Treuhandlösung wäre Opel heute nicht in der Lage, sich aus eigener Kraft zu retten. Das muss man anerkennen.

Nur zur Erinnerung: Die damals von Ihnen mitbeschlossene Bürgschaft – Kollege Brockes, bevor Sie weiterlachen – war bedeutend höher und risikoträchtiger als das, was Sie heute ablehnen.

(Zuruf von Dietmar Brockes [FDP])

Von möglichen positiven Effekten für die öffentliche Hand aus Bürgschaftsprovisionen will ich an der Stelle gar nicht reden.

Das Problem der FDP ist: Eine Auseinandersetzung mit den politischen Aufgaben in Nordrhein-Westfalen wird verweigert und durch Begrifflichkeiten ersetzt,

die in ein neoliberales Weltbild hineinpassen. Mit Ihrem Antrag zeigen Sie einmal mehr das marktradikale Verständnis von Politik. Die Wählerinnen und Wähler honorieren das nicht.

Kolleginnen und Kollegen, wir müssen unsere Vorgehensweise nicht daran orientieren, ob ein Unternehmen groß oder klein ist; das hat der Kollege Weisbrich auch schon ausgeführt. Aber die FDP versucht, das in ihrem Antrag anzudeuten und herauszuarbeiten. Es ist absurd, davon zu sprechen, dass Großunternehmen besser behandelt würden als mittelständische Betriebe. Das ist wirklich eine Verhöhnepipelung all derer, die sich an diesen Stellen gerade für den Mittelstand engagieren. Es ist doch bekannt, wie vielen Kleinunternehmen vor allem in der Krise seitens der NRW.BANK und der Bürgschaftsbank – Kollege Weisbrich hat die Zahlen gerade noch mal sehr ausführlich genannt – in Zeiten der Kreditklemme geholfen wird. Frau Ex-Ministerin Thoben hat die Zahlen auch immer wieder erläutert. Und Sie tun so, als würde die öffentliche Hand nur Großbetrieben helfen. Nein! Die öffentliche Hand hat mindestens genauso Verantwortung – und wird ihr auch gerecht – für die kleinen und mittleren Unternehmen in unserem Land. Das ist auch richtig so, Kollege Brockes.

(Dietmar Brockes [FDP]: Unter klaren Kriterien!)

Es ist absurd zu behaupten, es gäbe politisch motivierte Subventionszusagen auf Kosten der Steuerzahler.

Richtig ist – da unterscheidet sich unser Politikansatz diametral von Ihren neoliberalen Theorien –:

(Dietmar Brockes [FDP]: Gott sei Dank!)

Bei uns steht der Mensch im Mittelpunkt. Dies gilt unabhängig von der Betriebsgröße und frei von ideologischen Scheuklappen. Wir wollen gute Arbeitsbedingungen. Wir wollen den Industriestandort NRW sichern und die lokale Wirtschaft stärken.

Wir laden die anderen Fraktionen hier im Landtag ein, jeweils im Einzelfall mit uns zu beraten, welcher Weg der richtige ist.

(Dietmar Brockes [FDP]: Stimmen Sie doch dem Antrag zu!)

– Möchte er eine Zwischenfrage stellen? Ich weiß das nicht. – Gut, er blökt also nur so rein.

Wir laden Sie ein, über das richtige Instrumentarium zur Stabilisierung und Weiterentwicklung von Unternehmen am Standort NRW zu debattieren. Weiten Sie Ihren Blick! Gute Wirtschaftspolitik und soziale Marktwirtschaft sind viel mehr als ideologisch motivierte Verweigerung von Bürgschaften oder anderen staatlichen Unterstützungen.

Ein weiter Blick schließt ein, dass mittelständische Unternehmen, die unter der Kreditklemme bzw. einer deutlich restriktiveren Finanzierungssituation leiden,

bei der Versorgung mit Kapital unterstützt werden, das sie für Investitionen dringend benötigen.

Er schließt ein, dass wir zum Beispiel den Zukunftsmarkt der erneuerbaren Energien in Nordrhein-Westfalen nach vorne bringen und nicht einzelne wichtige Branchen wie Windenergie oder Bergbauzulieferer pauschal diffamieren.

Er schließt allerdings aus, dass wir mit ideologischen Scheuklappen durchs Land rennen. Bei Opel haben die Scheuklappen der FDP den Blick verengt. Die CDU sahen und sehen wir hier an unserer Seite.

Die Einladung unseres Koalitionsvertrages „Gemeinsam neue Wege gehen“ gilt ausdrücklich auch für die gemeinsame Arbeit für eine gute Wirtschaftspolitik hier im Parlament. Ich freue mich bereits jetzt auf die Beratung dieses Antrags und der Wirtschaftspolitik insgesamt im Ausschuss. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Eiskirch. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Frau Abgeordnete Schneckenburger.

Daniela Schneckenburger (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich freue mich ausgesprochen über die Gelegenheit, heute Morgen zum ersten Mal in diesem Hohen Haus sprechen zu dürfen. Insofern hat der Antrag der FDP zumindest für mich einen gewissen Zweck erfüllt. Welchen inhaltlichen und welchen praktischen politischen Nutzen er hat, darüber, Herr Papke, kann man noch mal in aller Ausführlichkeit streiten.

(Beifall von GRÜNEN, SPD und LINKEN)

Lassen Sie mich zunächst Folgendes vorweg sagen, um die Gemeinsamkeiten zu betonen: Auch die grüne Fraktion ist der Auffassung, dass es ausgesprochen gut ist, dass GM Opel, seine deutsche Tochter, aus eigener Kraft sanieren kann und will. Niemand – niemand! – will einem Konzern eine Bürgschaft aufdrängen, wenn er sich selber am Kapitalmarkt bedienen kann. Genau das ist der Zweck einer Bürgschaft: Unternehmen, die Schwierigkeiten haben, sich am Kapitalmarkt zu bedienen, und zwar unabhängig von ihrer Größe, einen Rechtsrahmen zu geben.

Zweitens. Wir begrüßen, dass GM eine Standortzusage für den Standort Bochum gegeben hat. Wir erwarten im Übrigen auch, dass GM diesmal seine Zusage auch wirklich einhält, der Standort Bochum erhalten bleibt und ein innovativer Standort wird.

Drittens. Wir können gerne gemeinsam festhalten, Herr Papke: Natürlich darf eine Regierung niemals erpressbar werden – weder durch ein Großunternehmen noch durch ein kleineres Unternehmen.

Der Gegenstand Ihres Antrags, den Sie heute vorgelegt haben, nämlich die Opel-Bürgschaft, ist aber, wenn wir ehrlich sind, längst erledigt und Schnee von gestern. Es gibt eine schlichte Feststellung, die hier schon mehrmals getroffen worden ist: GM braucht und will keine Bürgschaft für Opel. Man wäre ja auch politisch mit dem Klammerbeutel gepudert, wenn man GM gegen den eigenen Willen eine Bürgschaft aufdrängen wollte. Das ist breiter Konsens in diesem Haus; da bin ich mir absolut sicher.

(Beifall von GRÜNEN und LINKEN)

Damit ist es mit den Gemeinsamkeiten aber schon zu Ende. Denn Ihr Argument, lieber Herr Papke, GM sei ein maroder Konzern – das haben Sie hier eben genau so vorgetragen –,

(Dr. Gerhard Papke [FDP]: Nein!)

ist doch ein Argument, das sich durch den Vollzug und Ihren Antrag geradezu gegen sich selbst wendet. Denn wir können feststellen: Offensichtlich hat Opel doch ein Restrukturierungskonzept. Offensichtlich weiß GM doch, wie sie die deutsche Tochter und den Automobilkonzern wieder auf die richtige Spur bringen können. Offensichtlich haben sie auch das Vertrauen am Kapitalmarkt gewonnen.

Dafür gibt es übrigens gute Gründe. Wir können sehen, dass bei Opel in Bochum die Absatzzahlen wieder steigen. Wir können sehen, dass die Kurzarbeit – da möchte ich mich gern auf den Kollegen Weisbrich beziehen – unter anderem bei Opel und bei vielen anderen Unternehmen das Mittel ist, mit dem die Arbeitslosigkeit in den vergangenen zwölf Monaten gedämpft und ihr Anstieg verhindert werden konnte. Kurzarbeit ist ein gutes Mittel. Das hat GM in Bochum angewandt; das läuft jetzt aus. Wir stellen fest: Bei Opel in Bochum werden wieder Sonder-schichten gefahren.

Also, Herr Papke: Entschuldigung, aber dieses Unternehmen scheint doch einen Weg gefunden zu haben. Insofern braucht es keine staatliche Bürgschaft mehr. Das ist auch ausgesprochen gut. Das Unternehmen war offensichtlich auf der richtigen Spur, und die Talsohle war durchschritten.

(Beifall von den GRÜNEN)

Auch für uns gilt wie für jede Regierung vorher: Bürgschaften müssen nach Recht und Gesetz vergeben werden. Bürgschaften müssen sorgfältig geprüft werden. Bürgschaften dürfen keine Subvention eines Unternehmens sein. Das heißt auch, dass das Risiko einer Bürgschaft beherrschbar sein muss und dass ein Restrukturierungskonzept und eine positive Prognose für ein Unternehmen vorhanden sein müssen.

Präsident Eckhard Uhlenberg: Frau Abgeordnete Schneckenburger, es gibt eine Wortmeldung des Herrn Abgeordneten Dr. Papke.

Daniela Schneckenburger (GRÜNE): Bitte schön, Herr Papke.

Präsident Eckhard Uhlenberg: Bitte schön.

Dr. Gerhard Papke (FDP): Vielen Dank, Frau Kollegin Schneckenburger. – Da es mir eine Freude war, dass meine Fraktion Ihnen Gelegenheit für Ihre Jungferrede geboten hat, wollte ich Ihnen auch gleich Gelegenheit zur ersten Frage- und Antwortsituation liefern.

Zur Sache: Wenn die Situation bei Opel derart positiv ist, wie Sie sie beschreiben, war es dann – das ist meine Frage – aus Ihrer Sicht nicht völlig überflüssig, dass auch in Nordrhein-Westfalen Landespolitiker nach Ablehnung des Bürgschaftsantrags durch den Bund noch im Juni die Notwendigkeit einer Bürgschaft für Opel betont haben? War das nicht völlig überflüssig? War das nicht genau dieses Hinterhertragen von staatlichen Hilfsangeboten, das Sie zu Beginn Ihrer Ausführungen sehr zu Recht kritisiert haben?

Daniela Schneckenburger (GRÜNE): Lieber Herr Papke, vielleicht ist das eine Frage, die Sie in Ihrem Kabinett der alten schwarz-gelben Regierung hätten diskutieren lassen können.

(Beifall von GRÜNEN, SPD und LINKEN – Dr. Gerhard Papke [FDP]: Ich stelle sie aber Ihnen! Frau Kollegin, ich möchte von Ihnen eine Antwort haben! Was sagen Sie denn?)

Meines Wissens war es so, dass der Ministerpräsident der alten Regierung häufiger in Bochum war als ich selbst und häufiger vor dem Werkstoren in Bochum stand als ich selbst. In der Tat ist es so, dass nicht an jeder Stelle durchsichtig war – übrigens auch nicht für die Opelaner –, welche Strategie GM einschlägt. Aber zu dem Zeitpunkt, als man sie erkennen konnte, musste man sagen: Bitte schön, die Dinge sollen so laufen, wie sie laufen sollen. GM soll seinen Konzern alleine sanieren. Im Übrigen hätte man das bei einer sorgfältigen Prüfung der Unterlagen bei GM auch immer gesagt, wenn erkennbar gewesen wäre, dass die Eigenkapitalausstattung so ist, wie sie ist.

Worüber wir streiten, Herr Papke, das ist lediglich die Frage, ob man überhaupt prüfen sollte. Wenn wir ganz ehrlich sind, dann müssen wir sagen, dass wir hier natürlich um ein politisches Faktum streiten. Sie setzen sich von einer Landesregierung ab, in der der Ministerpräsident sehr häufig vor den Werkstoren in Bochum war, in der sich die Landesregierung in Gestalt des Ministerpräsidenten sehr eindeutig für eine Bürgschaft für Opel ausgesprochen hat. Jetzt geht es ein bisschen darum, im Nachgang – das kann man das verstehen –, wenn die Ehe geschieden ist, zu gucken: Wer war schuld? Siehste, siehste!

(Beifall von GRÜNEN, SPD und LINKEN)

Als FDP möchte man die eigene Rolle möglichst in anderer Weise beschreiben, als sie in der Vergangenheit vorhanden war. Sie wollen zeigen: Der ehemalige Ministerpräsident war zum Missfallen der FDP in Bochum. Sie wollen zeigen: Die FDP hat ein klares ordnungspolitisches Gesicht in Nordrhein-Westfalen. Dieses Gesicht ist in der alten Landesregierung nach Ihrer Auffassung nicht genügend ausgedrückt worden.

Das zweite Ziel dieses Antrages, Herr Papke, verstehe ich, ehrlich gesagt, überhaupt nicht. Sie wollen den FDP-Bundeswirtschaftsminister in Schutz nehmen. Sie wollen noch einmal betonen, welche hervorragende Rolle er gespielt hat. Was war denn eigentlich? Es war so, dass er sich auf die Schienen gelegt – vor einen Zug, von dem man am Ende feststellte, dass er gar nicht losgefahren ist. Das war schon eine „Heldentat“. Ist in Ordnung, das kann man auch noch mal sagen. Ich verstehe auch, dass Sie den Bundeswirtschaftsminister hier zu Gehör bringen wollen. Er hat es nicht ganz leicht, als solcher ein eigenes Profil zu entwickeln. Da gab es in der vergangenen Zeit durchaus Probleme. Ich glaube aber, ehrlich gesagt, es ist nicht unsere Aufgabe als Landesparlament, dafür Sorge zu tragen, dass der Bundeswirtschaftsminister über die Erwähnung, die er ansonsten in den Medien wenig findet, in Nordrhein-Westfalen noch einmal ordentlich gelobt wird.

(Beifall von GRÜNEN, SPD und LINKEN)

Herr Papke, es gibt eine zweite Aufgabe, die ein Landesparlament – das sage ich auch mit Blick auf meine vorherige Funktion als Landesvorsitzende der Grünen – nicht erfüllen kann und nicht erfüllen soll. Es kann nicht darum gehen, dass dieses Landesparlament die Bühne dafür wird, dass die FDP ihr Profil für die kommende Wahlperiode sucht.

(Lachen von Dr. Gerhard Papke [FDP])

Sie wollen Ihr ordnungspolitisches Profilschärfen. Sie wollen das Fähnlein der Aufrechten weiter hoch halten, indem Sie deutlich machen, Sie seien die letzte ordnungspolitische Bastion in Nordrhein-Westfalen.

(Ralf Witzel [FDP]: Das sind wir auch!)

Das sollten Sie mit Ihren Parteigremien ausmachen, Herr Papke.

(Beifall von den GRÜNEN)

Darum, meine Damen und Herren, ist es im Wesentlichen ein Showantrag, in der Sache erledigt.

Ich glaube, es macht Sinn, einmal nach vorne zu gucken und die Gelegenheit zu nutzen, sich in positiver Weise auf das zu beziehen, was thematisiert wird, nämlich Opel in Bochum, die Lage der Automobilindustrie.

Herr Papke, vielleicht können wir uns an der Stelle dann doch die Hand reichen, wenn es nämlich um die Zukunft kleiner und mittlerer Unternehmen in Nordrhein-Westfalen geht und um die wirklich ausgesprochene wichtige Rolle, die diese Unternehmen in Nordrhein-Westfalen haben. Tatsache ist doch: Wenn wir nach vorne gucken wollen, dann müssen wir jetzt daran arbeiten, die Standortchancen Nordrhein-Westfalens in der Elektromobilität – dazu haben wir auch etwas in den Koalitionsvertrag geschrieben – zu verbessern. Das ist die feste Absicht von Rot und Grün in Nordrhein-Westfalen. Das kann und muss man gemeinsam tun, mit einem kontinuierlichen und substanziellen Dialog: mit Opel Bochum, aber auch mit den anderen Unternehmen in Nordrhein-Westfalen.

(Dietmar Brockes [FDP]: Das haben wir gemacht! – Gegenruf von Rüdiger Sagel [LINKE]: Das haben Sie gar nicht gemacht, Herr Brockes!)

Aus vielen Besuchen gerade in kleinen und mittleren Unternehmen, weiß ich, lieber Herr Kollege, dass die ein hohes Interesse daran haben, dass Nordrhein-Westfalen Standort von Elektromobilität wird, dass Nordrhein-Westfalen diese Markchancen nutzt und dass es Marktchancen sind, die gerade den kleinen und mittleren Unternehmen, die in der Zulieferindustrie sind, auch wirklich nutzen.

Es gibt verschiedene Themen, um die man sich kümmern muss: Man muss sich um die Technologieförderung insgesamt kümmern. Man muss sich – das ist ein ganz wichtiges Thema – um die Batterieentwicklung in Nordrhein-Westfalen kümmern. Und man muss sich auch um die Infrastrukturentwicklung kümmern. Damit, glaube ich, schlagen wir ein Kapitel auf und machen einen Weg in Nordrhein-Westfalen auf, mit dem es gelingt, gerade kleinen und mittleren Unternehmen wirklich eine Chance zu bieten, an der Stelle mitzuarbeiten. Herr Papke, Sie wissen: Koalition der Einladung – dazu lade ich Sie gerne ein. – Danke schön.

(Beifall von GRÜNEN, SPD und LINKEN)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Schneckenburger. – Für die Fraktion Die Linke spricht der Abgeordnete Zimmermann.

Wolfgang Zimmermann (LINKE): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Nordrhein-Westfalen ist wie kaum ein anderes Land von Industrie und Arbeit geprägt und daher von der aktuellen Wirtschaftskrise ganz besonders betroffen. Bei Opel bangen weiterhin Tausende Beschäftigte und ihre Familien um ihre Arbeitsplätze. Und weitere Zigtausend in der Zulieferindustrie sind betroffen. Das ist die Welt, in der wir leben, und das ist die Angst, die die Kolleginnen und Kollegen haben.

Um dieser verheerenden Krise zu begegnen, brauchen wir in unserem Land Investitionen in die Zukunft, den Ausbau der öffentlichen Infrastruktur, öffentlich geförderte Beschäftigung sowie Förderprogramme für Regionen und Branchen. Mit dem vorliegenden FDP-Antrag soll genau das unterbunden werden.

Trotz Kurzarbeit wurden in der Industrie im letzten Jahr fast 250.000 Arbeitsplätze abgebaut. 200.000 Arbeitsplätze sollen nach Aussagen der Industrieverbände in diesem Jahr gestrichen werden. Sie, meine Damen und Herren von der FDP, fabulieren jedoch von einem sich selbst tragenden Aufschwung und vom Ende der Krise. Ich muss sagen: Sie leben in einer Scheinwelt!

(Beifall von der LINKEN)

Am Beispiel Opel wird Ihre verheerende Politik besonders deutlich. Millionen von Euro hat die Große Koalition als Überbrückungskredit gegeben. Jetzt, wo General Motors mithilfe der Steuergelder aus Deutschland und den USA wieder obenauf ist, tun Sie so, als ob der Markt das alles selbst regulieren würde und überhaupt keine Kredite notwendig gewesen wären. Das ist falsch! Ohne die Kredite würde es das Unternehmen vermutlich heute in der Form überhaupt nicht mehr geben.

Jede Woche werden von General Motors Produktionszusagen für das Elektroauto in Aussicht gestellt – und dann widerrufen. Natürlich ist es richtig, von General Motors Antworten auf Fragen nach Finanzierung und auch Patenten zu verlangen. Aber die entscheidenden Fragen, meine Damen und Herren von der FDP, stellen Sie nicht. Wie sollen alle Arbeitsplätze und Standorte erhalten bleiben? Wie soll angesichts der Überproduktion von Automobilen die Zukunft der Arbeitsplätze langfristig gesichert werden? Statt ein Konzept für eine aktive Industriepolitik vorzulegen, fordern Sie von den Beschäftigten implizit den Verzicht auf tarifliche Leistungen in Höhe von 20 Millionen € alleine in Bochum. Das ist keine Innovation, sondern eine Fortsetzung der Politik des Tarif- und Lohndumpings in der Automobilindustrie. Das ist mit uns nicht zu machen.

(Beifall von der LINKEN)

Das ist kein Ausweg aus der Krise, sondern das ist schlichtweg ein Skandal.

Wir als Linke fordern und sagen Ja zu öffentlichen Bürgschaften und Krediten. Die Bedingungen dafür müssen aber Standorterhalt und Beschäftigungssicherung sein. Geld aus öffentlicher Hand kann es natürlich nur gegen die Beteiligung der öffentlichen Hand an den Unternehmen geben, denen wir das Geld geben. Vor allen Dingen müssen erweiterte Mitspracherechte der Belegschaften gewährleistet sein. Das müssen die Bedingungen sein. Dies gilt selbstverständlich nicht nur für Opel, sondern auch für andere große und kleinere Betriebe.

Selbstverständlich müssen sich die Bundesregierung und die Landesregierungen auf europäischer Ebene auch auf eine gemeinsame Zukunft für die europäischen Standorte verständigen. Das ist eine Grundbedingung. Wir stehen natürlich vor allen Dingen für die Arbeitsplätze in Nordrhein-Westfalen und in Deutschland ein. Aber uns sind die Arbeitsplätze an den anderen europäischen Standorten, welcher Betriebe auch immer, nicht gleichgültig.

Meine Damen und Herren von der FDP, Ihre Wirtschaftspolitik des Marktradikalismus und der Lobbypflege – bei Hoteliers und anderen Großindustriellen klappt das ja ganz gut – haben die Menschen bei Opel und in der Zulieferindustrie wahrlich nicht verdient. Es geht nämlich nicht nur um den Großbetrieb Opel, sondern es geht auch um die vielen kleineren und mittleren Betriebe in dieser Region. Es geht um Menschen und ihre Existenz und nicht nur um Profitmaximierung. Das sollten wir uns als Politiker wirklich merken. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der LINKEN)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Zimmermann. – Für die Landesregierung spricht Herr Minister Voigtsberger.

Harry Kurt Voigtsberger, Minister für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich stehe zum ersten Mal an dieser Stelle vor diesem Hohen Hause. Das freut mich. Sie wissen, ich vertrete ein großes, spannendes Ressort. Das zeigt ja auch schon die heutige Debatte. Ich freue mich auf die Zusammenarbeit mit Ihnen, vor allem auch in den Ausschüssen. Ganz besonders möchte ich mich bei Frau Thoben und Herrn Lienenkämper für die gelungene Übergabe bedanken. Vielen Dank dafür!

Nun steige ich direkt in die Materie, in den Antrag der Fraktion der FDP, ein.

Meine Damen und Herren, ich denke, die Opel-Problematik müsste man in zwei Phasen aufteilen. Bei dem ersten Antrag der Adam Opel GmbH Ende 2008 ging es um die Gewährung einer Staatshilfe der Bundesregierung. Die Adam Opel GmbH erhielt daraufhin im Frühsommer 2009 von Bund und Standortländern einen Überbrückungskredit, der eine Anschlussinsolvenz von Opel infolge der Einleitung des US-Insolvenzverfahrens nach Chapter 11 für die Muttergesellschaft General Motors verhinderte. Meine Damen und Herren, ohne diese Staatshilfe wäre die Insolvenz wahrscheinlich nicht zu verhindern gewesen. Dann wären bei Opel die Lichter ausgegangen.

Dieser von den Förderbanken des Bundes und der Standortländer bereitgestellte Überbrückungskredit wurde durch eine staatliche Garantie abgesichert. Die Hilfe erfolgte auf der Seite des Bundes im Rahmen des für die Krisenjahre 2009 und 2010 aufgelegt

ten Hilfsfonds für die deutsche Wirtschaft. Die Standortländer schlossen sich durch parallel gewährte Kredite entsprechend den jeweiligen Beschäftigungsrelationen an.

Meine Damen und Herren, nachdem aber nun das Chapter-11-Verfahren für General Motors in den USA im August 2009 abgeschlossen war, entschied sich die Muttergesellschaft, die für den Überbrückungskredit verpfändeten Gesellschaftsanteile der Adam Opel GmbH durch Rückführung des Kredites wieder an sich zu ziehen. Das bedeutet, wenn man das im Nachhinein betrachtet: Der Überbrückungskredit hat geholfen. Die Anschlussinsolvenz ist abgewendet worden. Der Kredit ist zurückgezahlt worden, und zwar mit Zinsen.

Nun komme ich zur zweiten Phase. Für die Finanzierung der Restrukturierung beantragte Opel im Herbst 2009 eine staatliche Hilfe bei der Bundesregierung zur nachhaltigen Sicherung des Standortes. Grundlage dieses Antrages war eine Zusage des damaligen Bundeswirtschaftsministers zu Guttenberg, der erklärte, jeder Investor bzw. Eigner von Opel könne eine staatliche Hilfe beantragen. Herr Minister Brüderle, der nachfolgende Bundeswirtschaftsminister, hat dieser Antragstellung in seiner Amtszeit formal nicht widersprochen.

Grundlage für die Prüfung dieses Antrages der Adam Opel GmbH waren die Bürgschaftsrichtlinie des Bundes und das Regelwerk des Wirtschaftsfonds Deutschlands. Meine Damen und Herren, politisch motivierte Subventionszusagen sind auf dieser Basis überhaupt nicht möglich. Diese wären auch durch die beihilferechtlichen Rahmenwerke der Europäischen Kommission nicht gedeckt und würden damit sofort als Verstoß geahndet werden. Insofern gilt bei der Vergabe von Bürgschaften ein strenges Regelwerk für große wie für kleine Unternehmen.

Nachdem sich die wirtschaftliche Entwicklung der Automobilhersteller seit Anfang 2010 sowohl in den USA als auch in Europa positiv gestaltet hat, entspannte sich auch die Liquiditätssituation bei der Adam Opel GmbH. Insofern war dann auch die Absage einer Staatshilfe im Juni dieses Jahres ohne besonderes wirtschaftliches Risiko für das Unternehmen möglich.

Die vorliegenden Informationen des Unternehmens den Standort Bochum betreffend – wenn wir uns das heute ansehen –, deuten darauf hin, dass die Produktionsvorbereitungen für das neue Zafira-Modell auf Hochtouren laufen und darüber hinaus gute Aussichten bestehen, die künftige Produktion eines Elektroautos in Bochum zu etablieren. Die Landesregierung wird den Ausbau der E-Mobilitäts-Kompetenz des Standortes Bochum unterstützend begleiten.

Abschließend noch eine Anmerkung zum dritten Spiegelstrich, Herr Dr. Papke: zur Frage der Gleichbehandlung. Das ist natürlich ein wesentlicher As-

pekt. Aber ich muss Ihnen sagen – die Zahlen sind mir so vorgelegt worden –: Von Juli 2008 bis heute wurden Bürgschaften – nur Bürgschaften! – für 135 kleine und mittelständische Unternehmen und für 38 größere Unternehmen ausgesprochen; Großunternehmen beginnen aber schon bei 250 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Insofern ist die Frage der Gleichbehandlung durchaus gegeben.

Wir können zusammenfassend sagen, meine Damen und Herren: Die damalige Bundesregierung und die damalige Landesregierung haben richtig gehandelt. Ich denke, das können wir in dieser Form so festhalten.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Minister Voigtsberger. – Ich sehe, es gibt noch eine Wortmeldung. Für Die Linke spricht Herr Abgeordneter Aggelidis. Bitte schön.

Michael Aggelidis (LINKE): Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! So, wie wir Linke kritisiert haben, dass es einerseits einen riesigen Rettungsschirm für die Banken gibt und andererseits keinen vergleichbaren Rettungsschirm für die Erwerbslosen und von Armut Betroffenen, sagen wir auch hier: Es ist richtig, keinen Rettungsschirm für GM aufzuspannen, zumal dieser Konzern über ausreichend Liquidität verfügt.

Die Frage, die der FDP-Antrag nicht erörtert, ist die folgende: Welche Folgen wird das für die betroffenen Belegschaften, für die Kolleginnen und Kollegen haben? Soll die öffentliche Hand für sie etwa auch keinen Rettungsschirm aufspannen? Oder doch? Als Zweites soll der Landtag nämlich seine Erwartung aussprechen, dass Opel seine Zusagen für den Erhalt des Standortes Bochum einhält. Das aber genügt uns eben nicht! Wie oft war die mit vielen Opfern abgerungene Zusage der Standorterhaltung mit der massiven Vernichtung von Arbeitsplätzen verbunden?

Es genügt daher nicht, den Erhalt der Standorte zu fordern. Wir müssen den Erhalt der Arbeitsplätze fordern. Denn, wer ist dafür verantwortlich, dass Opel ins Trudeln geraten ist? Die Beschäftigten sind es sicherlich nicht. Es ist daher äußerst ungerecht, dass sie dafür bezahlen sollen, indem große Teile von ihnen in die Erwerbslosigkeit gedrängt werden und damit aufgrund der Risse im sozialen Netz eher über kurz als über lang in die Armut der Hartz-IV- und der anderen Agenda-2010-Gesetze abrutschen.

(Beifall von der LINKEN)

Der FDP-Antrag erwähnt auch nicht das Problem, was hier produziert wird. Unserer Meinung nach gehört eine ökologisch verantwortbare Zukunft nicht der Automobilität, sondern dem Ausbau des Transports von Personen und Gütern auf die Schiene.

(Beifall von der LINKEN)

Daher muss auch für die Automobilbranche von Konversion die Rede sein – aber nicht über die Köpfe der Beschäftigten hinweg. Es sind vielmehr die Belegschaftsmitglieder selber, die gefragt werden müssen und in ihrer Arbeitszeit beraten sollen, was sie im Sinne der ökologischen Verantwortung und der gesellschaftlichen Bedürfnisse produzieren wollen und können. Die Verantwortung der Politik ist, ihnen dabei zu helfen.

Die FDP will, dass in Zukunft Großunternehmen nicht besser behandelt werden als mittelständische Unternehmen. Nun gut. Wir wollen mehr! Wir wollen, dass Menschen nicht schlechter behandelt werden als Unternehmen. Das bedeutet zum Beispiel, dass Großkonzerne nicht das Recht zum Arbeitsplatzabbau haben dürfen. Wenn sie es unter diesen Bedingungen nicht schaffen, Gewinne zu erwirtschaften, dann gehört der betreffende Konzern in die öffentliche Hand. Das wäre jedenfalls ein Ansatz gemeinschaftlicher Lösungen immer dann, wenn die Privatwirtschaft beim Erhalt der Arbeitsplätze und des Lebensstandards der Beschäftigten versagt.

Die Linke sagt: In aller erster Linie gehört den Beschäftigten von Opel unsere Solidarität und nicht dem Konzern. – Vielen Dank.

(Beifall von der LINKEN)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Aggelidis. – Es liegen keine weiteren Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt vor.

Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung** des **Antrags** der Fraktion der FDP **Drucksache 15/20** an den **Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie**. Die abschließende Beratung und Abstimmung soll dort in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wer dieser Beschlussempfehlung des Ältestenrates folgen kann, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer möchte dem nicht folgen? Wer enthält sich? – Damit ist die Überweisung vorgenommen worden.

Ich rufe auf:

2 Beste Bildung für die Jüngsten

Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/22

Entschließungsantrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 15/51

Änderungsantrag
der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 15/52

Das Wort hat für die SPD-Fraktion Frau Abgeordnete Altenkamp.

Britta Altenkamp (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Dieses sogenannte Kinderbildungsgesetz hat uns in der letzten Legislaturperiode wahrlich intensiv beschäftigt. Das ist ganz sicher eines der Gesetzgebungsverfahren, an denen sich am deutlichsten machen lässt, wie die schwarz-gelbe Regierung mit ihrer Gesetzgebung umgegangen ist.

Wir, Rot-Grün, wollen mit unserem Antrag Betroffene zu Beteiligten machen. Das ist uns ein sehr wichtiges Anliegen.

(Beifall von der SPD)

Denn ein ganz entscheidender Fehler des sogenannten Kinderbildungsgesetzes ist gewesen, dass es über die Köpfe von Eltern, von Kindern und von Erzieherinnen hinweg ohne Übergangsphase in den Stil gestoßen worden ist – mit allen Schwierigkeiten, die es dann gebracht hat. Die Menschen haben sozusagen beim Umsetzen feststellen müssen, wie eklatant die Schwächen dieses Gesetzes sind.

Wir haben im Wahlkampf immer wieder gesagt: Das sogenannte Kinderbildungsgesetz ist der missratene Versuch, mehr Kinder mit weniger Geld und weniger Personal zu betreuen.

Wir versuchen nun mit unserem Antrag und dem angelegten Dialogverfahren, unter Einbeziehung der Betroffenen die schlimmsten Schwierigkeiten ein Stück an den Tag zu bringen. Wir versuchen gleichzeitig, schon einige Dinge zu heilen.

Wir werden das Finanzierungssystem evaluieren. Ja, das muss evaluiert werden, uns zwar sehr schnell. Denn es hat sich herausgestellt, dass das Gesetz insgesamt unterfinanziert ist und dass die Pauschalen – fußend auf einem Tarifsystem von 2005 – in der Zwischenzeit weder ausreichen noch in irgendeiner Form auch in Zukunft durch eine 1,5%ige Steigerung ausreichen werden.

Der Betreuungsschlüssel und die Erzieherinnen-Kind-Relation sind in Nordrhein-Westfalen so mies wie in keinem anderen Bundesland. Darüber hinaus – das muss man einfach sagen – ist die Situation verglichen mit der Erzieherinnen-Kind-Relation in anderen Ländern Europas wirklich beschämend. Deshalb muss sich an dieser Stelle deutlich etwas ändern.

(Vorsitz: Vizepräsidentin Carina Gödecke)

Die Elternbeiträge sind ein Kapitel, über das wir hier lange und vielfach gestritten haben. Denn diese alte schwarz-gelbe Landesregierung hat zunächst einmal den Elternbeitragsdefizitausgleich gestrichen und dann mit der Beitragsstaffelung – so wie Sie sie im Gesetz vorgeschlagen haben – mit den Stundenkontingenten dazu beigetragen, dass für Kinder von einkommensschwachen Familien in den ärmeren

Kommunen tatsächlich die höchsten Beiträge fällig werden.

Das, meine Damen und Herren, muss dringend geändert werden. Denn es kann nicht sein, dass der Geldbeutel der Eltern und der Geldbeutel der Kommunen über die Bildungschancen von Kindern in Nordrhein-Westfalen entscheiden.

(Beifall von SPD, GRÜNEN und LINKEN)

Über das Sprachstandsfeststellungsverfahren und die Wirksamkeit der Sprachförderung kann man trefflich streiten. Es bleibt fraglich, ob das gewählte Verfahren Delfin 4 tatsächlich dazu geeignet ist, den Sprachstand von Vierjährigen festzustellen. Eines scheint sicher zu sein: Es stellt jedenfalls fest, wie die Tagesform eines vierjährigen Kindes ist. Darüber hinaus gibt es aber kaum Aufschluss darüber, ob das Kind tatsächlich Sprachförderung braucht oder nicht.

Wenn man dann bedenkt, wie das Verhältnis des Sprachstandsfeststellungsverfahrens und der Finanzierung dieses sehr aufwendigen Verfahrens einerseits aussieht und wie viel Geld am anderen Ende dann für tatsächliche Sprachförderung ausgegeben wird, dann erkennen wir dort ein deutliches Missverhältnis.

(Beifall von SPD, GRÜNEN und LINKEN)

Meine Damen und Herren, das, worum sich diese Landesregierung mit dem sogenannten Kinderbildungsgesetz ja nicht ganz ungeschickt herumgedrückt hat, ist darum, im Land Steuerungsverantwortung zu übernehmen.

Deshalb ist die Frage, welche Bedarfe in sozialen Brennpunkten und bei eingruppigen Einrichtungen entstehen, eine von ganz entscheidender Bedeutung. Denn die örtlichen Jugendhilfeträger entscheiden darüber, ob es eine Förderung in sozialen Brennpunkten oder eine Förderung für eingruppige Einrichtungen gibt. Dann wird natürlich nach Kassenlage der Stadt entschieden, ob eine solche Förderung stattfindet oder nicht.

Ich nenne ein anderes Beispiel. In meiner – damals noch CDU-dominierten – Stadt wurde entschieden, dass man sich auf diese Art und Weise der sozialen Brennpunkte entledigt, indem man sagt: Es gibt keine Einrichtungen in sozialen Brennpunkten. Insofern gibt es diese Förderung auch nicht.

Das, meine Damen und Herren, wollen wir ändern. Da sehen wir Notwendigkeiten der Steuerung durch das Land. Da muss es Klarstellungen geben, wie eine solche Förderung tatsächlich erzielt werden kann.

(Beifall von der LINKEN)

Die Öffnungszeiten der Einrichtungen und die Betreuungszeiten für die Kinder sind auch ein Punkt. Das Gesetz versprach mehr Flexibilität. Am Ende ist aber deutlich geworden, dass es nie ein starreres System gegeben hat, das den Gegebenheiten und

Bedarfen der Familien in Nordrhein-Westfalen überhaupt nicht mehr gerecht wird, als unter dem sogenannten Kinderbildungsgesetz.

Auch hier müssen wir uns an den Bedarfen der Eltern orientieren. Es ist deutlich geworden, dass die allerwenigsten Eltern in der Zwischenzeit eine Halbtageseinrichtung wollen. Die allermeisten Eltern brauchen Ganztageseinrichtungen und wollen diese Einrichtungen auch, weil sie sich davon die beste Förderung für ihre Kinder versprechen.

Vor dem Hintergrund ist es schon fraglich, ob man mit der Staffellung, wie sie im sogenannten Kinderbildungsgesetz angeboten wird, die Bedarfe der Eltern beantworten kann.

Die Regelung der Vor- und Nachbereitungszeiten sowie die Fortbildung der pädagogischen Kräfte sind ein Evergreen. Es ist deshalb umso notwendiger, dass wir uns hier im Land schnell darüber klar werden, dass es notwendig wird, dass sich das Land zum einen direkt an der Fort- und Weiterbildung der Erzieherinnen beteiligt und dass es zum Zweiten verbesserte Möglichkeiten der Vor- und Nachbereitung gibt.

Die Kindertageseinrichtung ist eine der wichtigsten und ersten pädagogischen Einrichtungen. Es ist deshalb nicht hinzunehmen, dass die Vor- und Nachbereitung gerade im pädagogischen Bereich bei der frühen Bildung in der Zwischenzeit nicht mehr durch das Land finanziert wird.

Der Einsatz von Ergänzungskräften ist ein Kapitel der eher dunklen Art. Denn da hat das Land geschlafen. Aber man muss auch sagen: Auch einige Träger haben geschlafen und haben sich nicht tatsächlich damit befassen, wie der Personalkörper zusammengesetzt ist. Es ist aber für uns nicht länger hinnehmbar, dass die langjährigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die Ergänzungskräfte sind, angesichts der Tatsache, dass es nicht genug Weiterbildungsmöglichkeiten gibt, jetzt um ihren Job fürchten müssen.

(Beifall von SPD und LINKEN)

Deshalb werden wir dieses Thema mit oberster Priorität anfangen.

Was die Anzahl und das Konzept der Familienzentren angeht, muss man wirklich Zweifel haben, ob die Landesregierung immer verstanden hat, was sie da eigentlich wollte. Niemand von uns bezweifelt, dass Familienzentren ein sinnvolles Angebot für Familien sein können, das auch durchaus nachgefragt wird. Für mich bleibt es aber nach wie vor ein Mysterium, wie man auf die Idee kommen kann, nun unbedingt 3.000 Familienzentren durchzusetzen, sie dann aber so läppisch zu finanzieren, dass sie ihren Aufgabenstellungen und den Erwartungshaltungen der Eltern und Familien nicht gerecht werden können. Deshalb muss das Ganze auch dort deutlich hinterfragt werden.

(Beifall von SPD, GRÜNEN und LINKEN)

Am Ende stellen wir bei der Bedarfsgerechtigkeit der Angebotsstruktur fest, dass es eben nicht mehr und bedarfsgerechte Angebote gegeben hat. Der Verwaltungsaufwand ist auch nicht kleiner geworden. Wenn überhaupt, ist er vielleicht für das Land gesunken. Für die Träger und für die Kommunen ist der Verwaltungsaufwand jedoch erheblich.

Damit komme ich zu den Folgen für die Trägerstruktur. Kleinere Träger haben es unter diesem Gesetz besonders schwer. Große Träger sind an einigen Stellen eindeutig die Gewinner, weil sie mit ihrem Personal natürlich ganz anders umgehen können und es umsetzen können. Ist es unter pädagogischen Gesichtspunkten aber wirklich sinnvoll, dass ein Kind während seiner vier Jahre in der Kindertageseinrichtung viermal einen Personalwechsel oder auch einen Gruppenwechsel hinnehmen muss? Das kann man doch nicht wollen. Vor diesem Hintergrund muss man sich darum bemühen, dass die Träger ein wenig Waffengleichheit bekommen.

Das sind die Punkte, die wir dringend angehen wollen.

Wie der Präsident schon gesagt hat, gibt es inzwischen einen Entschließungsantrag der FDP-Fraktion und einen Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.

Zunächst will ich etwas zu dem Änderungsantrag der Linken sagen. Wir finden ihn in der Sache durchaus in Ordnung. Allerdings passt er, weil es sich um ein ganz spezielles Problem handelt, nun gerade nicht in die Systematik unseres Vorgehens und unseres Herangehens; denn uns geht es vor allen Dingen darum, dass zunächst einmal die Betroffenen beteiligt werden und die Möglichkeit bekommen, ihre Problemlagen vorzutragen und die Dinge zur Sprache zu bringen, die sie in der Umsetzung des KiBiz als problematisch erkannt haben. Deshalb werden wir uns bei dem Antrag der Linken enthalten.

Nun komme ich zu dem erstaunlichen Entschließungsantrag der Fraktion der FDP. Zunächst habe ich meinen Augen kaum getraut. Ich habe dann auch den Kollegen Witzel gefragt, ob dieser Antrag ernst gemeint ist. Er sagte, er sei ernst gemeint.

Dennoch gibt es natürlich einige Aspekte, die wir – das werden Sie uns nachsehen – bei aller Einladungsbereitschaft dann doch nicht mittragen können. Deshalb bitten wir um getrennte Abstimmung. Wir möchten gerne über die Abschnitte I und II sowie die Punkte 1 bis 4 getrennt abstimmen. Ich kann Ihnen auch schon ankündigen, dass die SPD-Fraktion und die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen den Punkten 1, 3 und 4 zustimmen werden.

Wir finden diesen Entschließungsantrag bemerkenswert; denn die FDP scheint an einigen Stellen unsere Einschätzung zu teilen, dass das sogenannte Kinderbildungsgesetz doch deutliche Schwächen aufweist –

(Beifall von Sigrid Beer [GRÜNE])

wobei wir natürlich durch unterschiedliche Analysen zu dieser Erkenntnis gekommen sind. Deshalb sagen wir an dieser Stelle: Das, was Sie inhaltlich an Problemlagen einräumen, nehmen wir zustimmend zur Kenntnis. – Herzlichen Dank.

(Beifall von SPD, GRÜNEN und LINKEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Altenkamp.

Im Namen des Hohen Hauses möchte ich Ihnen ganz herzlich zu der heute Morgen erfolgten Wahl zur Parlamentarischen Geschäftsführerin gratulieren.

(Allgemeiner Beifall)

Als nächste Rednerin spricht für Bündnis 90/Die Grünen Frau Asch.

Andrea Asch (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte an dieser Stelle die Gelegenheit wahrnehmen, dem neuen Kabinett zu gratulieren. Ich wünsche Ihnen allen eine gute Hand für die zukünftige wichtige Aufgabe, dieses Land Nordrhein-Westfalen zu regieren, und wünsche mir eine gute Zusammenarbeit. Alles Gute!

Auch an Britta Altenkamp einen herzlichen Glückwunsch zu ihrer neuen Funktion als Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Fraktion!

Meine Damen und Herren, in Bezug auf den Stellenwert der frühen Bildung besteht ein breiter gesellschaftlicher Konsens. Es gibt in dieser Frage keinen Dissens zwischen Fachleuten und Politik. Im Grundsatz gibt es auch keinen Dissens zwischen den Fraktionen.

Auf den Anfang kommt es an. In der frühen Bildung werden die Weichen für die spätere Bildungsbiografie der Kinder gestellt. Der Kindergarten bzw. der Elementarbereich der Bildung ist das Fundament für die weitere Entwicklung und für die Bildungsprozesse der Kinder.

Deshalb wissen wir alle: Dieses Fundament muss stabil und tragfähig sein. Die hohen Anforderungen, die an die Einrichtungen gestellt werden, müssen ihm genügen. Es muss für die Familien, für die Kinder und auch für die Gesellschaft gut ausgestattet sein.

Wir wissen: Wenn wir Kindern die besten Startchancen in ihr Leben geben wollen, dann muss die Qualität der frühkindlichen Bildung verbessert werden. Dafür brauchen wir mehr individuelle Betreuung und Förderung der Kinder, bessere Personalschlüssel und eine höhere Qualifizierung der Erzieherinnen.

Wir wissen auch: Wir als Politik müssen es den Eltern ermöglichen, die Kindererziehung und die Berufstätigkeit miteinander zu vereinbaren. Deshalb müssen wir die U3-Plätze bedarfsgerecht ausbauen und den Eltern diese Vereinbarkeit ermöglichen.

So weit die gesellschaftlichen Notwendigkeiten und der theoretisch von allen mitgetragene Anspruch.

Wir sehen aber, dass die Realität nach fünf Jahren schwarz-gelber Regierungszeit eine ganz andere ist; denn mit den von CDU und FDP geschaffenen neuen gesetzlichen Grundlagen, dem sogenannten KiBiz, haben sich die Rahmenbedingungen für die Kindertagesstätten nicht verbessert. Vielmehr hat die schwarz-gelbe Landesregierung Nordrhein-Westfalen bei der Ausgestaltung der frühkindlichen Bildung zurückgeworfen.

Die Bilanz der Familienpolitik der abgewählten Landesregierung ist denkbar schlecht. Die Bundesstatistik zeigt, dass Nordrhein-Westfalen bei den Plätzen für die unter Dreijährigen nach fünf Jahren Schwarz-Gelb bundesweit auf dem letzten Platz liegt. Ein Jahr vor Einführung des KiBiz war es noch der vorletzte Platz. Die Position unseres Landes hat sich mit dem Gesetz also noch einmal verschlechtert.

Der „Länderreport Frühkindliche Bildungssysteme“ der Bertelsmann Stiftung verdeutlicht: Die Personalschlüssel für Kinder unter drei Jahren liegen in NRW unter dem Bundesdurchschnitt. Gerade in diesem sensiblen Bereich der Säuglinge und Kleinkinder wurden die Standards nicht verbessern, sondern verschlechtert.

Eine Untersuchung des Sozialpädagogischen Institutes in Köln kommt zu dem Ergebnis, dass die Belastungen der Erzieherinnen nach Einführung des KiBiz gestiegen sind, die Arbeit sich verdichtet und die Bürokratie stark zugenommen hat. Die Folge sind erhöhte Krankheitszeiten unter den Erzieherinnen und zunehmende Belastungssyndrome.

Mit KiBiz hat die Anzahl der prekären befristeten oder Teilzeitbeschäftigungsverhältnisse zugenommen. Unter den sogenannten Ergänzungskräften, den Kinderpflegerinnen, herrscht Existenzangst, weil sie ab 2013 nicht mehr weiterbeschäftigt werden können.

Meine Damen und Herren, zu dieser Negativbilanz des KiBiz gehört auch: Schwarz-Gelb hat bundesweit für die höchsten Elternbeiträge gesorgt. Besonders bitter daran ist, dass sich mit diesen Elternbeiträgen die soziale Spaltung in diesem Land noch weiter vertieft hat, weil gerade in den armen Kommunen die Elternbeiträge besonders stark angehoben wurden, während reiche Kommunen wie zum Beispiel die Stadt Düsseldorf diese Beiträge abschaffen konnten.

Alle Beteiligten – die Kommunalen Spitzenverbände, die Landesjugendämter, die kommunalen Jugendämter, die Träger und Einrichtungen – beklagen, dass mit dem KiBiz ein kompliziertes Finanzierungssystem einhergeht und dass damit eine enorm große Bürokratie geschaffen wurde. Es zeigt sich, dass das Konstrukt dieses Gesetzes, die Mischung aus Kopfpauschale und Gruppenpauschale, nicht zu einem konsistenten, durchschaubaren Verfahren geführt

hat, sondern es wurde ein hochkomplexes, undurchschaubares Finanzierungssystem geschaffen.

Viele Ungereimtheiten des Gesetzes hielten dem Praxistest nicht stand. Die als neue Flexibilität hoch gelobte 25-, 35- und 45-Stunden-Kontingentierung ist ein Fehlkonzent. Die Eltern haben heute weniger Flexibilität als vor Einführung dieses sogenannten Kinderbildungsgesetzes.

Mein Fazit lautet: Meine Damen und Herren, niemand ist mit diesem Gesetz zufrieden. Unzufrieden sind die Erzieherinnen, die tagtäglich die höhere Arbeitsbelastung spüren. Unzufrieden sind die Eltern, die eine quantitativ und qualitativ hochwertige Betreuung einfordern. Unzufrieden sind die Kommunen, die vor Ort alle Unzulänglichkeiten dieses Gesetzes ausbaden müssen.

Und heute stellen wir fest: Unzufrieden ist offenbar auch die FDP, die dieses Gesetz mit auf den Weg gebracht hat. Ich habe mit großem Interesse Ihren Antrag gelesen und dabei festgestellt, dass Sie das Finanzierungssystem auf den Prüfstand heben. Sie haben nämlich in Ihrem Antrag erwähnt, dass Sie die pauschalierte Finanzierung und das hoch umstrittene Sprachstandsverfahren überprüfen wollen. Es gibt weitere Punkte wie etwa die Elternbeiträge, bei denen Sie erwägen, Korrekturen vorzunehmen. Das alles haben wir mit Interesse gelesen.

Ich finde es spannend, welche heilsamen Wirkungen Wahlen haben und welche Lehren daraus gezogen werden; denn wir haben Herrn Witzel ja noch in der letzten Plenarsitzung der vorherigen Wahlperiode als jemanden erlebt, der dieses Gesetz sehr stark verteidigt hat.

Meine Damen und Herren, wir sehen an der Bilanz von zwei Jahren Kinderbildungsgesetz: Es ist hohe Zeit, diese insuffiziente gesetzliche Grundlage zu verändern, den Druck von den Einrichtungen und von den Erzieherinnen zu nehmen und sofort und unmittelbar die Revision einzuleiten.

(Beifall von GRÜNEN und LINKEN)

Dabei ist Eile geboten. Wir wollen diese Evaluierung auf eine breite Grundlage stellen. Wir wollen nicht die Erzieherinnen und auch nicht die Eltern außen vor lassen. Wir wollen sie nicht wieder an den Katzentisch setzen, wie es von Schwarz-Gelb praktiziert wurde, sondern wir wollen ihre Erfahrungen in den Prozess zur Evaluierung und zu einer Neufassung des Gesetzes aufnehmen.

Meine Damen und Herren, wir, die rot-grüne Koalition, haben uns das Ziel gesetzt, Kinder in den Mittelpunkt unserer Arbeit zu stellen. Wir machen ernst damit, dass Bildung von der Kita bis zur Hochschule beitragsfrei sein muss, weil wir nicht wollen, dass die Bildung vom Geldbeutel der Eltern abhängt.

(Beifall von GRÜNEN und LINKEN)

Wir gehen den ersten Schritt und entlasten die Eltern für ein Jahr von den Beiträgen. Wir machen ernst damit, dass die U3-Plätze bedarfsgerecht ausgebaut werden, und werden das auch so finanzieren. Wir machen ernst damit, die Kommunen in der wichtigen Aufgabe, den Rechtsanspruch umzusetzen, zu unterstützen, und werden die Bundesmittel, die für diese Aufgabe den Kommunen zur Verfügung gestellt werden, vollständig durchleiten.

(Beifall von GRÜNEN und LINKEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Nordrhein-Westfalen braucht einen Neuanfang in der Politik für Kinder und Familien. Diesen Neuanfang können wir heute beginnen, und Sie können sich alle daran beteiligen und unserem Antrag zustimmen. – Ich danke Ihnen.

(Beifall von GRÜNEN, SPD und LINKEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Asch. – Als Nächste spricht Frau Doppmeier für die CDU-Fraktion.

Ursula Doppmeier (CDU): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Richtigerweise fängt Ihr Antrag mit der Erkenntnis an, dass alle wesentlichen Studien unmissverständlich nachweisen, dass eine frühkindliche Bildung einen hohen Stellenwert für die spätere Entwicklung der Kinder hat. Ich denke, darin sind wir uns sicherlich alle in diesem Hohen Hause einig.

Wir von der CDU haben das bereits früh erkannt und anders als Sie vor 2005 in unserer Regierungszeit entsprechend gehandelt. Wir haben mit dem Kinderbildungsgesetz im Jahre 2008 endlich etwas umgesetzt, das Sie in Ihrer vorherigen Regierungszeit nie geschafft haben. Wir von der CDU haben in 2008 mit dem KiBiz frühkindliche Bildung in Nordrhein-Westfalen auf ein neues Fundament gestellt, das es bei Ihnen damals überhaupt nicht gab.

(Beifall von der CDU)

Lassen Sie uns einmal kurz zurückschauen: Als wir 2005 das Ruder in NRW übernommen haben, fanden wir bezüglich der frühkindlichen Bildung im Land einen Zustand vor, der uns auf die letzten Plätze verwies.

(Britta Altenkamp [SPD]: Und wo stehen wir jetzt?)

– Das hat sich inzwischen verändert: Wir spielen wir in der oberen Liga mit.

(Britta Altenkamp [SPD]: Ja, ja!)

Das Kita-Gesetz hat das bewirkt. Sie meinen nach ein paar Tagen im Amte schon alles umkrempeln zu müssen. Ich sage Ihnen: Sachorientierte Politik zum Wohle der Menschen und vor allen Dingen zum Wohle der Kinder hier im Land sieht anders aus!

(Beifall von der CDU)

Sie unterstellen, meine Damen und Herren, dass qualitative und quantitative Ziele mit dem KiBiz bisher nicht erreicht worden sind. Diese Unterstellung ist nicht hinnehmbar. Zu Ihrer Erinnerung: Wie sah es denn 2005 aus? Mit unzureichenden 11.800 U-3-Plätzen waren wir Schlusslicht unter den westlichen Bundesländern. Das war Ihr Erbe an uns. Und nun unser Erbe an Sie? Heute sind es 7,5mal mehr Plätze, als es damals waren!

(Britta Altenkamp [SPD]: Schlusslicht sind wir!)

Und ab August 2010 werden wir über 90.000 Plätze zur Verfügung gestellt haben. Zum erneuten Mal konnten wirklich alle von den Kommunen gemeldeten U3-Bedarfe für das am 1. August beginnende Kindergartenjahr erfüllt werden. Ich frage mich: Wann gab es das jemals zu Ihrer Zeit?

Wir in NRW haben damals im Jahr 2005 erkannt, dass wir neue Wege gehen müssen. Diese sind wir auch gegangen. Wir haben mehr Mut bewiesen als Rot-Grün in zehn Jahren gemeinsamer Regierungszeit. Als bisher einziges Bundesland haben wir mit den Familienzentren und der Sprachförderung einen ganz neuen Kurs in der frühkindlichen Bildung eingeschlagen.

Gerade diese Familienzentren haben doch gezeigt, dass hier eine innovative Vernetzung von Kompetenzen realisierbar ist. Mit aktuell rund 1.750 Familienzentren – ab August werden es rund 2.000 sein – haben wir eines sehr deutlich gemacht: Immer mehr Familien vor Ort erfahren hier eine notwendige, niederschwellige Hilfe und Beratung.

(Beifall von CDU und FDP)

Dieser Bedarf ist groß, die Plätze werden nachgefragt. Sie sehen: Unsere politische Richtung wird von den Menschen im Lande unterstützt.

Auch die erwähnte Sprachförderung möchte ich noch einmal ins Gedächtnis rufen: Dank einer jetzt erfolgten gesetzlichen Verankerung der Sprachförderung, die – im Gegensatz zu früher – heute systematisch und zielgerichtet greift, werden mehr Kinder als je zuvor mit den zusätzlichen Maßnahmen in der deutschen Sprache gefördert. Hierzu haben wir nicht wie Sie damals 7 Millionen €, sondern 24 Millionen € zur Verfügung gestellt. Auch das ist ein wichtiger Teil Bildungsgerechtigkeit.

(Beifall von CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, Bildungsgerechtigkeit beinhaltet aber nicht nur die frühkindliche Bildung, sondern auch die integrative Kinderbetreuung. Sie alle werden mir recht geben: Diese ist ein wichtiges Element im Lernprozess junger Menschen. Sie prägt nämlich maßgeblich den späteren Umgang der Kinder miteinander.

Und wir haben es erreicht, dass die Zahl der Kinder mit Behinderungen, die in den Kindertagesstätten

betreut werden, stetig zunimmt. Gerade diese positive Entwicklung ist auch wieder eine Folge der Verankerung im Kinderbildungsgesetz. Diese sieht nämlich zum ersten Mal vor, dass Kinder mit Behinderung und Kinder ohne Behinderung grundsätzlich gemeinsam gefördert werden.

Ich darf Sie noch an einen anderen Punkt unserer Regierungszeit erinnern: die Kindertagespflege. Wir haben umgesetzt, dass die Kindertagespflege erstmalig durch das Land gefördert wird. Damit erhält diese sicherlich sehr flexible und stets wachsende Betreuungsform endlich die verdiente Anerkennung und passt sich den Bedarfen der Eltern vor Ort an.

Es fällt Ihnen sicher schwer zu glauben, aber wir haben solides Wirtschaften, Haushaltskonsolidierung und dennoch mehr Personal für die Jüngsten in der Gesellschaft miteinander vereinbart.

(Zuruf von Britta Altenkamp [SPD])

Im Vergleich zum alten Kindergartengesetz, dem GTK, gibt es nämlich durch das neue Kinderbildungsgesetz einen verbesserten Schlüssel. Personalschlüssel 1:5,5 im U3-Bereich oder 1:8,6 im Bereich der Drei- bis Sechsjährigen. Gegenüber dem alten GTK hat er sich in Nordrhein-Westfalen erheblich verbessert.

Ich gebe zu: Das Kinderbildungsgesetz in Nordrhein-Westfalen war 2008 sicherlich keine leichte Geburt. Vor allen Dingen aber war es kein Schnellschuss: Wir haben stets dazu gestanden, dass wir im Rahmen der KiBiz-Revision mit gesetzgeberischer Aufmerksamkeit hinschauen und kritisch prüfen müssen, was sich im KiBiz bewährt hat und ob nachgesteuert werden muss.

Wir müssen uns aber auch in Erinnerung rufen, dass KiBiz ein junges Gesetz ist. Gesetze brauchen einen angemessenen Zeitraum, damit sie ihre Stärken festigen können und auftretende Schwächen erkennbar werden.

Schauen Sie doch mal in die Wirklichkeit Ihrer Kommunen vor Ort: Ein Teil der Kitas, unterstützt durch die Konjunkturprogramme des Bundes, ist gerade aktiv beim Ausbau der U3-Betreuung.

(Zuruf von Britta Altenkamp [SPD])

Ein anderer, schnellerer Teil hat diesen Ausbau bereits hinter sich und lernt gerade, mit diesen neuen Gegebenheiten zu arbeiten. Die dritte Gruppe der Kitas

(Britta Altenkamp [SPD]: Macht zu!)

wartet vor Ort sehnsüchtig auf das weitere Geld. Die Bagger stehen sozusagen vor der Tür. Als Beispiel nenne ich nur Königswinter.

In dieser jetzt vorhandenen Gemengelage sagen Sie: Jetzt beginnen wir die Revision. – Wissen Sie eigentlich, was das für die vor Ort Tätigen bedeutet?

(Britta Altenkamp [SPD]: Die freuen sich!)

Jetzt zahlreiche zeitfressende Befragungen vor Ort, Auflistungen der unterschiedlichen Auswirkungen, Abfragen der Reaktionen bei Eltern, Abfragen bei Kindern und Erzieherinnen: Was ist das denn?

(Britta Altenkamp [SPD]: So wollen wir das auch machen, ja klar!)

Sie wollen jetzt, gerade in dieser Phase des Um- und Aufbaus, einen Riesenbürokratieaufbau schaffen. Das machen wir nicht mit.

(Britta Altenkamp [SPD]: Wer hätte das gedacht?)

Sie wissen wohl gar nicht, was Sie den Kitas zumuten. Es ist unzumutbar, diese Revision in 2010 durchzuführen.

(Beifall von der CDU)

Diese Revision wäre überstürzt, verfrüht und nicht zielführend. Sie ist von Ihnen doch nur als parteipolitischer Schnellschuss gedacht; denn eigentlich sollten Sie aus Ihrer Regierungszeit die nötige Erfahrung mitbringen und wissen, wann man ein Gesetz und seine Wirkung wirklich seriös beurteilen kann. Erfahrung kann ich Ihrem Antrag aber leider nicht erkennen. Vielmehr bekomme ich das Gefühl, dass Sie hier ein gutes Gesetz völlig unüberlegt noch vor der Sommerpause korrigieren wollen, nur, weil es nicht von Ihnen stammt.

(Zuruf von Britta Altenkamp [SPD])

Weitsichtig haben wir schon damals die Revision für Ende 2011 angesetzt. Die Ergebnisse der Revision wären dann im Kindergartenjahr 2012/2013 wirksam.

(Britta Altenkamp [SPD]: Das ist ja das Schlimme!)

Das ist ein Zeitraum, der nicht nur verlässliche Informationen liefert, sondern auch Planungssicherheit für Eltern, Mitarbeiterinnen und die Betreiber der Kindergartenstätten bedeutet.

Darum lade ich Sie ein:

(Britta Altenkamp [SPD]: Auf Ihre Einladung kann ich dankend verzichten!)

Statt auf die Revision des Gesetzes im Januar 2011 hinzuwirken, versuchen wir gemeinsam – wie im Gesetz vorgesehen –, die Revision mit verlässlichem Datenmaterial Ende 2011 durchzuführen

(Britta Altenkamp [SPD]: Warum nicht 2014?)

und dann, wenn erkannt wird und belegt ist, wo Nachsteuerung nötig ist, diese vorzunehmen.

Somit muss ich Ihnen leider sagen, dass wir Ihren aktuellen Antrag gerade wegen des Vorziehens der Revision ablehnen müssen; denn damit ist den Kleinsten in unserem Lande nicht gedient.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Doppmeier. – Herr Witzel hat jetzt das Wort.

Ralf Witzel (FDP): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte direkt Bezug nehmen auf die Einleitung der Debatte durch die Vorrednerinnen Frau Altenkamp und Frau Asch. Es wurde gesagt, es gäbe eine große Veränderung. Ich kann nur erwidern – deshalb stehe ich gerne hier und spreche zu diesem Antrag –: Sie werden sehen, dass all das, was wir hier vortragen, in Übereinstimmung mit den Aussagen steht, die wir vor der Wahl getätigt haben, und auf einer konsequenten Weiterentwicklung der Fundamente unserer bisherigen Politik basiert.

Wir halten KiBiz – das ist bekannt – für ein richtiges und wichtiges Fundament, auf dem weitere Entwicklungen aufbauen sollten. Wir haben immer gesagt – das ist unser Qualitätsanspruch an gute Gesetzgebung, die für jedes Gesetz gilt und auch kein KiBiz-Spezifikum ist –, dass Gesetze, nachdem sie mit Breitenwirkung in der Praxis angekommen sind, evaluiert werden müssen und dass eine Politik, die für sich Qualitätsmaßstäbe formuliert, bereit sein muss, im Dialog mit der Praxis nachzusteuern, wenn es erforderlich ist.

Für uns ist völlig klar: Die Systematik des KiBiz, des zugrunde liegenden Modells ist für uns richtig. Wir haben das Gesetz aus Überzeugung mit beschlossen und stehen zu seinen Konstruktionsprinzipien, so wie Schwarz-Gelb es in den letzten fünf Jahren auf den Weg gebracht hat. Wir sind froh und stolz auf die Erfolge, die CDU und FDP in den letzten Jahren mit KiBiz erreicht haben.

Ich möchte an meine Vorredner appellieren – bei all dem, was wir uns für die Zukunft wünschen, und trotz der Erkenntnis, dass wir nicht im Paradies angekommen sind –, bitte nicht den Eindruck zu vermitteln, hier sei in den letzten fünf Jahren nichts passiert. Das Gegenteil ist der Fall. Insbesondere in den letzten zwei Jahren haben wir in quantitativer und qualitativer Hinsicht einen großen Schritt nach vorne gemacht.

(Beifall von FDP und CDU)

Wir sind aber ehrgeizig. Deshalb muss der Prozess weitergehen. Wir stellen demnach auch nicht die Uhren ab. Wir stehen dabei allerdings deutlich zu den Instrumenten und zu den Erfolgen, die CDU und FDP vorangebracht haben gerade auch im Kontrast zu der Bilanz, die Rot-Grün im Jahre 2005 hinterlassen hat.

Wir sagen für unsere Fraktion: Wir wollen nicht zurück – so habe ich auch Frau Altenkamp nicht verstanden – in die Zeiten von GTK und TAG, sondern wir bleiben bei aller Weiterentwicklung in der Perspektive in der Systematik des KiBiz. Wir halten es zukünftig für eine Aufgabe und Herausforderung, an einem massiven Ausbau der U3-Plätze, an einer

weiteren Verbesserung für die Sprachförderung, an einer Weiterentwicklung und Ausdehnung der Arbeit von Familienzentren zu arbeiten, die immer mehr zu Mehrgenerationenhäusern werden und ganz wichtige Anlaufstellen sind gerade in schwierigen Stadtteilen, wo sie stabilisierend wirken.

Es war gut und richtig, dass das KiBiz diese Punkte aufgenommen hat, die im alten GTK nicht oder nicht in dieser Form ihre Verankerung gefunden haben, auch nicht in der Bundesgesetzgebung. Deshalb gibt es schon eine spezifische landespolitische Note, die Schwarz-Gelb diesem Gesetz gegeben hat mit all seinen Einzelkomponenten, die wir so nicht in allen Bundesländern antreffen.

Wir stehen zu dem Konstruktionsprinzip des KiBiz. Wir stehen zu all dem, was wir in den letzten fünf Jahren gemacht haben. Wir knüpfen dort an für die weitere Entwicklung, aber wir sagen eben auch: Es gibt eine Weiterentwicklung. Politik darf niemals stehen bleiben. Qualitätsorientierte Gesetzgebung muss in regelmäßigen Abständen dem Praxistest unterzogen werden. Der Dialog muss mit den Betroffenen vor Ort gesucht werden. Es muss selbstverständlich sein, so wie wir das in allen Politikbereichen erwarten, auf Trends, auf Wünsche zu reagieren.

Die FDP hat keine Angst vor Nutzern. Unsere Partei ist ein großer Anhänger der Marktwirtschaft. Wir wollen auch hier Konsumentensouveränität haben bei denen, die öffentliche Dienstleistungen nutzen. Wir sind deshalb selbstverständlich bereit, uns dem Dialog mit Nutzern zu stellen, was unsere Gesetzgebung angeht. Deshalb ist eine Evaluation richtig. Wir haben immer, auch vor der Wahl, gesagt, dass das notwendig ist, dass das mit dazu gehört. Wir haben allerdings hinzugefügt – ich wäre sehr froh, wenn es auch Rot-Grün so sehen würde –: Evaluation ist immer ein ergebnisoffener Prozess. Da sagt man nicht von vornherein: Da ist Bestimmtes gescheitert. Daran müssen wir jetzt schrauben.

Evaluation heißt: Man geht ergebnisoffen an die Dinge heran. Da, wo man feststellt, dass bestimmte Weichenstellungen neu erfolgen müssen, macht man das. Da, wo Erfolge vorliegen, hat man auch die Größe zu sagen: Wir sind weiter vorangekommen. In diesem Sinne wollen wir die Beratungen in den nächsten Wochen und Monaten vorantreiben.

Wir freuen uns über die Unterstützung unserer Politik. – Vielen Dank.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Witzel. – Jetzt hat Frau Dr. Butterwegge für die Linke das Wort.

Dr. Carolin Butterwegge (LINKE): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Angesichts der Schönfärberei, die gerade in den

Worten von Herrn Witzel und Frau Doppmeier zum Ausdruck kam, ist es nun umso notwendiger, einen kritischen Blick auf das Kinderbildungsgesetz zu werfen, weil das nämlich erklärt, warum ein solcher Antrag, wie SPD und Grüne ihn gestellt haben, nötig ist. Denn es brennt, bildlich gesprochen, in den Kitas, bei den Tagesmüttern, bei den Müttern, die wegen fehlender Kita-Plätze gezwungen sind, mit ihren Kindern zu Hause zu sitzen.

Mir wurde letzters auf der Suche nach einem wohnortnahen Kita-Platz für meine Tochter, die unter drei Jahre alt ist, erzählt, dass für 18 Kita-Plätze 200 Bewerbungen vorlagen und Kinder der Religionszugehörigkeit des konfessionellen Trägers der Einrichtungen bevorzugt würden. Tja, Pech gehabt.

Die vormalige CDU/FDP-Landesregierung hat die Kindertagesbetreuung mit dem KiBiz vor die Wand gefahren. Schon vor seinem Inkrafttreten waren die Proteste gegen das KiBiz enorm, weil Betroffene – die Eltern der Kinder, Erzieherinnen, die Einrichtungsträger – Sturm dagegen liefen. Daran haben auch Hochglanzbroschüren und Kommunikationsoffensiven des damaligen Familienministeriums nichts geändert. Die täglichen Erfahrungen der Betroffenen wiegen schwerer.

Die durch das KiBiz verursachten Missstände sind bekannt und wurden schon vielfach benannt:

Erstens. In den Kitas fehlt immer mehr Personal. Vertretungskräfte, Hauswirtschaftlerinnen, freigestellte Einrichtungsleitungen und ältere Mitarbeiterinnen können kaum noch finanziert werden, weil die Kindpauschalen dafür nicht ausreichen. Besonders kleine Einrichtungen sind in ihrer Existenz bedroht.

Zweitens. Das KiBiz hat die Aufgaben für pädagogische Fachkräfte zwar zu Recht erweitert, dafür aber die Vorbereitungszeit der Erzieherinnen reduziert. All dies wirkt sich auf den Betreuungsschlüssel aus, der sich vielerorts massiv verschlechtert hat. Große Gruppen von Kindern mit wenig Personal sind die Folge.

Drittens. An viel zu vielen Orten werden Kinder derzeit verwahrt statt bestmöglich gefördert, weil der Personalschlüssel und die Raum- und Sachausstattung auch für eine Ganztagsbetreuung völlig unzureichend sind.

Ein viertes Problem: Die Kita-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeiter haben zum Teil katastrophale Arbeitsbedingungen und eine meist viel zu niedrige Bezahlung. 30 % Krankenstand, befristete Beschäftigungsverhältnisse, fehlender Nachwuchs für den Beruf und ein sich verschärfender Fachkräftemangel sind die Folge, obwohl wir eigentlich mehr höher qualifizierte Fachkräfte für frühkindliche Bildung brauchen.

Am gravierendsten wirkt sich das alles aber auf die Situation der Kinder aus, die in zu großen Gruppen bei wechselndem Personal einfach überfordert werden. Von einer bestmöglichen Förderung der Kinder

kann also nicht die Rede sein. Bei ihnen zu sparen ist wahrlich der falsche Ansatzpunkt, meine Damen und Herren.

Ich fasse zusammen: Das Kinderbildungsgesetz ist eine große Mogel- und Sparpackung auf dem Rücken der Kinder und Beschäftigten. Es muss umgehend revidiert werden, damit es nicht die Zukunft unserer Jüngsten bedroht.

(Beifall von LINKEN, SPD und GRÜNEN)

Landtag und Landesregierung haben deshalb die vordringliche Aufgabe, diese verfahrenere Situation so schnell wie möglich und so solide wie möglich zu ändern. Es geht also darum, auf die Kritik und die Proteste von Eltern und Erziehern zu reagieren.

Einerseits muss das KiBiz gemeinsam mit den Betroffenen – mit Trägern, Eltern und Beschäftigten – evaluiert werden. Viele Kritikpunkte am KiBiz haben sich in der Praxis aber bereits herauskristallisiert und sind schon lange bekannt, weshalb ein Evaluationsprozess nicht allzu lang angelegt sein sollte. Andererseits brennt die Hütte, wie erwähnt, schon jetzt, und zwar nicht erst seit gestern. SPD und Grüne haben das in diesem Hause aus der Opposition heraus in den letzten Jahren vielfach kritisiert.

Meine Damen und Herren der Regierungskoalition, Sie haben in der Vergangenheit mehrfach vergeblich eine Erhöhung der Kindpauschalen von CDU und FDP gefordert, und zwar nicht erst für das Kindergartenjahr 2011/2012. Jetzt sind Sie am Zuge.

(Beifall von LINKEN und Wolfram Kuschke [SPD])

Die neue Landesregierung fordern wir deshalb auf, umgehend und unbürokratisch Maßnahmen zu prüfen und möglichst auch zu ergreifen, um das Ziel einer besseren Personalausstattung von Kindertagesstätten schnellstmöglich zu erreichen. So könnte beispielsweise ein Sonderfonds eingerichtet werden, der in einem Nachtragshaushalt auch haushalterisch abgesichert werden könnte, der den in der größten Not befindlichen Einrichtungen zum Beispiel Mittel für Hauswirtschaftskräfte oder Vertretungskräfte schnell und unbürokratisch zur Verfügung stellt.

Dazu haben wir einen entsprechenden Änderungsantrag vorgelegt, und wir bitten Sie um Ihre Zustimmung dazu. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von LINKEN, SPD und GRÜNEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Dr. Butterwegge. – Jetzt spricht für die Landesregierung Frau Ministerin Schäfer.

Ute Schäfer, Ministerin für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport: Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich habe diese Debatte sehr aufmerksam verfolgt und möchte eine Anmerkung

vorab machen, Frau Doppmeier: Ich habe den Eindruck, die CDU-Fraktion ist die einzige Fraktion in diesem Hohen Haus, die noch nicht begriffen hat, dass das Kinderbildungsgesetz kein gutes Gesetz für die Kinder in Nordrhein-Westfalen ist.

(Beifall von SPD, GRÜNEN und LINKEN)

Ich war sehr erstaunt über Ihre Einlassungen; das muss ich gestehen.

Gut ist aber, dass die frühkindliche Bildung inzwischen in der gesamten politischen Debatte einen hohen Stellenwert einnimmt und dass nicht nur die Fachleute und die Politik darüber diskutieren, sondern dass in den letzten Jahren – das sage ich in Richtung der FDP – auch die Wirtschaft stärker erkannt hat, wie hoch der Stellenwert der frühkindlichen Bildung ist. Es gibt ein Wirtschaftsgutachten der sogenannten fünf Weisen, das erstmals eine große Passage zu der Frage enthält, wie Bildungsreserven mobilisiert werden können. Ein wichtiges Credo ist, die frühe Bildung von Anfang an zu stärken und auszubauen sowie Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit durch einen kontinuierlichen Bildungsverlauf zu sichern.

Gerade diese Ziele sehen wir – und das haben einige der Vorrednerinnen deutlich gemacht – durch das derzeitige so genannte Kinderbildungsgesetz nicht berücksichtigt. Es ist daher nur folgerichtig, die Revision, wie sie im KiBiz gefordert ist, vorzuziehen und so schnell wie möglich zu Verbesserungen zu kommen.

(Beifall von der LINKEN)

Für SPD und Bündnisgrüne steht mit diesem Antrag fest, dass wir kein Land bleiben dürfen, wo die soziale Herkunft der Kinder den Zugang zu Bildungschancen reglementiert,

(Beifall von der LINKEN)

denn auch nach zehn Jahren PISA hat sich im Kern an dem gemeinsamen Bemühen, allen Kindern und Jugendlichen einen optimalen Zugang zu Bildungschancen zu gewähren, nichts geändert. Dabei wissen wir, dass die Bildungsbenachteiligung bereits im frühen Kindesalter beginnt.

Ich will durchaus zugestehen, dass die schwarz-gelbe Landesregierung den Versuch unternommen hat, bessere Voraussetzungen für die Förderung von Kindern zu schaffen. Aber sie hat – das muss man offen feststellen – mit ihrem Kinderbildungsgesetz die selbst gesetzten Ziele nicht erreicht.

Der Antrag der FDP hier und heute macht noch einmal deutlich, in welcher Zwickmühle sie steckt. Die FDP bringt einen Antrag ein, in dem sie sich zur Revision des KiBiz bekennt

(Ralf Witzel [FDP]: Evaluation!)

– Evaluation –, aber Sie verweisen auf den Zeitpunkt, der im Gesetz steht. Ich frage mich, warum Sie die-

sen Antrag dann einbringen. Ich glaube, Sie wollen politisch sehr wohl dokumentieren, dass einiges grundlegend und schnell geregelt und geändert werden muss. Sonst hätten Sie diesen Antrag sicher nicht so formuliert. Darin erkenne ich einen Erkenntnisgewinn, der auch für die politische Debatte von großem Nutzen ist.

Die Quantität im U3-Bereich ist sicherlich gesteigert worden. Aber, Frau Doppmeier, in der Kinder- und Jugendhilfestatistik nimmt Nordrhein-Westfalen in diesem Bereich immer noch den letzten Platz ein. Ich erinnere mich gerne an eine Debatte aus der 14. Legislaturperiode, als der damals zuständige Minister versucht hat, das in einem Redeblock klar zu machen. Das war etwas erheiternd; der eine oder andere weiß es noch.

Aber um welchen Preis ist die Quantität gesteigert worden? – Ohne einen wirklichen Dialog mit allen Beteiligten hat man tief in die Strukturen der Kindertageseinrichtungen eingegriffen. Es gab und gibt massive Verunsicherungen. Es entstand ein langer, quälender Prozess, der viele Kompetenzen infrage gestellt hat. Das alles war nicht sehr zuträglich für die Motivation der Beschäftigten in den Kindertageseinrichtungen.

(Beifall von SPD, GRÜNEN und LINKEN)

Die Bereitschaft dieser Menschen, hier zu arbeiten, ist im Grunde genommen sehr, sehr groß; aber Sie dürfen diese Bereitschaft nicht durch solche Verfahren schädigen, wie Sie sie in den letzten Jahren im Land eingeführt haben.

(Beifall von SPD, GRÜNEN und LINKEN)

„Erst Quantität, dann Qualität“ ist aus fachpolitischer Sicht eindeutig der falsche Weg.

SPD und Bündnis 90/Die Grünen haben sich daher das erstrebenswerte Ziel gesetzt, den gesetzlichen Rahmen für die Förderung von Kindern im frühen Kindesalter zu verbessern. Darüber hinaus fordern sie eine unverzügliche Generalrevision.

Ich möchte an dieser Stelle einige Punkte hervorheben, die mir ganz besonders wichtig sind:

Wir alle, so denke ich, wollen mehr Bildungsgerechtigkeit erreichen. Aber wir wollen das unter anderem auch durch Gebührenfreiheit in allen Bildungsbereichen erreichen. Es kann nämlich nicht sein, dass letzten Endes der Kindergarten/die Kita der einzige Bereich ist, der gebührenpflichtig bleibt und zum Teil zu so hohen Elternbeiträgen geführt hat, dass Eltern das gar nicht mehr nachvollziehen können.

Im Übrigen – das möchte ich auch noch einmal deutlich machen – ist mir der Flickenteppich unverständlich, der durch die Kommunalisierung der Elternbeiträge entstanden ist und den Sie zu verantworten haben. Das ist wahrlich kein Ruhmesblatt für das Handeln der schwarz-gelben Landesregierung in der letzten Legislatur.

(Beifall von SPD und LINKEN)

Zu Recht, Frau Doppmeier, beklagen sich Familien, die einen Beitrag von 300 oder 400 € bezahlen müssen, dass wenige Kilometer entfernt, in der Nachbarstadt, kein Elternbeitrag gezahlt werden muss. Hinzu kommt der eingeschränkte Handlungsspielraum, den Kommunen in der Haushaltssicherung haben. Diese Ungerechtigkeit wollen wir abbauen und damit zugleich zwei Effekte erreichen: Zum einen wird frühe Bildung beitragsfrei und sichert damit den Zugang für alle Kinder und Jugendlichen zu dieser wichtigen Einrichtung, zum anderen entlasten wir die Kommunen, die heute schon für immerhin rund 22 % der Eltern die Elternbeiträge übernehmen müssen, abgesehen von der bestehenden Differenz zwischen dem tatsächlichen Elternbeitragsaufkommen und dem notwendigen Elternbeitragsaufkommen, wie es im KiBiz geregelt ist.

Wir wollen also die Rahmenbedingungen verbessern. Dazu gehört natürlich eine Überprüfung des Personalschlüssels ebenso wie die Stärkung der Arbeit von Tageseinrichtungen in sozialen Brennpunkten. Vor allem – meine Kolleginnen Frau Britta Altenkamp und Frau Asch haben darauf hingewiesen – wissen kleine Einrichtungen in sozialen Brennpunkten kaum, wie sie die erforderliche Qualität sichern können, wenn ihnen hierzu das nötige Geld fehlt. Wir werden auch die Auskömmlichkeit der Kindpauschale überprüfen müssen. Wir werden genau hinschauen müssen, wo und wie und warum sie nicht auskömmlich ist.

Der neuen Landesregierung geht es vor allem aber auch um die Wertschätzung der Arbeit der pädagogischen Fachkräfte und der Ergänzungskräfte. Dabei – das ist auch schon gesagt worden – brauchen wir unbedingt die dafür notwendigen Qualifizierungsangebote in ausreichendem Maße.

(Beifall von SPD, GRÜNEN und LINKEN)

Wer sich die wissenschaftliche Literatur und die politischen Diskussionen zur Bildungsförderung im frühesten Kindesalter ganz genau anschaut, der wird erkennen, dass wir keine Zeit mehr haben, wenn wir diesen Bereich weiter stärken und qualifizieren wollen. Das müssen wir jetzt tun, nicht erst – wie es im § 28 des KiBiz vorgesehen ist – Ende 2011 diesem Landtag einen Bericht vorlegen. Würden wir das so machen, wäre das ein Zeitverlust von zwei Jahren. Das wollen und das dürfen wir hier in Nordrhein-Westfalen nicht zulassen.

(Beifall von SPD, GRÜNEN und LINKEN)

Aus diesem Grund werden wir uns sofort an die Arbeit machen und uns gemeinsam mit allen beteiligten Akteuren – dazu gehören die Eltern, die Verbände, Arbeitnehmerinnenvertretungen – zusammensetzen und mit ihnen gemeinsam diesen Prozess gestalten. Ich möchte, dass das ein Prozess wird, der auf Augenhöhe und mit Augenmaß zwischen allen Beteiligten stattfindet. Das ist die entscheidende Arbeit der

nächsten Monate. Ich kann nur sagen: Ich lade Sie – speziell meine Damen und Herren von der CDU-Fraktion und von der FDP-Fraktion – ein. Von der Fraktion Die Linke habe ich vernommen, dass sie sowieso dabei ist. Ich lade Sie herzlich ein, gemeinsam mit uns an diesem Prozess mitzuwirken. – Herzlichen Dank.

(Beifall von SPD, GRÜNEN und LINKEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Ministerin Schäfer. – Als nächster Redner hat Herr Tenhumberg das Wort für die CDU-Fraktion.

Bernhard Tenhumberg (CDU): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Frau Altenkamp, ich will nicht hoffen, dass das, was Sie gesagt haben, bedeuten soll, dass Sie zukünftig in das Tarifrecht eingreifen oder das Konnexitätsprinzip nicht beachten wollen. Ich bin gespannt, wie Sie das umsetzen wollen, was Sie hier gesagt haben.

Zu Ihnen, Frau Butterwegge! Nach dem, was Sie hier so dramatisch geschildert haben, frage ich Sie: In welcher Welt leben Sie?

(Beifall von CDU und FDP)

Ich weise mit aller Schärfe Ihre Äußerung zurück, dass Kinder in Kindergärten und Kindertagesstätten verwahrt oder nur versorgt werden.

(Beifall von der CDU)

Das ist eine Beleidigung der Erzieherinnen und Erzieher bei der Qualität der Leistung, die sie erbringen.

Frau Asch, zu Ihnen möchte ich gerne sagen: Das habe ich 1995 und 2000 auch gehört: „Wir stellen Kinder in den Vordergrund!“ – Das sagt mittlerweile jeder Politiker und jede Politikerin. Was dabei 1990 und 1995 aus den Koalitionsvereinbarungen als Leistung herausgekommen ist, haben wir 2005 erlebt. Heute stehen wir wesentlich besser da. Ich bin gespannt, ob Sie diesmal Ihr Versprechen halten.

Meine Damen und Herren, in der Kinderpolitik brauchen wir keine Scharfmacher. Ich bin seit 1995 Mitglied in dem zuständigen Ausschuss und erinnere mich gerne an die sachlichen und fairen Auseinandersetzungen insbesondere auch unter dem Vorsitz einer SPD-Kollegin. Wir haben dort sachlich und fachlich versucht, eine vernünftige Kinder- und Jugendpolitik zu machen, auch über die Parteigrenzen hinweg.

Frau Schäfer, deswegen verwundern mich die Äußerungen manchmal, und es kommt bei mir der Verdacht auf, dass Sie in Ihrer Oppositionszeit und auch noch heute zum Beispiel den Bericht der Enquete-kommission II „Chancen für Kinder – Rahmenbedingungen und Steuerungsmöglichkeiten für ein optimales Betreuungs- und Bildungsangebot in Nordrhein-Westfalen“ nicht gelesen haben. Sie wissen gar nicht, was dieses Parlament bereits entschieden

bzw. empfohlen hat. Ich empfehle Ihnen diese Lektüre dringend. Sie bildet, und meistens kommt auch noch ein Erkenntnisgewinn dabei heraus.

(Beifall von der CDU)

Meine Damen und Herren, deswegen sage ich bezüglich dieser Thematik heute: Das Parlament ist wesentlich weiter, wenn es die Empfehlungen, die im Bericht der Enquetekommission II „Chancen für Kinder“ fraktionsübergreifend erarbeitet worden sind – auch in Zusammenarbeit mit Wissenschaftlern –, beachtet.

Deswegen möchte ich in der kurzen Redezeit, die mir noch verbleibt, den Eingangstext mit der Überschrift „Kinder in frühen Jahren ganzheitlich fördern“ vorlesen, Seite 172. Ich glaube, wenn wir uns daran orientieren und nach den sich daran anschließenden Handlungsempfehlungen handeln, machen wir eine vernünftige Kinder- und Jugendpolitik. Das Parlament sollte das einmal zur Kenntnis nehmen, die – in jeder Fraktion – vorhandenen Vorbehalte zur Seite schieben und sich stärker an dem Bericht orientieren, der mit der Begleitung von Wissenschaftlern und Praktikern geschrieben worden ist.

Jetzt möchte ich das Zitat bringen, auch um dafür zu werben, dass wir, so wie wir es in den vergangenen Jahren gewohnt waren, in dem zuständigen Ausschuss fachlich und sachlich orientiert eine vernünftige Kinder- und Jugendpolitik für die Bevölkerung insgesamt in unserem Land machen. Ich zitiere:

Die frühe Kindheit ist prägend für die Persönlichkeitsentwicklung eines Menschen und in keiner Lebensphase ist der Mensch so lernfähig. Diese Entwicklungspotenziale müssen bei allen Kindern so optimal wie möglich gefördert werden. Eine zukunftsorientierte Bildung ist daher dem Grundsatz verpflichtet: Bildung für alle Kinder von Anfang an. Dabei ist zu beachten, dass Kinder aufgrund ihrer sozialen Herkunft sehr unterschiedliche Startchancen haben. Häufig kommen Kinder aus bildungsfernen Elternhäusern und aus Familien mit Zuwanderungsgeschichte zu spät in eine institutionelle Förderung. Es bedarf einer qualitativ guten frühen Bildung, Erziehung und Betreuung durch qualifiziertes Personal.

Meine Damen und Herren, das war ein einstimmiges Votum aller Fraktionen der 14. Wahlperiode. Ich freue mich über diese sachliche Darstellung und wünsche mir, dass wir uns an dieser Äußerung orientieren und auf dieser Grundlage eine vernünftige Kinder- und Jugendpolitik gestalten. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Tenhumberg. – Als nächste Rednerin hat für Bündnis 90/Die Grünen Frau Asch das Wort.

Andrea Asch (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Frau Doppmeier, lieber Bernhard Tenhumberg, ich muss schon sagen: Im Wahlkampf haben wir auf einigen Podien auch zusammen mit Vertreterinnen und Vertretern der CDU gesessen, und ich habe im Wahlkampf sehr viele Auseinandersetzungen zum KiBiz geführt.

Von Vertreterinnen und Vertretern Ihrer Partei habe ich immer gehört, das KiBiz gehe in die Revision, und mit der Revision werde alles besser. Das war Ihre durchgängige Argumentation, wenn Sie der massiven Kritik von Trägern, der massiven Kritik von Eltern und der massiven Kritik der Erzieherinnen und Erzieher begegnen mussten.

(Beifall von den GRÜNEN)

Frau Doppmeier, insoweit kann ich nicht verstehen, dass Sie sich jetzt hier hinstellen und sagen, dadurch werde zu viel Bürokratie geschaffen, und es sei eine Überforderung der Einrichtungen, jetzt in die Evaluierung einzusteigen.

Ich glaube, Sie sollten zur Kenntnis nehmen, dass Erzieherinnen und Erzieher sowie Eltern Sie nicht gewählt haben. Die haben Ihnen eine deutliche Quittung für die schlechten Bedingungen und die Grundlagen gegeben, die Sie mit dem KiBiz geschaffen haben. Sie sollten zur Kenntnis nehmen, dass Sie jetzt die Möglichkeit haben, mit uns gemeinsam nachzubessern und diesem Antrag zuzustimmen, statt das auf das nächste Jahr zu verschieben. Vielmehr können Sie jetzt ein Zeichen setzen und das tun, was Sie im Wahlkampf versprochen haben, nämlich schnell in die Korrektur dieses Gesetzes einzusteigen.

(Beifall von GRÜNEN, SPD und LINKEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin. – Als nächster Redner hat für die FDP Herr Hafke das Wort.

Marcel Hafke (FDP): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Ministerin Schäfer, ich möchte damit beginnen, etwas klarzustellen, was mich doch etwas irritiert hat. Das KiBiz ist kein schlechtes Gesetz, wie Sie es dargestellt haben, sondern ein gutes Gesetz. Natürlich ist, wenn man etwas Neues auf den Weg bringt und ein System komplett ändert, nicht sofort alles Gold, was glänzt. Deswegen haben wir die Evaluierung festgeschrieben.

Aber wir halten an dem Zeitpunkt, der in dem Gesetz steht, fest; denn wir glauben, dass man einem neuen System Zeit geben muss, dass sich bestimmte Sachen erst einmal einspielen müssen und dass nicht alles von vornherein rund läuft. Ich glaube auch, man muss bei dieser Diskussion die Kirche im Dorf lassen und schauen, woher man eigentlich gekommen ist.

Als wir die Regierung übernommen haben, gab es gewisse Punkte nicht, die dann in dem Gesetz festgeschrieben worden sind. So haben wir in dem Gesetz zum Beispiel erstmalig einen Bildungsauftrag formuliert und festgeschrieben. Das war das erste Mal, und ich glaube, das war ein guter Anfang. Es ist mit Sicherheit ebenfalls richtig, dass wir die Flexibilität eingeführt haben, auch wenn das noch nicht optimal funktioniert und wir an einigen Stellen nachbessern müssen.

(Zuruf von Britta Altenkamp [SPD])

Meines Erachtens ist einer der wichtigsten Punkte, die in dem Gesetz festgeschrieben worden sind, die Sprachförderung. Die Sprachförderung ist absolut elementar, wenn wir über Chancengerechtigkeit sprechen wollen. Unter Rot-Grün war es so, dass der Bedarf an das Vorhandensein eines Migrationshintergrundes gekoppelt war. Wir haben extra festgeschrieben, dass jeder in den Genuss von Sprachförderung kommen soll und muss, damit alle bei der Einstellung die gleichen Chancen haben.

Einer der wichtigsten Punkte, die wir des Weiteren festgeschrieben haben – wo Sie eine sehr desolante Situation hinterlassen haben –, ist meines Erachtens der Ausbau der U3-Betreuungsmöglichkeiten: Wir haben 10.000 Plätze vorgefunden; diese Zahl haben wir jetzt auf 100.000 erhöht.

Das Ganze hat natürlich auch Geld gekostet. Es musste erst einmal finanziert werden. Wir haben es ermöglicht, mehr als 54% zusätzliche finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen.

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Herr Kollege Hafke, möchten Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Altenkamp zulassen?

Marcel Hafke (FDP): Nein danke. – Ich möchte auf einige weitere Punkte eingehen, über die wir in Zukunft noch stärker diskutieren sollten. Wenn wir über eine vernünftige Qualität bei der Kinderbetreuung nachdenken, sollten wir auch über die privaten Träger sprechen. Ich glaube auch, dass es schon wichtig ist – deswegen haben wir den Punkt auch in unseren Antrag aufgenommen –, diese mit staatlichen Trägern gleichzustellen, wenn die gleiche Qualität dahintersteht. Entsprechend sollte das auch mit finanziellen Mitteln hinterlegt werden.

Meine Damen und Herren, über viele Punkte muss hier noch einmal diskutiert werden. Ich glaube, dass das Gesetz im Kern richtig ist und dass es auch wichtig ist, dass wir hier über die Bildungsqualität sprechen. Dass wir in die Evaluierung einsteigen sollten, ist ebenfalls richtig, aber das sollte zu dem entsprechenden Zeitpunkt stattfinden, so wie es im Gesetz steht. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Hafke. – Als Nächste spricht für die Fraktion Die Linke Frau Akbayir.

(Beifall von den GRÜNEN)

Hamide Akbayir (LINKE): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wie meine Kollegin Dr. Carolin Butterwegge bereits richtig betont hat, ist die Situation in vielen Kindertagesstätten dramatisch und geht zulasten der Kinder sowie der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Eine kurzfristige Intervention der neuen Landesregierung zur Entlastung der Personalsituation in den Einrichtungen sollte noch in diesem Kalenderjahr auf den Weg gebracht werden.

(Beifall von der LINKEN)

Es gibt verschiedene von Ministerialfachleuten zu überprüfende Möglichkeiten, die eine Gesetzesnovelle unnötig machen. Die Linke schlägt zum Beispiel einen Sonderfonds vor, der dringend benötigte Hauswirtschafts- oder Vertretungskräfte in Kindergärten finanziert. Wir bezwecken damit, die Qualität der Betreuung und Angebote greifbar und nachhaltig zu sichern.

Eine weitere Möglichkeit, meine Damen und Herren, wäre eine Richtlinienförderung, um besondere Maßnahmen zu realisieren, oder von dem Erprobungsparagrafen 25 des KiBiz Gebrauch zu machen.

Unter diesen Umständen leiden erstens die Qualität der Betreuungsangebote, zweitens das Personal, das sich sowohl um Eltern als auch um Kinder bemüht, drittens die Familien und viertens vor allem die Kinder, deren Recht auf Erziehung und Förderung beschnitten wird. Aus diesem Grund ist es notwendig, die Betreuung der Kinder in Kindertagesstätten umgehend zu verbessern. Dies kann nur durch Maßnahmen erreicht werden, die die pädagogischen Kräfte entlasten, damit sie sich ihrer eigentlichen Aufgabe, der Förderung der Kinder, zuwenden können.

Wir erachten es als sinnvoll, in einer Sofortmaßnahme die größten Personalengpässe zu beseitigen und die Betreuungsqualität zu verbessern, etwa durch Einrichtung eines Sonderfonds.

Mit unserem Änderungsantrag setzen wir ein deutliches Signal, das dem erklärten Leitprinzip der Stärkung der Kinder und Familien gerecht wird. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von LINKEN, SPD und GRÜNEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin. – Zum Abschluss der Debatte spricht Frau Altenkamp von der SPD-Fraktion.

Britta Altenkamp (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich muss doch noch einige Anmerkungen machen.

Zunächst einmal zu dem Hinweis von Herrn Hafke, dass es seit dem sogenannten Kinderbildungsgesetz endlich Bildung als konkreten Auftrag in der Kita gegeben hätte: Herr Hafke, da gehen Sie nun wirklich fehl. Es hat auch im GTK – ganz klar – einen Bildungsauftrag gegeben. Aber im Unterschied zum sogenannten Kinderbildungsgesetz hat es eine verbindliche Bildungsvereinbarung mit den Trägern gegeben. Das ist der alten Landesregierung für das sogenannte Kinderbildungsgesetz nicht gelungen, sodass es ein Kinderbildungsgesetz ohne Bildung war.

Die U3-Betreuung und der -Ausbau: Ja, man kann sich auf die Schultern klopfen und sagen: Mein Gott, wir haben so viel erreicht, und wir haben so schlechte Zahlen übernommen. – Aber Sie tun immer so, als wenn Sie in eine Zeitfalle geraten wären und 2005 die Situation in der politischen und gesellschaftlichen Diskussion die gleiche gewesen wäre wie heute. Das war sie nicht.

Aber eines bleibt eben auch: Der U3-Ausbau in Nordrhein-Westfalen läuft langsamer als in allen anderen Bundesländern. Das liegt vor allem an zwei Faktoren. Zum einen liegt es daran, dass das sogenannte Kinderbildungsgesetz insgesamt unterfinanziert ist. Zum anderen haben Sie unter Schwarz-Gelb anders als andere Bundesländer die Mittel, die beim Bund aus dem KiföG zur Verfügung gestanden haben, nicht direkt an die Kommunen weitergeleitet, sondern im Landeshaushalt versickern lassen. Das ist der Grund dafür, dass der U3-Ausbau in Nordrhein-Westfalen schleppender läuft als in anderen Bundesländern

(Beifall von der SPD)

und dass die alte Landesregierung von den Kommunen beklagt worden ist, weil sie nicht in der Lage sind, unter der Gesetzgebung und der Finanzierung hier in Nordrhein-Westfalen bedarfsgerecht U3-Ausbau zu betreiben. – Herzlichen Dank.

(Beifall von SPD, GRÜNEN und LINKEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Altenkamp. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung. Wir stimmen über drei Anträge ab: erstens über den grundlegenden Antrag von SPD und Bündnis 90/Die Grünen, zu dem es zweitens einen Änderungsantrag der Fraktion Die Linke gibt, und zum Dritten über einen Entschließungsantrag der FDP. Hinsichtlich des Entschließungsantrags der FDP ist eben eine sehr differenzierte getrennte Abstimmung beantragt worden.

Wir stimmen erstens über den **Änderungsantrag** der Fraktion Die Linke **Drucksache 15/52** ab. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte,

bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Die SPD.

(Zurufe von CDU und FDP: Och!)

Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion Die Linke mit den Stimmen von CDU und FDP bei Enthaltung von SPD und Grünen **abgelehnt**.

Wir kommen zweitens zur Abstimmung über den **Antrag** von SPD und Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 15/22**. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte, bitte ich um das Handzeichen. – SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Wer stimmt dagegen? – CDU und FDP. Wer enthält sich? – Die Linke.

(Zurufe von CDU und FDP: Och!)

Damit ist der Antrag bei Nein-Stimmen von CDU und FDP und Enthaltung der Linken **angenommen**.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wir kommen drittens zur Abstimmung über den **Entschließungsantrag** der FDP **Drucksache 15/51**. Wir stimmen über die römischen Ziffern I und II getrennt ab. Innerhalb der Ziffer II stimmen wir hinsichtlich der arabischen Ziffern noch einmal getrennt ab. Ich rufe den Entschließungsantrag auf. Wer **Abschnitt I** seine Zustimmung geben möchte, der möge die Hand heben. – Das sind CDU und FDP. Wer stimmt dagegen? – SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke. Damit ist Abschnitt I **abgelehnt**.

Wir kommen zu **Abschnitt II**. Wir stimmen zuerst über die **Nr. 1** ab. Wer ihr seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind alle im Haus vertretenen Fraktionen. Damit ist Ziffer II Nr. 1 **angenommen**.

Wir kommen zur Abstimmung über **Abschnitt II Nr. 2**. Wer zustimmen möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – CDU und FDP. Wer stimmt dagegen? – SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke. Damit ist die Ziffer II Nr. 2 **abgelehnt**.

Wir können, meine ich, gemeinsam über **Abschnitt II Nrn. 3 und 4** abstimmen. Wenn sich dagegen kein Widerspruch erhebt, tun wir das so. – Wer Nr. 3 und Nr. 4 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Das sind alle im Haus vertretenen Fraktionen. Damit sind die ...

(Unruhe)

– Nicht? – Doch, es waren alle.

(Beifall von SPD, GRÜNEN, LINKEN und Minister Johannes Remmel)

Damit sind Ziffer II Nrn. 3 und 4 **angenommen**.

Wir kommen jetzt zur Gesamtabstimmung.

(Unruhe)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir brauchen noch eine Gesamtabstimmung. – Wir kommen zur Ge-

samtAbstimmung über den **Entschließungsantrag** der Fraktion der FDP **Drucksache 15/51**. Wer dem seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – CDU und FDP. Wer stimmt dagegen? – Niemand. Wer enthält sich? – SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke. Damit ist in der differenzierten Art und Weise in der GesamtAbstimmung der Entschließungsantrag **angenommen** worden.

(Beifall von den GRÜNEN)

Damit kann ich den Tagesordnungspunkt 2 schließen.

(Unruhe)

– Ich weiß, Sie freuen sich darüber, dass wir ein so differenziertes Abstimmungsverhalten haben. Diejenigen Kolleginnen und Kollegen, die den Saal verlassen müssen, mögen das bitte etwas ruhiger tun, damit die übrigen der Tagesordnung folgen können.

Ich rufe auf:

3 Nordrhein-Westfalen muss Aufsteigerland bleiben – Reformfolge der letzten fünf Jahre bewahren

Eilantrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 15/39

Entschließungsantrag
der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 15/53

Dieser Eilantrag wurde fristgerecht eingebracht.

Ich eröffne die Beratung und erteile als erstem Redner für die CDU-Fraktion Herrn Laschet das Wort.

(Vorsitz: Vizepräsidentin Gunhild Böth)

Armin Laschet (CDU): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! SPD und Grüne wollen mit ihrem Koalitionsvertrag neue Wege gehen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Aber Anspruch und Wirklichkeit fallen auseinander. Normalerweise gibt man einer Regierung 100 Tage lang Zeit, um zu beweisen, was sie denn wirklich kann. Aber wir haben eine besondere Situation. Sie haben am gestrigen Tag gleich mit mehreren Anträgen zeigen wollen, was Sie können. Bei einem Ihrer Kernwahlversprechen aus dem Wahlkampf, nämlich die Abschaffung der Studiengebühren, haben Sie erst gesagt: Bitte ganz schnell entscheiden. Dann haben Sie gemerkt, dass man das auch finanzieren muss, und dann haben Sie sich mit Geschäftsordnungstricks und mit Hilfe der Linken in die Ausschüsse gerettet. Das sind nicht neue Wege, das sind alte Wege.

(Beifall von CDU und FDP)

Die Presse hat das auch gleich wahrgenommen: Linke bereitet Kraft erste Schlappe. – Erste Pleite für Hannelore Kraft. – Rot-Grün ausgebremst auf den ersten Metern. – Selbst „Spiegel online“ sagte: „Oje statt Oha“.

So schlecht hat noch keine Regierung in Nordrhein-Westfalen begonnen wie Sie am gestrigen Tag.

(Beifall von CDU und FDP)

Sie machen das nach dem Motto: Wir tricksen uns hier durch. Wir verschieben in die Ausschüsse. Wir spekulieren darauf, dass Die Linke sich enthält. – Das ist schon bei der Wahl der Ministerpräsidentin so gewesen, und das wollen Sie anscheinend auch bei der Sacharbeit so fortsetzen. Nur, eines können wir Ihnen berichten: Alles kommt wieder. Das, was Sie jetzt in die Ausschüsse verweisen, wird nach den Ferien wieder hier auf dem Tisch liegen. Vielleicht beginnen Sie nach den Ferien einmal, eine Position zu formulieren, statt darauf zu spekulieren, dass Sie das Ganze vertagen können.

(Beifall von CDU und FDP)

Sie haben einen Kernunterschied im Vergleich zur Vorgänger-Landesregierung zur Maxime gemacht. Wir sind hier mit vielen neuen Ideen gestartet. Darüber kann man dann politisch streiten – die Regierung sagt Ja und die Opposition sagt Nein. Wir hatten die Idee: beste Studienbedingungen an den Hochschulen, ein Hochschulfreiheitsgesetz. Wir hatten die Idee: Ausbau der frühkindlichen Bildung. Wir hatten die Idee, Familienzentren zu schaffen. Wir hatten die Idee, der Integrationspolitik einen Schub zu geben. Wir hatten die Idee: Abbau des Unterrichtsausfalls an unseren Schulen.

(Zuruf von der SPD: Und Sie sind abgewählt worden!)

– Herr Kollege, wir sprechen gerade über das Prinzip. Über die politischen Inhalte kann man ja streiten, aber das Prinzip hatte klare Ideen.

(Thomas Stotko [SPD]: Die Bürger haben entschieden! – Zuruf von Andrea Asch [GRÜNE])

– Frau Kollegin Asch: neue Ideen mit weniger Schulden. Das war unsere Grundidee.

(Beifall von CDU und FDP)

Das, was Sie jetzt machen, ist: alte Ideen mit neuen Schulden.

(Beifall von CDU und FDP)

Sie machen nahtlos da weiter, wo Sie 2005 aufgehört haben, als Sie abgewählt wurden. Man könnte ja erwarten: Wenn man eine neue Regierung bildet, startet man mit neuen Ideen. Sie wickeln lediglich das ab, was in den letzten fünf Jahren passiert ist – das kann man machen –, aber kein Mensch nimmt das als neue Idee wahr, und die Leute ärgern sich

erst recht, wenn diese alten Ideen auch noch mit einer nie gekannten Nettoneuverschuldung verbunden werden. Das ist rot-grüne Politik.

(Beifall von CDU und FDP)

Ich zeige Ihnen das anhand von Zahlen. Als Sie im Jahr 2007 abgelöst wurden, bestand ein Schuldenrekord in Höhe von 6,7 Milliarden €. Trotz aller unserer neuen Ideen, die wir auch umgesetzt haben,

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Jetzt sind es 20 Milliarden € mehr!)

liegen wir am Ende dieser Regierungszeit bei 6,6 Milliarden € Neuverschuldung – und das trotz der größten Finanzkrise, die wir je gehabt haben.

(Beifall von CDU und FDP – Zuruf von Rainer Schmeltzer [SPD])

Nun sagen Sie: Das, was wir gemacht haben, war alles unterfinanziert. – Aber der Trend ist im Moment ein anderer. Der Bundesfinanzminister stellt in diesen Tagen fest, dass er mit 20 Milliarden € weniger Neuverschuldung auskommt, als eigentlich gedacht war. Üblicherweise ist es, wenn beim Bund die Steuereinnahmen so sind, in den Ländern ähnlich. Wenn im Bund die Nettoneuverschuldung sinkt,

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Wer hat denn diesen Haushalt gemacht? Sie haben doch den Haushalt 2010 gemacht!)

dann geht sie in Nordrhein-Westfalen und in allen anderen Ländern auch zurück. Sie machen nun etwas, was sich früher eigentlich nur Griechenland erlaubt hat: Während der Bund konsolidiert, weniger neue Schulden macht, machen Sie mehr als 3 Milliarden € neue Schulden. Sie machen 50 % mehr Neuverschuldung als der letzte Haushalt, gegen jeden Trend, gegen jede Vernunft, gegen einen europäischen Konsens. Sie sind weniger schlau, als Griechenland es heute ist.

(Anhaltender Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Danke, Herr Laschet. – Für die FDP hat Herr Professor Dr. Pinkwart das Wort.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Der Chaosforscher!)

Prof. Dr. Andreas Pinkwart (FDP): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der von Ministerpräsident Jürgen Rüttgers in Auftrag gegebene Bericht der Zukunftskommission unter dem Vorsitz von Lord Dahrendorf und dem Vizevorsitz von Bodo Hombach zeigte folgende Herausforderungen für Nordrhein-Westfalen auf: über eine lange Zeit, über eine zu lange Zeit ein deutlich zu geringes Wachstum und damit eine zu geringe Wohlstandsentwicklung in Nordrhein-Westfalen, eine Abwanderung von Hochqualifizierten und eine wachsende Zahl von gering qualifizierten Zuwanderern.

Hinzu tritt der demografische Wandel mit herausragenden Anforderungen. Heute ist jeder Fünfte über 65 Jahre alt, bald wird es jeder Vierte sein. Hinzu kommen die in den 80er- und 90er-Jahren sowie zu Beginn des vergangenen Jahrzehnts aufgetürmten hohen Schulden und Pensionslasten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir müssen – das sage ich auch an die neue Landesregierung – hart daran arbeiten, dass Nordrhein-Westfalen diese Herausforderungen nachhaltig bestehen kann. Vor diesem Hintergrund – das sage ich hier auch, weil ich in den vergangenen Jahren Verantwortung hatte, voller Selbstbewusstsein, auch bei nüchterner Einschätzung dessen, was noch nicht erreicht werden konnte und an Herausforderungen vor uns liegt – haben die vergangenen fünf Jahre eine wichtige Wende in Nordrhein-Westfalen eingeleitet, durch gezieltes Investieren, Konsolidieren und Reformieren zur Stärkung der Innovationskraft in Nordrhein-Westfalen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, vor dem Hintergrund der Herausforderungen, die die Zukunftskommission beschrieben hat, hat Schwarz-Gelb Nordrhein-Westfalen gut getan.

(Beifall von FDP und CDU)

Es wäre jetzt die Aufgabe der neuen Landesregierung, diesen Kurs der Erneuerung fortzusetzen: zum einen mit einer gezielten Politik des Förderns und Forderns und zum anderen mit einer besonderen Anerkennungskultur für individuelle Leistungen, Anerkennung sowohl gegenüber den Ein- und Aufsteigern, die sich aus schwierigster Ausgangslage aufmachen, um in unserer Gesellschaft mithalten zu können, wie auch gegenüber den besonders Begabten und den Leistungsträgern in unserer Gesellschaft. Gerade Nordrhein-Westfalen braucht beides: bessere Ergebnisse und Anerkennung sowohl in der Breite wie in der Spitze. Das hat Nordrhein-Westfalen in den vergangenen fünf Jahren stärker gemacht.

Die neue Minderheitsregierung blendet in ihrem Koalitionsvertrag die besonders Begabten und die Hochqualifizierten, die Leistungsträger in unserem Land jedoch weitgehend aus.

(Beifall von Ilka von Boeselager [CDU])

Eine solche Vernachlässigung von Teilen der Gesellschaft können wir uns gerade in Nordrhein-Westfalen nicht leisten.

(Beifall von FDP und CDU)

Zum anderen brauchen wir eine Kultur der Nachhaltigkeit und der Generationengerechtigkeit gerade auch im Hinblick auf den Haushalt. Das hat Rot-Grün schon bitter selbst erfahren müssen. Sie sind schon einmal an dem gescheitert, was Sie jetzt neu einleiten. Herr Laschet hat dies sehr schön auf eine Formel gebracht. Sie sind daran gescheitert, weil Sie eine Serie verfassungswidriger Haushalte haben vorlegen müssen, da Sie zuvor zu viel konsumiert und zu wenig für Zukunftsinvestitionen übrig gehabt

haben. Woran haben Sie dann sparen müssen? – Sie haben an Bildung und an den Kommunen in Nordrhein-Westfalen gespart. Das war das Ergebnis Ihrer verfehlten Politik.

(Beifall von FDP und CDU – Zuruf von der SPD: Das müssen Sie sagen!)

Vor diesem Hintergrund halte ich es für verantwortungslos – das sage ich in aller Nüchternheit –, dass Sie die Neuverschuldung des Landes Nordrhein-Westfalen in diesem Jahr von 6,6 Milliarden € auf über 9 Milliarden € anheben wollen.

(Zuruf von der SPD: Das ist Ihre Bilanz!)

Das passt in keiner Weise in die finanzpolitische Landschaft. Sie müssten aufgrund der besseren Konjunktur und der steigenden Einnahmeentwicklung den Haushalt mit weniger als 6,6 Milliarden € Neuverschuldung in 2010 abschließen können, genauso wie wir das in 2009 gemacht haben, als wir auch die Neuverschuldung unter den Planansatz zurückgeführt haben. Auch dieses ist in 2010 möglich, aber Sie müssen endlich das machen, was Sie in Ihrer früheren Regierungszeit vernachlässigt haben, nämlich konsolidieren und investieren und nicht nur konsumieren.

(Beifall von FDP und CDU)

Das, was Sie bezüglich Haushaltslöcher ansprechen, weise ich mit Entschiedenheit zurück. Die vorherige Landesregierung hat eine erhebliche Vorsorgeverstärkung vorgenommen, sowohl für die Pensionslasten als auch für die Finanzmarktrisiken von über 3,1 Milliarden € und für zusätzliches Personal an den Hochschulen in einer Größenordnung von über 1,2 Milliarden €. So gut waren unsere Bereiche im öffentlichen Landeshaushalt noch nie finanziert wie unter Schwarz-Gelb. Das ist das Erbe, das Sie antreten können.

(Beifall von FDP und CDU)

Lassen Sie mich, Frau Präsidentin, noch einen letzten Satz sagen, der mir sehr wichtig ist, weil er die politische Kultur betrifft, die ja in den letzten zwei Tagen sehr stark bemüht worden ist. Leider ist Frau Ministerpräsidentin Kraft nicht anwesend. Ich richte es an Sie, Frau Löhrmann, weil Sie es in einem Interview gesagt haben. Jürgen Rüttgers hat sich mal im Landtag als Ministerpräsident gegen eine solche Aussage, die hier im Landtag gemacht worden ist, verwahrt. Ich hätte mir gewünscht, wenn Frau Kraft das heute auch richtiggestellt hätte. – Sie haben in der „TAZ“ vom 15.07. ein Interview gegeben, Frau Löhrmann. An dem Tag waren Sie schon vereidigte Vizeministerpräsidentin und haben auf die Frage der „TAZ“ – ich zitiere mit Genehmigung der Präsidentin –

Die Grünen sind dazu bereit – trotz extremistischer Ansätze in der FDP,

(Beifall von Rüdiger Sagel [LINKE])

wie ihr designerter parlamentarischer Staatssekretär sagte?

geantwortet – ich zitiere –:

Innerhalb des demokratischen Spektrums ist die Linke das staatsfixierte Extrem, die FDP das entgegengesetzte.

(Lebhafter Widerspruch von FDP und CDU)

Ich möchte hier festhalten: In der 62-jährigen Geschichte Nordrhein-Westfalens hat die FDP 27 Jahre Regierungsverantwortung getragen zum Wohle dieses Landes. Ich erwarte eine Entschuldigung der Landesregierung. – Herzlichen Dank, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Anhaltender Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Herr Professor Pinkwart, ich hoffe, Sie haben zur Kenntnis genommen, dass wir hier im Präsidium doch sehr flexibel mit Ihrer Redezeit waren. – Für die SPD-Fraktion hat nun Herr Römer das Wort.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Norbert Römer (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Sowohl der Eilantrag als auch die beiden Reden haben ganz offensichtlich deutlich gemacht, dass Sie die Manuskripte aus der Wahlkampfzeit immer noch nicht in den Papierkorb geworfen haben.

(Beifall von SPD, GRÜNEN und LINKEN)

Lassen Sie es sein! Das bringt überhaupt nichts.

Meine Damen und Herren, alle große politische Aktion besteht im Aussprechen dessen, was ist, und beginnt damit. Alle politische Kleingeisterei besteht im dem Verschweigen und Bemänteln dessen, was ist. Das stammt von Ferdinand Lassalle. Er hat uns diesen Lehrsatz für politisches Handeln hinterlassen.

Ihr Eilantrag und das, was Sie gerade hier vorgeführt haben, Ihr Versuch, in ein paar Spiegelstrichen und in einer Fünf-Minuten-Häppchen-Redezeit über Ihre vermeintlichen Erfolge in den vergangenen fünf Jahren zu sprechen und dabei auch noch die Pläne der Koalition für die kommenden fünf Jahre abzuhandeln, wird weder der Sache gerecht noch entspricht es dem Diskussionsbedarf hier in diesem Hohen Hause.

Meine Damen und Herren, wir sollten vermeiden, in die Rituale des Wahlkampfs zurückzufallen.

(Beifall von SPD, GRÜNEN und LINKEN)

Nachhutgefechte zum Wahlkampf zu führen, wäre das Letzte, was die Menschen von uns erwarten. Das ist das eine. Das andere ist, dass wir nicht heute für kleine Münze die Regierungserklärung der Ministerpräsidentin vorwegnehmen sollten.

Die Debatte über den richtigen Weg für unser Land werden wir hier führen, und zwar zu dem Zeitpunkt, wo das angemessen ist, dann, wenn die Regierungserklärung vorgelegt worden ist.

Ein Anhaltspunkt für unsere kommenden Debatten ist allerdings das Votum der Wählerinnen und Wähler vom 9. Mai dieses Jahres. Dieser Aspekt kommt in Ihrem Antrag völlig zu kurz. So, wie Sie die Erfolge Ihrer Koalition schildern, hätte das doch am Wahltag eine breite Zustimmung zu Ihrer Politik geben müssen. Ich erinnere noch einmal daran: Das genaue Gegenteil war der Fall. Die Menschen haben für den Politikwechsel in diesem Land gestimmt.

(Beifall von SPD, GRÜNEN und LINKEN)

Schwarz-Gelb hat 80 Stimmen, Rot-Grün 90. Und Schwarz-Gelb hat nur mit den elf Stimmen der Fraktion Die Linke eine Chance, unsere Politik zu blockieren. Ich bin einmal gespannt, ob diese Zusammenarbeit klappen wird.

(Dr. Gerhard Papke [FDP]: Ha, ha! Das ist ein starkes Stück!)

Nein, meine Damen und Herren, Sie müssen zur Kenntnis nehmen: Die Menschen waren mit Ihrer Politik unzufrieden.

(Widerspruch von der CDU)

Deshalb sollten Sie die erforderliche Analyse, wenn Sie denn schon glauben, Ihre Wahlniederlage sei nur an Griechenland und am Euro oder an den Startschwierigkeiten in Berlin festgemacht worden, nicht verkürzen. Die Untersuchung der Konrad-Adenauer-Stiftung hat doch gezeigt, Herr Laschet, dass da vieles hausgemacht war. Sie sollten diese Gründe bei Ihren Überlegungen nicht ausblenden. Sie sollten endlich aussprechen, was ist. Das gehört mit zur Glaubwürdigkeit und auch dazu, dass Sie sich endlich wieder neu sortieren können. Dafür wünschen wir Ihnen alles Gute auf dem Weg in eine Neuaufstellung, personell und inhaltlich.

(Beifall von SPD, GRÜNEN und LINKEN)

Meine Damen und Herren, wir richten den Blick nach vorn. Wir laden Sie ausdrücklich ein, ...

(Zurufe von CDU und FDP: Ooh! Aah! – Weitere Zurufe von CDU und FDP)

– Ich kann doch verstehen, Herr Kaiser, Herr Laschet, dass der Wundschmerz nachwirkt. Das ist doch in Ordnung. Dafür habe ich viel Verständnis.

(Beifall von der SPD)

Aber eines sollten Sie tun. Wir haben das auch gemacht. Sie sollten sich selbst und auch der Öffentlichkeit endlich eingestehen, dass die Menschen mit Ihrer Politik – nicht mit dem, was Sie gut gemeint haben mögen, sondern mit dem, was Sie gemacht haben – nicht zufrieden waren. Dieses Eingeständnis hilft. Wir haben das auch gemacht.

(Zuruf von Armin Laschet [CDU])

Wir haben das nach dem 22. Mai 2005 offen gesagt. Wir haben damals gesagt, dass wir nicht alles richtig gemacht haben. Wir sagen Ihnen jetzt auch, voller Selbstbewusstsein: Wenn wir neue gemeinsame Wege gehen – dazu laden wir Sie ein –, dann werden wir möglicherweise auch nicht alles richtig machen. Aber lassen Sie uns in den Wettstreit der besten Ideen eintreten. Auch dazu laden wir Sie ein.

(Beifall von SPD, GRÜNEN und LINKEN – Unruhe)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Herr Römer, gestatten Sie ...

Norbert Römer (SPD): Lassen Sie mich ein Letztes sagen. Herr Pinkwart, ...

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Ich glaube, vor lauter Zwischenrufen hat Herr Römer mich nicht verstanden. Herr Römer, gestatten Sie eine ...

Norbert Römer (SPD): Ich möchte meinen letzten Satz zu Ende sprechen, und dann sollten wir das auch hier gemeinsam zu Ende führen, weil Sie eine solche Debatte ja nur mit Fünf-Minuten-Beiträgen führen wollen.

Herr Pinkwart, Sie haben gerade gesagt und an unsere Adresse den Appell gerichtet, wir sollten das weiterführen, was Sie begonnen haben. Dazu sage ich Ihnen mit allem Selbstbewusstsein: Nein, das werden und das dürfen wir nicht tun,

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

weil Sie eine falsche Weichenstellung vorgenommen haben. Sie haben das Land, Sie haben die Menschen in diesem Land mit Ihrer Politik in eine Situation gebracht, in der viele verunsichert sind, in der viele nicht wissen, wie ihre Perspektiven aussehen.

Wir laden Sie ein:

(Zurufe von der CDU: Oh!)

Lassen Sie uns gemeinsam neue Wege gehen! Das ist gut für das Land und gut für die Menschen. Deshalb werden wir diese neue Politik auch konsequent machen. – Vielen Dank fürs Zuhören.

(Beifall von SPD, GRÜNEN und LINKEN)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Danke, Herr Römer. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht jetzt Herr Priggen.

(Zuruf von der CDU: Ich hätte gern eine Einladung!)

Reiner Priggen (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich kann das schon verstehen. Ich will das so subsumieren: Das, was die Kollegen von CDU und FDP im Moment umtreibt, ist der ja nachvollziehbare Abschiedsschmerz.

(Zurufe von CDU und FDP: Oh!)

– Doch. Ich kann das auch verstehen. Ich habe immer gesagt: Normalerweise, wenn eine Regierung gewählt wird und andere abgelöst werden, geschieht das für mindestens zwei Legislaturperioden. Das ist so die Erfahrung. Jetzt sind Sie nach fünf Jahren wieder abgelöst worden. Das ist eine ganz harte Situation. Ich kann Ihre Enttäuschung darüber verstehen.

Ich war auch, ehrlich gesagt – ich sage das vor allen Dingen zu den neuen Kolleginnen und Kollegen –, im Vorfeld in der parlamentarischen Runde schon gespannt, was jetzt antragsmäßig von den abgewählten Regierungsparteien kommt. Man guckt sich das ja ganz interessiert an: Was kommt von den Neuen, was kommt von den anderen?

Dann finde ich diesen Eilantrag. Das ist ja ein gemeinsamer Antrag der beiden Fraktionen, also von CDU und FDP. Und der ist – das als Erklärung für die neuen Abgeordneten – in diesem alten Weihrauchstil verfasst, so wie das fünf Jahre lang hatten. Da wurde immer wieder deklamiert und beweihräuchert, was man alles an eigenen hervorragenden Leistungen vollbracht hat.

(Zuruf von Armin Laschet [CDU])

Das wird jetzt in dem Antrag über eine lange Strecke wieder gemacht.

Es ist ja nicht alles falsch gewesen, was Sie gemacht haben. Aber der Duktus in diesem Antrag hat doch mit der Realität, in der Sie jetzt gelandet sind, überhaupt nichts zu tun.

(Beifall von GRÜNEN, SPD und LINKEN)

Herr Prof. Pinkwart, Sie reden sich die Welt schön, wenn Sie hier über Aufsteiger und besonders Begabte räsonieren

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Parallelwelt!)

und das im Koalitionsvertrag vermissen. Das einmal im Kontext Ihrer Punkte! Das hat doch nichts mit dem zu tun, was Sie mit dem Wahlergebnis im Mai als Quittung bekommen haben.

Sie müssen doch ganz einfach zur Kenntnis nehmen: Das, was in diesem Antrag alles steht, was angeblich so besonders erfolgreich gewesen sein soll, ist doch in relevanten Teilen am Bedürfnis und am politischen Empfinden der Menschen in diesem Land vorbeigegangen.

(Beifall von GRÜNEN, SPD und LINKEN)

Anders lässt sich das Ergebnis doch überhaupt nicht erklären. Wenn man von 181 Sitzen noch 80 hat,

dann hat man doch ganz deutlich die satte Mehrheit, die man vorher hatte, verloren. Das tut weh. Das ist hart. Da muss man erst ankommen.

Ich sage Ihnen: Wir sind vor fünf Jahren aus der Regierung geflogen, nachdem wir zehn Jahre zusammen regiert hatten. Da haben wir auch nicht rasoniert und gesagt: Das war ein Unfall. Die Menschen haben es nur nicht verstanden. Guido und Angela waren schuld oder die Griechen oder sonst wer. – Wir haben uns hingesetzt und gearbeitet.

Ich kann mich an die Debatten der ersten Jahre noch erinnern: wie Sie sich über Frau Kraft lustig gemacht haben. Da war ein bisschen Hochmut dabei. Das hat jetzt aufgehört. Jetzt müssen Sie in der Opposition ankommen und anfangen zu arbeiten. Das ist ganz einfach das Ergebnis.

(Beifall von GRÜNEN, SPD und LINKEN)

Dann werden wir zu inhaltlichen Punkten kontroverse Debatten haben. Wir werden alle in einem Parlament ankommen, das fünf Fraktionen hat. Gestern und heute haben wir die ersten Begegnungen. Das ist noch ein bisschen holprig; das ist richtig. Wir müssen alle lernen, damit umzugehen. Aber das müssen Sie als CDU-Fraktion jetzt in allererster Linie anfangen. Das alte Deklamieren wird an der Stelle inhaltlich jedenfalls nicht mehr weiter tragen.

Ich will nur einen Punkt aus diesem Antrag herausgreifen. Im Antrag steht: Fünf erfolgreiche Jahre. – Sie glauben bei den Zahlen doch nicht allen Ernstes, dass Sie in der Bildungspolitik die Bilanz ziehen könnten, Sie hätten fünf erfolgreiche Jahre hinter sich?

(Beifall von GRÜNEN und SPD – Prof. Dr. Andreas Pinkwart [FDP]: Sicher!)

Nein. Nein. Ganz eindeutig nicht. Ich will Ihnen auch sagen, warum.

(Weitere Zurufe von Prof. Dr. Andreas Pinkwart [FDP])

Nach Ihrer ganzen Zahlentäuscherei findet Frau Löhrmann jetzt in ihrem Haus vor, was Sie tatsächlich an Lehrerstellen besetzt haben. Das einmal vorweg! Sie müssen doch erkennen, dass Sie in der Grundausslegung – ich will nicht sagen: in der ideologischen – am Bedürfnis der Bildungspolitiker aus Ihren eigenen Kommunen vorbeigearbeitet haben. Frau Löhrmann kann doch die ersten zwei Monate damit zubringen, einen christdemokratischen Bürgermeister nach dem anderen zu besuchen – ob in Ascheberg, Schöppingen oder Horstmar – und den Kollegen zu sagen: Ich könnt jetzt tatsächlich die Schule machen, die ihr wollt und die bisher aus ideologischen Gründen von der alten Regierung blockiert worden ist.

(Lebhafter Beifall von GRÜNEN, SPD und LINKEN)

Das kann Frau Löhrmann jetzt machen.

Sie können an der Stelle keine positive Bilanz ziehen. Ich will Ihnen das an einem weiteren Beispiel aufzeigen. Es ist der demografische Wandel, der Ihre eigenen CDU-dominierten ländlichen Kommunen dazu treibt, Freiraum zu fordern. Sie versuchen, im Antrag zu schildern, wir wollten Gymnasien und Hauptschulen zerstören. Das ist doch Unfug. Armin Laschet hat geredet. Er weiß, dass wir zusammen, Schwarz-Grün, in Aachen von fünf Hauptschulen zwei schließen müssen, weil wir nicht mehr genügend Anmeldungen haben. Das geschieht nicht aus Hauptschulfeindlichkeit. Wir wissen, dass andere Hauptschulen da eine hervorragende Arbeit machen. Das ist einfach eine Abstimmung, die die Eltern machen, indem sie die Kinder da nicht mehr anmelden. Das ist der entscheidende Punkt. Das müssen Sie zur Kenntnis nehmen.

(Beifall von GRÜNEN, SPD und LINKEN – Ralf Witzel [FDP]: Das ist eine übliche quantitative Anpassung und nicht die Bekämpfung bestimmter Schulformen!)

Sie kommen da nicht raus. Das ist doch auch in Ordnung.

Heute ist der letzte Tag vor der Sommerpause. Ich will es dann auch etwas versöhnlich machen. Sie müssen jetzt ein Stück weit in sich gehen. Nach der Sommerpause werden wir uns wieder treffen. Dann überlegen Sie sich, was Sie tatsächlich an Schulpolitik und in anderen Bereichen machen wollen. Ich könnte Ihnen das zur Energiepolitik genauso herunterdeklinieren: dass Sie neben den Herausforderungen argumentiert haben, die das Land hat.

(Armin Laschet [CDU]: Es ging um Schule!)

Das machen wir – da hat der Kollege Römer recht –, wenn die Regierungserklärung kommt. Dann nehmen wir uns die Zeit dafür. Dann nehmen wir uns eine Stunde Zeit und gehen die Bereiche durch. Aber so einfach, wie Sie sich das mit diesem Antrag machen wollen, kommen Sie aus der Debatte nicht raus. – Danke schön.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Danke, Herr Kollege Priggen. – Für die Fraktion Die Linke spricht jetzt Frau Beuermann.

Bärbel Beuermann (LINKE): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Linksfraktion begrüßt, dass durch den Eilantrag der Fraktionen von CDU und FDP eine Debatte über den Koalitionsvertrag stattfindet. Das ist aber auch schon alles, was man Positives zu diesem Antrag sagen kann. Denn die Vielzahl der Problemlagen hier in Nordrhein-Westfalen ist gerade durch CDU und FDP zustande gekommen.

(Manfred Palmen [CDU]: Unsinn!)

Es bestätigt sich, dass die SPD sich die Sondierungsgespräche mit FDP und CDU von vornherein hätte sparen können.

(Armin Laschet [CDU]: Mit Ihnen auch!)

Die Fraktionen der ehemaligen Regierungskoalition von CDU und FDP legen mit diesem Antrag offen, wie weit verquerer Standesdünkel und ideologische Klientelpolitik gehen.

(Beifall von der LINKEN)

Trotz der deutlichen Abwahl und jenseits jeglicher Wahrnehmung der Realität, dass weder Schwarz noch Gelb in diesem Haus und in der Regierung weiter erwünscht sind, stellen beide Fraktionen diesen Antrag. Darin werden die lediglich postulierten und leider kaum konkreten Absichtsbekundungen von SPD und Grünen gleich als Untergangsszenario stilisiert. Fakt ist, dass sich die neoliberalen Reformen der letzten fünf Jahre und die „Privat vor Staat“-Politik von CDU und FDP für einen Großteil der Menschen in diesem Land massiv negativ ausgewirkt haben.

(Beifall von der LINKEN)

Vielen wurde der bereits straffe Gürtel noch enger geschnallt. Der Prozess der systematischen Besserstellung ohnehin Privilegierter ist in einem solchen Ausmaß etabliert worden, dass die Gesellschaft noch weiter in Arm und Reich, in Oben und Unten auseinandergefallen ist.

(Beifall von der LINKEN)

Viele Projekte und Initiativen wurden eingestampft oder zurückgefahren, weil sie nicht in das politische Leitmuster der schwarz-gelben Koalition passten.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, wie realitätsfern und rückwärtsfokussiert die Fraktionen von CDU und FDP sind, haben gestern eindrucksvoll die Einlassungen zu den verschiedenen Anträgen gezeigt. Das offenkundige Klientel- und Lobbydenken der ehemaligen Regierungsparteien wird von CDU und FDP ideologisch weiter zementiert.

(Beifall von der LINKEN – Manfred Palmen [CDU]: So ein Blödsinn!)

Wer ideologiefreie Politik einfordert, sich aber gleichzeitig in die fundamentale Defensive begibt, negiert jede Möglichkeit des kritischen Dialoges kategorisch.

Die neoliberale, chauvinistische Politik von CDU und FDP

(Zurufe von CDU und FDP: Hey!)

ist eine Politik, die nicht zur Chancengerechtigkeit im Bildungswesen und nicht zur Verbesserung der Lebenslagen aller in Nordrhein-Westfalen lebenden Menschen geführt hat.

(Beifall von der LINKEN)

Wir Linke erteilen einer solchen Politik eine kategorische und klare Absage. Wir legen in unserem Entschließungsantrag klare Forderungen für die Menschen in diesem Land vor.

Der Versuch, die schwarz-gelbe Wahlperiode energie- und wirtschaftspolitisch zu verklären, muss scheitern. Vielmehr hat es unter dieser Regierung ein energiepolitisches Rollback gegeben, welches seinesgleichen sucht. Nicht nur die Streichung des Klimaschutzparagrafen, den CDU und FDP auf Zuruf des Energieriesen E.ON eliminiert haben, ist eine klimapolitische Todsünde, sondern auch der damit verbundene Versuch, weitere Kohlekraftwerke in NRW zu errichten, während diese Technologie weltweit zunehmend mit Recht den erneuerbaren Energien weichen muss.

(Beifall von der LINKEN – Rüdiger Sagel [LINKE]: Klimakiller!)

Leider ist auch der Koalitionsvertrag von SPD und Grünen insgesamt kein wirkliches Zeichen für einen tatsächlichen Politikwechsel. Er ist in vielen Bereichen vielmehr lediglich ein Trippelschritt in die richtige Richtung.

Genannt wird darin unter anderem, dass Rot-Grün bis zum Jahr 2020 den CO₂-Ausstoß um lediglich 25 % reduzieren will. Das ist unseres Erachtens nicht mutig genug und viel zu wenig, um die nationalen Klimaschutzziele einer Reduktion der CO₂-Emissionen um 40 % bis zum Jahr 2020 zu erreichen.

Meine Damen und Herren, wir Linke – übrigens seit 1953 die erste Partei in diesem Hause links neben der SPD – werden es nicht an Druck fehlen lassen. Wir werden durch konsequente Anträge – wie den Antrag, der Ihnen hier vorliegt – unsere Auffassung von konstruktiver linker, ökologischer und pazifistischer Oppositionsarbeit unter Beweis stellen.

(Beifall von der LINKEN)

Das ist unser Beitrag zur Demokratie und zur Belebung der Demokratie: radikale, konsequente Politik, an der man sich stören, auf die man aber auch verlässlich zählen kann. – Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der LINKEN)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Danke, Frau Beuermann. – Für die Landesregierung spricht Herr Minister Jäger.

Ralf Jäger, Minister für Inneres und Kommunales: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Präsidentin! Herr Prof. Pinkwart, gestatten Sie mir, auf das eben von Ihnen angesprochene Interview der Kollegin Löhrmann in der „taz“ einzugehen. Sie haben es selbst zitiert. Frau Löhrmann hat in keiner Weise eine hier im Haus vertretene Partei als extremistisch bezeichnet. Das Wort „extremistisch“ war Bestandteil

der Fragestellung des Journalisten. Sie wissen aus Ihrer früheren Tätigkeit, dass auf eine solche Fragestellung kein Einfluss genommen werden kann.

(Prof. Dr. Andreas Pinkwart [FDP]: Sie hätte es zurückweisen können!)

Außerdem ist festzustellen, dass Frau Löhrmann auf die Rolle des Staates eingegangen ist, die die Fraktionen hier im Landtag unterschiedlich definieren – die Linke eher „Staat vor Privat“ und Sie eher „Privat vor Staat“.

Als Letztes möchte ich festhalten, dass diese Landesregierung für die Politik des „Partners Staat“ stehen wird, dafür werben und ihre Politik auch so umsetzen wird. – Ich hoffe, das war Erläuterung genug.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die schwarz-gelbe Landesregierung ist wegen ihrer Politik der letzten fünf Jahre am 9. Mai dieses Jahres von den Menschen in Nordrhein-Westfalen abgewählt worden. Die Regierung Rüttgers hat die Quittung dafür bekommen, dass sie eine, wie ich finde, rückwärtsgewandte und ideologische Politik betrieben hat, die die Menschen nicht mehr mitgenommen hat, sondern sich gegen die Menschen selbst gerichtet hat.

Herr Laschet, eine Ursache für dieses Wahlergebnis des 9. Mai, das man wirklich als krachend bezeichnen kann, war nach meiner Einschätzung neben Ihrem Regierungshandeln auch Ihr Regierungsstil, der eher als aufgesetzt bezeichnet werden kann denn als menschennah.

(Beifall von der SPD)

Ich glaube, dass die Regierungsarbeit von Schwarz-Gelb äußerst holprig war und dass sie vor allem – das ist auch das Entscheidende für den Wahlausgang am 9. Mai gewesen – faktisch ohne Vision für dieses Land gewesen ist.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Schwarz-Gelb hat auf den wichtigsten Politikfeldern für das Land Nordrhein-Westfalen falsch gehandelt, weil Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Sensorik für die Bedürfnisse und die Wünsche der Menschen in diesem Land verloren haben.

Ich glaube, dass es gerade in den von mir genannten Politikfeldern fünf wichtige Stationen gibt, mit denen Sie das Wahlergebnis, das die Menschen in diesem Land am 9. Mai hergestellt haben, wissentlich, zumindest selbst herbeigeführt haben.

Herr Laschet, es kann nicht sein, dass Sie sich sozial reden und tatsächlich die Studiengebühren einführen.

(Beifall von der SPD)

Es kann nicht sein, Herr Laschet, dass Sie den Elterntwillen ignorieren, das Abstimmen mit den Füßen

im Schulsystem ignorieren und an diesem System stoisch festhalten.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Dr. Droste?

Ralf Jäger, Minister für Inneres und Kommunales: Ja, gerne.

Dr. Wilhelm Droste^{*)} (CDU): Ich mache es auch recht kurz, Herr Minister. Sind Sie ernsthaft der Auffassung, dass das Wahlergebnis, das die Sozialdemokratie bei der letzten Landtagswahl hier in Nordrhein-Westfalen errungen hat, das wiedergibt, was Sie gerade hier erzählen?

(Stephan Gatter [SPD]: Wer ist denn abgewählt worden? – Gegenruf von Christian Weisbrich [CDU])

Ralf Jäger, Minister für Inneres und Kommunales: Herr Droste, ich war gerade bei dem Punkt, aus meiner Sicht zu erläutern, warum eine ehemals regierungstragende Fraktion inzwischen so viele Lücken in ihren Reihen hat, was die Ursache dafür sein könnte und welche Schlüsse man daraus ziehen sollte, Herr Droste.

(Zuruf von Christian Weisbrich [CDU])

– Gedulden Sie sich zwei Minuten, dazu komme ich gleich.

(Christian Weisbrich [CDU]: Das ist ja lächerlich!)

Ich möchte, Herr Laschet, gerne noch auf die Haushaltssituation eingehen.

(Zuruf von der CDU: Dritte-Liga-Regierung!)

Fakt ist, dass Herr Linssen, der diesem Hause nicht mehr angehört, sich gerne als „eiserner Helmut“ bezeichnet hat. Ich glaube, wir brauchen gar nicht mehr lange darüber zu diskutieren, wie der Nachtragshaushalt 2010 zu werten ist. Das werden keine neuen Schulden dieser Landesregierung sein.

(Lebhafter Beifall von der SPD – Lachen von CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, wir werden auf der Grundlage des vom Finanzminister vorgelegten Nachtragshaushaltes des Jahres 2010 sehr genau diskutieren, was Sie, meine Damen und Herren, verharmlost und diesem Parlament vorenthalten haben und wo Sie im Haushalt 2010 Lücken haben.

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Ralf Witzel [FDP]: Das ist abenteuerlich!)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Herr Minister, gestatten Sie noch eine Zwischenfrage, dieses Mal des Abgeordneten Schemmer?

Ralf Jäger, Minister für Inneres und Kommunales: Gerne.

Bernhard Schemmer (CDU): Herr Minister, Sie hatten eben ausgeführt, dass die CDU bei der letzten Landtagswahl verloren hat. Wenn man sich die Ergebnisse ansieht, muss man sagen, ist das sicherlich so. Aber wie viel hat denn nach den Äußerungen, die Sie ansonsten getan haben, die SPD gegenüber den Wahlergebnissen 2005 und 2000 gewonnen? Die Zahlen hätte ich von Ihnen gerne einmal aufgeführt bekommen.

Ralf Jäger, Minister für Inneres und Kommunales: Herr Schemmer, erstens bin ich nicht der SPD-Generalsekretär.

(Armin Laschet [CDU]: Sie reden aber so!)

Wenn Sie es erlauben, kann er gerne kommen und Ihnen das erklären. Ich vertrete die Landesregierung und kann Ihnen sagen, dass die SPD auch kein stolzes Ergebnis errungen hat.

(Zurufe von CDU und FDP: Oh!)

Aber Sie, Herr Schemmer und Ihre Kolleginnen und Kollegen von der CDU, müssen zur Kenntnis nehmen, dass das Wahlergebnis am 9. Mai eine Abstrafung der CDU durch die Wählerinnen und Wähler gewesen ist,

(Lebhafter Beifall von der SPD – Rainer Schmeltzer [SPD]: Über 10 % haben Sie verloren, Herr Schemmer!)

dass diese Lücken in Ihren Reihen Ursachen haben und Sie sich mit diesen Ursachen nicht auseinandersetzen.

(Lebhafter Beifall von der SPD)

Ich darf die angesprochenen fünf Punkte für diese neue Landesregierung noch einmal aufgreifen. Wir wollen nicht die Fehler machen, die Sie gemacht haben. Im Gegenteil: Wir wollen sehr vieles besser machen. Dazu gehört als Allererstes: Wir werden anders als Sie die Hürden in diesem Bildungssystem in Nordrhein-Westfalen abschaffen. Herr Laschet, ruhen Sie sich nicht aus auf der Abstimmung, die gestern stattgefunden hat. Wir werden die Studiengebühren in den Ausschüssen beraten. Danach, Herr Laschet, wird es – da bin ich mir sehr sicher – eine breite Zustimmung in diesem Parlament geben, die Studiengebühren, die hoch unsozial sind, tatsächlich abzuschaffen, meine Damen und Herren.

(Beifall von SPD, GRÜNEN und LINKEN)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Herr Minister, gestatten Sie eine Nachfrage des Abgeordneten Biesenbach?

Ralf Jäger, Minister für Inneres und Kommunales: Gerne.

Peter Biesenbach (CDU): Herr Minister, wir haben Ihre Ausführungen alle gerade gehört. Ich würde von Ihnen gerne wissen: Wie lange werden Sie brauchen, um Ihren Sprachgebrauch dem eines Ministers anzupassen und den der Opposition aufzugeben?

(Beifall von CDU und FDP – Lebhaftes Zurufe von der SPD)

Ralf Jäger, Minister für Inneres und Kommunales: Herr Biesenbach, dazu werde ich keine Zeit brauchen, weil ich ihn schon habe.

(Lebhafter Beifall von SPD und GRÜNEN – Lachen von CDU und FDP)

Wenn Sie gestatten, liebe Kolleginnen und Kollegen, würde ich ganz gerne vier weitere Punkte, die diese Landesregierung sich vorgenommen hat, noch kurz erläutern, es sei denn, Sie haben weitere Zwischenfragen, die ich auch gerne zulasse.

Wir wollen die Schulen in unserem Land zu mehr Chancengerechtigkeit und mehr Durchlässigkeit weiterentwickeln. Wir werden dabei – da können Sie sicher sein – jeden mitnehmen. Und in den Kommunen, in denen jetzt die CDU-Bürgermeister darum bitten, dass wir gemeinsam mit ihnen vor Ort flexible Modelle entwickeln, werden wir das auch gemeinsam mit ihnen tun und ganz sicherlich zu Ergebnissen kommen, die alle miteinander tragen werden. Ich hoffe, auch Sie in Zukunft.

(Beifall von der SPD)

Wir werden, meine Damen und Herren, den Kommunen beim Abbau des Schuldendienstes helfen.

(Zurufe von CDU und FDP: Mit Schulden!)

Wir lösen die Fesseln des Gemeindefinanzrechts. Und wir ermöglichen mehr ökologische, ökonomische und rentierliche Investitionen vor Ort.

Die Liste, meine Damen und Herren, ließe sich weiter fortsetzen. Ich will die Redezeit aber nicht zu sehr überziehen, Ihnen nur noch aus meiner eigenen Erfahrung mitteilen, worüber Sie, glaube ich, nachdenken sollten. Ich verstehe das, was Sie gerade durchmachen müssen, weil wir dies auch durchgemacht haben, liebe Kolleginnen und Kollegen von FDP und CDU. Bittere Niederlagen zu verarbeiten, ist gelegentlich schwierig, vor allem dann, wenn man nach nur einer Legislaturperiode abgewählt worden ist, was nach meinem Kenntnisstand in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland gerade zweimal vorgekommen ist. Es ist schwierig, eine

solche Niederlage zu verarbeiten, aber es ist notwendig. Sie sollten den Weg gehen, den wir auch gegangen sind; denn in dem jetzigen Zustand, liebe Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP, sind Sie für das Land nicht zu gebrauchen.

(Beifall von der SPD)

Das Land braucht Sie aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, weil die Wählerinnen und Wähler uns eine schwierige parlamentarische Situation nach dem 9. Mai beschert haben, mit der wir als Volksvertreter insgesamt umzugehen haben.

Deshalb meine herzliche Einladung:

(Lachen von CDU und FDP)

Wenn Sie – ich weiß ja, wie Sie darauf reagieren – ein Coaching brauchen, wie man mit solchen Niederlagen umgeht, helfen wir Ihnen gerne. Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie müssen diesen Weg gehen. Er ist unausweichlich, damit Sie sich beteiligen und mitgestalten können zusammen mit dieser Landesregierung für eine gute Politik für Nordrhein-Westfalen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von SPD, GRÜNEN und LINKEN)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Herr Minister, Herr Professor Dr. Pinkwart hat eine weitere Zwischenfrage.

(Minister Ralf Jäger winkt sich auf seinen Platz begebend ab.)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Damit kommen wir zur direkten Abstimmung über den **Eilantrag Drucksache 15/39**. Wer möchte der Drucksache zustimmen? – Wer ist dagegen? – Enthaltungen? – Damit haben CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD, Grünen und Linken nicht die erforderliche Mehrheit erreicht. Der Antrag ist **abgelehnt**.

Wir kommen zweitens zur Abstimmung über den **Entschließungsantrag Drucksache 15/53**. Wer möchte dem Entschließungsantrag zustimmen? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist der Antrag bei Ja-Stimmen der Linken mit den Stimmen aller anderen Fraktionen **abgelehnt**.

Wir kommen zu:

4 Steuerflucht bekämpfen, Steuerprüfungen intensivieren, Mehreinnahmen generieren

Antrag
der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 15/33 – Neudruck

Ich eröffne die Beratung. – Als Erstes spricht für die Fraktion Die Linke Herr Sagel.

Rüdiger Sagel¹⁾ (LINKE): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Es ist mir eine besondere Freude, dass die Fraktionen von CDU und FDP mit ihrer unsäglichen Arroganz, die man während der letzten Jahre im Landtag erleben konnte, ordentlich auf die Nase gefallen sind. Das möchte ich Ihnen noch mitgeben, bevor Sie sich in die Mittagspause verabschieden.

(Beifall von der LINKEN)

Diese Arroganz haben wir in vielen Bereichen erlebt. Wir haben auch erlebt, dass NRW finanzpolitisch in einer dramatischen Situation ist. Der Finanzminister – man müsste besser sagen: Rekordschuldenminister – Linssen hat uns einen „Kahlen Asten“ von fast 130 Milliarden € Schulden hinterlassen. Sogar mehr als 20 Milliarden € sind von ihm in den letzten fünf Jahren aufgehäuft worden.

Ein Umsteuern in der Finanzpolitik ist deshalb – und nicht nur deshalb – wichtiger denn je. Wir brauchen endlich mehr Steuergerechtigkeit in Deutschland. Wir brauchen eine Börsenumsatz- und eine Millionärssteuer, höhere Spitzensteuersätze von über 50 %, wie es übrigens noch unter der Regierung Kohl der Fall war.

(Beifall von der LINKEN)

NRW hat leider – das gilt auch für alle anderen Bundesländer – sehr wenige Steuerkompetenzen. Zumindest aber können wir durch Bundesratsinitiativen einiges tun, damit sich im Bund einiges ändert.

Wir können aber natürlich auch versuchen, von NRW aus Zeichen zu setzen. Eines dieser Zeichen ist der Antrag, den wir hier heute vorgelegt haben.

Man muss allerdings auch ein paar Worte zum Koalitionsvertrag von SPD und Grünen verlieren. Der Koalitionsvertrag ist auch im haushalts- und finanzpolitischen Teil leider kein wirkliches Zeichen für einen tatsächlichen Politikwechsel in Nordrhein-Westfalen: In NRW, wo nach der ideologischen CDU/FDP-Politik „Privat vor Staat“ ein neuer Aufbruch angesagt wäre, bleibt vieles doch sehr zaghafte, liebe Kolleginnen und Kollegen von SPD und Grünen.

(Zuruf von Gisela Walsken [SPD])

Allzu viel ist nebulös, allzu viel wird in Formelkompromisse und Prüfaufträge verpackt oder wird in andere Zuständigkeiten wie Gerichte oder auf den Bund verlagert. Das muss man Ihnen an dieser Stelle leider deutlich sagen.

Dasselbe gilt auch für die Finanzplanung. Es gibt nur eine einzige konkrete Zahl in dem ganzen Finanzteil: Da wird davon geredet, dass es in den nächsten Jahren 4 Milliarden € weniger Steuereinnahmen zu den sowieso schon schlechten Werten geben wird.

Es fehlt wirklich sehr vieles, was die Dinge konkreter macht. Es wird davon geredet, dass eine transparente Haushaltsführung fortentwickelt werden soll. Sie reden auch vom Ausbau der Steuergerechtigkeit.

Wie das allerdings konkret aussehen soll, das bleiben Sie in der Sache leider schuldig.

Wir als Linke wollen die Einnahmeseite endlich wieder stärken. Deswegen wollen wir auch eine Ausweitung der Betriebs- und Außenprüfungen, wie Sie das in Ihrem Koalitionsvertrag auch durchaus beschreiben. Aber – ich sage es deutlich – wir müssen es endlich konkret machen: Wir müssen nicht nur die ausgewiesenen Stellen für die Betriebsprüfer, die Sie noch nicht mal vollständig besetzt haben – neben den 2.000 Stellen, die in den letzten fünf Jahren schon abgebaut wurden –, besetzen, sondern wir müssen die Stellenzahl natürlich noch ausweiten – und das ist die Forderung unseres Antrags –, indem wir 500 neue Steuer- und Finanzprüfer einstellen. Wir wollen nämlich endlich verhindern, dass die Leute hier in Nordrhein-Westfalen, die Millionen verdienen, dieses Geld auf Schweizer Nummernkonten bringen. Das kann nicht die richtige Politik sein.

(Beifall von der LINKEN)

Ich zitiere mal die OECD. Die OECD hält Deutschland mangelnde Steuerprüfung vor. Sie wirft Deutschland vor, Steuerzahlungen zu selten zu überprüfen. Ein enormes Potenzial bleibe ungenutzt, um durch einen besseren Steuervollzug den Abbau der Haushaltsdefizite zu unterstützen, sagte der Leiter der OECD-Steuerabteilung, Jeffrey Owens, der „Berliner Zeitung“ vor ein paar Tagen.

Wir sind hier also nicht alleine. Auch der Bund der Steuerzahler fordert, die Milliardensummen, die eigentlich von den Unternehmen gezahlt werden müssten, endlich durch vernünftige Steuerprüfung einzunehmen. Viele Betriebe in Nordrhein-Westfalen werden nur alle fünf bis 20 Jahre überprüft. Das kann nicht die Realität sein. Das ist aber genau die Politik, die Sie hier in den letzten Jahren betrieben haben. Jeder Lohnsteuerzahler ist verpflichtet, seine Steuern hier vollständig zu bezahlen – aber die Großen lassen Sie laufen, die Kleinen müssen bezahlen. Das wollen wir ändern.

(Beifall von der LINKEN)

Wir wollen die Steuerflucht bekämpfen, wir wollen die Steuerprüfung intensivieren und wir wollen vor allem Mehreinnahmen generieren. Deshalb haben wir diesen Antrag gestellt. Wir wollen hier eine andere Politik. Die werden wir jetzt auch machen und vorantreiben. Wir werden auch Rot-Grün in dieser Angelegenheit vorantreiben.

(Vorsitz: Vizepräsidentin Angela Freimuth)

Ich hoffe, dass es uns gelingt, tatsächlich zu einer anderen Steuerpolitik, zu einer anderen Steuerprüfungspolitik in Nordrhein-Westfalen zu kommen. Ich hoffe auch, dass wir dies in den nächsten Monaten schaffen; denn wir wollen es sehr schnell umsetzen. – Danke schön.

(Beifall von der LINKEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Sagel. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der CDU der Abgeordnetenkollege Dr. Petersen das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Dr. Jens Petersen (CDU): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Herr Sagel, es ist schön, dass Sie zum Schluss Ihres Redebeitrages dann doch noch einmal über Ihren Antrag gesprochen haben und nicht nur über alles andere. Denn es gäbe in der Tat zu dem Thema „Steuererhebung in Deutschland“ und zu dem, was die OECD angesprochen hat, viel zu sagen.

Sie wissen ganz genau – das ist auch in den letzten Jahren im Haushalts- und Finanzausschuss diskutiert worden –, dass die Art und Weise der Steuererhebung in Nordrhein-Westfalen qualitativ viel besser abläuft und viel hochwertiger ist als in einigen anderen Bundesländern. Sie wissen auch, in welchen Bundesländern es Kritik am Thema Steuererhebung und Betriebsprüfung gibt. Sie wissen es besser.

(Zuruf von den GRÜNEN)

– Die Namen sind bekannt. Wir müssen über die Namen nicht sprechen. Aber wir sind hier für Nordrhein-Westfalen verantwortlich. Weil Sie das besser wissen, ist es auch so bedenklich,

(Zuruf von Martin Börschel [SPD])

dass Sie hier einen Antrag stellen, der völliger Unsinn ist. Er ist inhaltlich falsch, und er kann unmöglich umgesetzt werden.

(Beifall von der CDU)

Sie wissen, dass wir in den vergangenen fünf Jahren deutlich mehr Stellen geschaffen haben. Wir haben deutlich mehr Ausbildungsplätze geschaffen. Das ist objektiv so.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Sie haben 2.000 abgebaut!)

Aber Sie haben es nicht gewürdigt. Deshalb möchte ich es wenigstens einmal erwähnen.

Richtig ist auch, dass es in Ihrem Antrag heißt:

Die Landesregierung von NRW stellt kurzfristig (möglichst zum 1. Oktober 2010) mindestens 500 zusätzliche Steuer- und BetriebsprüferInnen ein.

Sie wissen genauso wie wir alle, dass das objektiv unmöglich ist. Man kann zwar mit nicht vorhandener Qualifikation zum Beispiel Abgeordneter Ihrer Partei werden, aber man kann zum Beispiel nicht Betriebsprüfer in diesem Land werden. Man braucht eine Ausbildung, man braucht Erfahrung. Sie wissen: Es dauert ungefähr drei bis fünf Jahre, bis man die Qualifikation als Betriebsprüfer erlangt.

(Zuruf von der LINKEN: Fragen Sie mal Fachleute!)

Insofern ist dieser Antrag in jeder Hinsicht Unsinn. Wir werden ihn auch in dieser Hinsicht ablehnen.

(Beifall von der CDU – Bärbel Beuermann [LINKE]: Gott sei Dank!)

Wenn Sie den Bericht des Landesrechnungshofes zur Hand nehmen, wissen Sie auch, dass nach Ansicht des Landesrechnungshofs eine ganze Menge an Potenzial bei der Betriebsprüfung zu generieren ist, wenn weniger ganz kleine Unternehmen, sondern verstärkt mittelgroße geprüft würden. Die ganz großen werden sowieso ununterbrochen geprüft.

Das ist übrigens auch der Grund, weswegen die von Ihnen errechneten Potenziale pro neuem Betriebsprüfer falsch sind. Sie können nicht pro neuem Betriebsprüfer mit 500.000 oder 1 Million € zusätzlichen Steuereinnahmen rechnen. Das ist objektiv falsch.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Fragen Sie mal die Experten!)

– Ja, wir haben mit den Experten gesprochen. Das ist so, als ständen in einer Fußballmannschaft nicht elf, sondern 13 Spieler auf dem Feld. Diese 13 schießen in der Regel auch nicht mehr Tore als die elf. Genauso ist das im Bereich der Steuern.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Sie schießen sowieso nur Eigentore!)

– Das mit den Eigentoren, offen gestanden, Herr Sagel, haben Sie mit diesem Antrag hinbekommen. Er entspricht nämlich im Wesentlichen einem Grünen-Antrag aus dem Jahre 2008. Er ist damals von uns abgelehnt worden. Wir lehnen ihn auch diesmal ab.

(Beifall von CDU und FDP – Rüdiger Sagel [LINKE]: Ich hatte ihn schon vorher gestellt, die haben nachgezogen!)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Dr. Petersen. – Als nächste Rednerin hat für die Fraktion der SPD die Frau Abgeordnete Kollegin Walsken das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

Gisela Walsken (SPD): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Petersen, wir haben gerade überlegt, was uns Ihr Beispiel aus der Welt des Fußballs deutlich machen soll. Wenn Sie 13 Spieler auf der Fläche haben: Nehmen Sie dann zwei Bälle? Wieso sollte in diesem Fall ausgerechnet Ihre Position, dass zusätzliche Betriebsprüfer nicht mehr einspielen, hier abgebildet sein?

(Zuruf von Martin Börschel [SPD])

Da müssen Sie noch einmal rangehen. Unstreitig, meine Damen und Herren, ist, dass, wenn wir gut ausgebildete Betriebsprüfer haben, diese natürlich für das Land Nordrhein-Westfalen mehr Einnahmen erzielen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Darüber gab es mit Ihnen früher keinen Streit. Deshalb wundere ich mich ein bisschen über diese Position. Sie haben dazu aber noch nicht so oft geredet und müssen vielleicht noch etwas lernen.

Klar ist: Der Haushalt weist zurzeit die Zahl von 3.555 Betriebsprüfern aus. Davon entfällt etwa die Hälfte auf die Stellen für die Groß- und Konzernbetriebsprüfung, die andere Hälfte auf die Amtsbetriebsprüfung. Es ist ebenfalls unumstritten, dass derzeit fast 300 Stellen nicht besetzt sind.

(Beifall von der SPD – Rüdiger Sagel [LINKE]:
So ist es!)

Meine Damen und Herren, insoweit ist die Bewertung der Einstellungspolitik der schwarz-gelben Regierung wohl einstimmig, Kollege Petersen. Denn Personalabgänge wurden seit 2007 nur noch im Rahmen von verfügbarem Personal nachbesetzt. Der anhaltende Abbau hat in der Finanzverwaltung dazu geführt, dass allein in den letzten vier bis fünf Jahren die Zahl der Beschäftigten insgesamt um rund 2.500 Köpfe reduziert worden ist. Dass das Auswirkungen auf die Betriebsprüfungen hat, ist aus meiner Sicht völlig unbestritten und war es Ihrerseits auch immer.

Entsprechend wenig aus- und vorgebildete Kräfte stehen für den Einsatz im Außendienst zur Verfügung, meine Damen und Herren. Deshalb teilen wir sehr wohl die Intention des Linken-Antrags. Wir haben dringenden Handlungsbedarf.

(Beifall von SPD, GRÜNEN und LINKEN)

Wir haben allerdings einen Dissens, welchen Weg wir nehmen, welcher Weg dazu führt, dass wir möglichst schnell gut ausgebildete Kräfte haben. Wir sind der Auffassung, dass es zurzeit wenig Sinn macht, mit zusätzlichen Stellen zu operieren. Der Markt bietet zurzeit keine Betriebswirtschaftsprüfer, die man sofort als Betriebsprüfer einsetzen könnte. Zusätzliches Personal gewinnen wir erst dann, wenn wir eine entsprechende Ausbildung in den Finanzämtern vornehmen.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Das steht auch in unserem Antrag!)

Unsere Aussage, wir wollten keine weiteren Stellen, klingt beim ersten Hören unlogisch. Sie macht aber dann Sinn, wenn man noch einmal genau schaut, welchen Weg die Betriebsprüfer von der Ausbildung her zwingend gehen müssen. Lassen Sie mich zwei Worte dazu sagen, damit auch klar wird, dass wir nicht in der Grundintention auseinander sind, sondern wirklich nur bei dem Weg.

Man muss zunächst einmal, auch wenn man Wirtschaftsprüfer ist und eingestellt würde – ich nehme bewusst den Konjunktiv –, bei den allgemeinen Aufgaben eines Finanzamtes praktische Erfahrungen sammeln. Das braucht man dringend, Herr Kollege Petersen. Frühestens nach zwei bis vier Jahren ist es

möglich, in die Amtsbetriebsprüfung versetzt zu werden, in der man dann wiederum nach einer Einarbeitungszeit in der Regel von acht bis neun Monaten die ersten selbstständigen Prüfungen durchführen darf, und zwar im Bereich der Kleinbetriebe, der Kleinstbetriebe und auch der Mittelbetriebe.

Erst nach mehrjähriger Arbeit auf diesem Gebiet kann eine Versetzung in die Groß- und Konzernbetriebsprüfung erfolgen. Auch hier ist nochmals wegen der unterschiedlichen Struktur der Betriebe eine Einarbeitungszeit notwendig.

Deshalb, meine Damen und Herren, halten wir zusätzliche Stellen im Moment nicht für den richtigen Weg.

Die im Antrag beschriebene Situation ist zutreffend, aber in der Finanzverwaltung ist es klüger, den Schritt zu gehen, zusätzliche Einstellungsermächtigungen für Anwärter auszuweisen und vorzusehen. So können bereits nach einer Phase von zwei bis vier Jahren die größten Engpässe durch Personalverschiebungen beseitigt werden. Das ist übrigens auch die Position, die die Deutsche Steuer-Gewerkschaft nachdrücklich vertritt.

Deshalb haben wir in der letzten Sitzung unseres vorläufigen Haushalts- und Finanzausschusses in der vergangenen Woche bereits, wenn ich mich richtig erinnere, über 310 Finanz- und Steueranwärterstellen vorab beschlossen, um auf diesem Weg, den wir auch im Koalitionsvertrag beschrieben haben, ein Stück weiterzukommen.

Aus Sicht der SPD-Fraktion ist es unbestritten, dass wir die notwendige Zahl der Betriebsprüfer in Nordrhein-Westfalen erreichen müssen und dass wir die Situation verbessern wollen. Es ist völlig unstrittig – da stimmen wir mit den Linken überein –, dass wir jetzt schnell handeln müssen. Deshalb würden wir diesen Antrag gerne intensiver diskutieren. Wir haben das gleiche Ziel, verfolgen aber noch unterschiedliche Wege dahin. Wir glauben aber, dass wir diesbezüglich zusammenkommen werden.

(Beifall von SPD und Rüdiger Sagel [LINKE])

Wir laden die Kollegen von Schwarz und Gelb ein, diesen Weg mit uns gemeinsam zu gehen.

(Lachen von Dr. Jens Petersen [CDU])

– Ich weiß nicht, ob Sie, Herr Kollege Petersen, jetzt den neuen finanzpolitischen Sprecher Ihrer Fraktion „machen“. Sollte das der Fall sein, müssten Sie einmal in den alten Unterlagen nachschauen: Wir hatten in diesem Punkt immer eine gemeinsame Linie und sollten, was den Weg betrifft, auch zusammenkommen können. Deshalb meine herzliche Einladung an die rechte Seite des Hauses. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von SPD, GRÜNEN und LINKEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Kollegin Walsken. – Als nächster Redner hat für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen der Abgeordnete Mostofizadeh das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

(Vorsitz: Vizepräsidentin Gunhild Böth)

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal möchte ich die Gelegenheit nutzen, dem neuen Finanzminister Norbert Walter-Borjans herzlich zum Amtsantritt zu gratulieren. Ich gehe davon aus, dass er gleich das erste Mal zu uns sprechen wird. Ich freue mich sehr auf die Zusammenarbeit mit Ihnen.

(Beifall von GRÜNEN, SPD und LINKEN)

In den bisherigen Debatten hieß es immer, die neue Landesregierung würde angeblich unglaubliche neue Schulden planen und alles auf Pump finanzieren wollen. Ich will die Gelegenheit nutzen, ein paar Takte dazu zu sagen.

Schon bald – nach der Sommerpause – wird ein Nachtragshaushalt vorgelegt werden. Dann werden die Zahlen aufgedeckt werden, über die bisher nicht gesprochen wurde. Dazu gehört die Absicherung der Risiken bei der Westdeutschen Landesbank. Sie wissen selbst, dass der Finanzminister bzw. die Westdeutsche Landesbank selbst vorgerechnet hat, dass zusätzliche Risiken von bis zu 8 Milliarden € in der WestLB schlummern.

Sie wissen auch, dass das Finanzmarktstabilisierungsgesetz nicht ausfinanziert ist, dass sich im Fonds 350 Millionen € befinden, auf das Land aber Lasten von bis zu 1,6 Milliarden € zukommen können. Außerdem wissen Sie, dass bei der NRW.BANK Anteile an der Westdeutschen Landesbank mit einem Wert – wenn man die Zinsen hinzurechnet – von 2,5 Milliarden € liegen. Auch diese sind seitens des Landes garantiert, und es ist keine Vorsorge für die Ausfinanzierung dessen getroffen worden.

Das alles sind faktische Schattenhaushalte. Das muss die Landesregierung über die Jahre periodengerecht abbilden. Ich gehe davon aus, dass in dem Nachtragshaushalt diese objektiv vorliegende Störungslage abgebildet und die Schlussabrechnung mit Schwarz-Gelb vorgenommen wird.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Nun zum Antrag der Fraktion Die Linke. Da es immer nur heißt, wir bräuchten ein paar mehr Steuerprüfer, um ein paar mehr Einnahmen zu bekommen, möchte ich eines deutlich vorweg sagen: Wir wollen Steuergerechtigkeit. Steuerhinterziehung und Steuerflucht sind aus meiner Sicht keine Kavaliersdelikte, sondern ganz schlimme Verbrechen,

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Richtig!)

weil sie dazu führen, dass die Finanzierungsmöglichkeiten des Staates untergraben werden. Damit werden ganz wichtige Aufgaben, die gerecht und gemeinschaftlich finanziert werden müssen, gefährdet. Das betrifft zum Beispiel Schulen, Kindertagesstätten oder auch Straßen und andere Dinge. Das darf nicht hingenommen werden.

(Beifall von GRÜNEN, SPD und LINKEN)

Eine Sache, die der Kollege Sagel angemerkt hat, stimmt nicht: Wenn der Koalitionsvertrag an einer Stelle sehr präzise ist, dann in diesem Bereich. Wir haben einen klaren Weg vorgezeichnet, wie wir uns das bei der Steuerprüfung vorstellen. Das geht deutlich über das hinaus, was in Ihrem Antrag steht. Das Problem muss nämlich auch auf Bundesebene angegangen werden: Wenn wir mehr Prüfungen machen, muss auch der Anteil, der uns aus den zusätzlichen Einnahmen zusteht, vergrößert werden. Nach dem, was ich bisher in diesem Haus dazu vernommen habe, sind wir uns diesbezüglich auch einig – möglicherweise nicht bei dem einzuschlagenden Weg, aber jedenfalls bei dem Ziel. Ich gehe davon aus, dass wir da eine gemeinsame Basis herstellen können.

(Beifall von den GRÜNEN)

Zu den Zahlen und Ausbildungswegen hat Frau Kollegin Walsken aus meiner Sicht das Notwendige ausgeführt. Es ist nicht möglich, heute eine Zahl zu beschließen, sondern es muss über Jahre aufgearbeitet werden, was liegen geblieben ist. Insofern bitte ich um die Überweisung des Antrages, damit wir austarieren können, was möglich ist.

Wir können aber nicht einfach Wirtschaftsprüfer einstellen – dazu wird der Finanzminister möglicherweise auch noch etwas sagen –, einstellen, da sie eine längere Vorlaufzeit bis zu ihrem Einsatz brauchen, und man kann auch nicht irgendwelche Leute einstellen, bloß weil sie die entsprechende formale Qualifikation besitzen, sondern wir brauchen qualifiziertes Personal, das zu dem schon vorhandenen passt.

Insofern bin ich sehr froh, dass der Antrag überwiesen wird. In dem Ziel, für deutlich mehr Steuerprüfungen zu sorgen und damit die Einnahmen zu erhöhen, sind wir uns einig; da muss mehr getan werden.

Zu dem Vorwurf an die rot-grüne Vorgängerregierung, sie wäre für kw-Vermerke verantwortlich und daher selbst schuld, dass Schwarz-Gelb die Stellen abgebaut hätte: Von der alten Landesregierung unterscheidet uns ganz fundamental, dass wir sehr präzise prüfen wollen, wo wir mehr Personal brauchen. Wir wollen nicht pauschal kürzen, sondern Schwerpunkte setzen. Wir als grüne Fraktion sind der Auffassung, dass im Bereich der Steuerprüfung ein Signal gegeben werden muss. Deswegen stimmen wir der Überweisung zu. Ich gehe davon aus, dass sich bei der Formulierung dessen, was konkret zu tun ist, noch einiges ändern wird. – Vielen Dank.

(Beifall von GRÜNEN, SPD und LINKEN)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Danke, Herr Mostofizadeh. – Als Nächstes spricht für die FDP-Fraktion Frau Freimuth.

Angela Freimuth (FDP): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mit dem vorgelegten Antrag fordert die Fraktion Die Linke die kurzfristige Einstellung von 500 Steuer- und Betriebsprüfern durch die Landesregierung sowie die Bereitstellung von 500 zusätzlichen Ausbildungsplätzen.

(Beifall von der LINKEN)

Das Ansinnen des Antrags ist angesichts der bisherigen Debatten keineswegs eine Überraschung. Es wurde auch in der vergangenen Legislaturperiode immer wieder einmal thematisiert.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Viel blockiert!)

Es ist unstrittig und klar – deswegen habe ich gerade dazwischengerufen: Das war mein Redebaustein! –, dass Steuerhinterziehung kein Kavaliersdelikt, sondern kriminelles Handeln zulasten der Gesellschaft und der ehrlichen Steuerzahler ist.

(Beifall von GRÜNEN und LINKEN)

Die Bekämpfung von Steuerziehung ist ein ganz wichtiges Anliegen, auch um Steuergerechtigkeit herzustellen und die Akzeptanz der Notwendigkeit von Besteuerung bei den Bürgerinnen und Bürgern zu begründen.

An der Stelle will ich auch betonen: Keiner in diesem Hause wird wohl irgendetwas gegen die Generierung von Mehreinnahmen einwenden. Meine Fraktion unterstützt deswegen natürlich Arbeitnehmerinnen und Arbeitgeber, also die Wirtschaft, Rahmenbedingungen zu haben, unter denen sie mit Wachstum und Mehrwert zu höheren Steuereinnahmen für den Landeshaushalt beitragen können.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Wovon sprechen Sie jetzt?)

Der vorliegende Antrag ist ganz unstrittig nicht durchdacht. Es ist nämlich so gut wie unmöglich, ...

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Es ist unmöglich oder nur so gut wie unmöglich?)

– Herr Kollege Sagel, gerade habe ich versucht, sogar Ihnen gegenüber einmal freundlich zu sein. Ich kann natürlich auch ganz klar sagen: Es ist unmöglich, kurzfristig 500 ausgebildete Betriebsprüfer in den Dienst des Landes Nordrhein-Westfalen zu stellen.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Gerade haben Sie noch etwas anderes gesagt!)

Ich könnte das noch weiter kommentieren, würde damit aber die Ebene der Freundlichkeit verlassen.

Sie wissen – das macht es so schlimm – genau, dass nur langjährige Tätigkeit und Erfahrung in der Finanzverwaltung sowie zusätzliche Schulungen und natürlich praktische Erfahrung zu dieser hochkomplexen und anspruchsvollen Aufgabe qualifizieren. Genau diese qualifizierten Betriebsprüferinnen und Betriebsprüfer brauchen wir. Das ist bis zum 1. Oktober 2010 keinesfalls realistisch zu erreichen.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Wann denn dann?)

Weil Sie das wissen könnten, ist es eben blanker Populismus, dass Sie einen solchen Antrag hier einbringen und begründen.

Ich will zwei Anmerkungen zu den möglichen Erträgen einer verstärkten Prüftätigkeit machen. Sie schreiben Zahlen in Ihren Antrag, die bestenfalls als grob geschätzt gelten können. Aber weil Sie auf Präzision Wert legen, würde ich sie als aus der Luft gegriffen bezeichnen.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Deutsche Steuer-Gewerkschaft!)

Auf jeden Fall sind diese Einnahmen keinesfalls konstant, sondern gerade dann, wenn eine Prüftätigkeit aufgenommen und konsequent durchgeführt wird, werden diese Einnahmen einen stark abnehmenden Charakter haben.

Meine zweite Bemerkung, meine Damen und Herren: Wir müssen diesen Punkt auch im Bund-Länder-Finanzausgleich einpreisen. Herr Kollege Mostofizadeh hat gerade darauf hingewiesen, dass hier im Hause die Diskussion darüber, was wir von den Steuern, die in Nordrhein-Westfalen gezahlt werden, in unserem Land Nordrhein-Westfalen behalten sollten – Stichwort: Wettbewerbsföderalismus –, nicht neu ist, sondern schon verschiedentlich geführt worden ist. Diese grundlegende Problematik kann man sicherlich auch in Zukunft aufgreifen. Auch bei der Überprüfung der Steueradministrierbarkeit gibt es noch erheblichen Handlungsbedarf, der zwischen Bund und Ländern koordiniert werden muss.

Einen Hinweis auf den Koalitionsvertrag, der an anderer Stelle sicherlich noch ausgiebiger diskutiert wird. Dort heißt es, der Fokus der Steuerprüfung solle von den kleinen Betrieben auf die Prüfung großer Betriebe verlagert werden. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, dabei wird völlig verkannt, dass gerade die großen Betriebe durch die Finanzämter für Groß- und Konzernbetriebsprüfung bereits heute annähernd lückenlos geprüft werden.

(Es gibt die Meldung zu einer Zwischenfrage.)

– Ich möchte keine Zwischenfragen zulassen, Herr Kollege.

Der Landesrechnungshof hat sich in dem von ihm aktuell vorgelegten Jahresbericht mit dieser Thematik ebenfalls beschäftigt und für eine stärkere Prüfung von Mittelbetrieben ausgesprochen, nicht von Großbetrieben. Er geht in seinem Bericht aber ebenso

davon aus, dass die Finanzämter bei den Prüfungen mit dem vorhandenen Personal auskommen sollen. – Wir werden den Bericht des Landesrechnungshofs noch diskutieren.

Meine Damen und Herren, der vorgelegte Antrag nennt nicht eine einzige Lösung für die schon verschiedentlich skizzierten Probleme. Neue Stellen und neue Schulden, das, meine Damen und Herren, so meine feste Überzeugung, können gerade in Zeiten knapper Kassen keine Antwort auf die Probleme dieser knappen Kassen sein. Es ist ein Armutszeugnis, dass der Koalitionsvertrag auf seinen 89 Seiten nicht an einer Stelle von Einsparungen oder Konsolidierung spricht. Stattdessen wird eine Schuldenorgie angekündigt und die größte Schuldenaufnahme in der Geschichte des Landes vorbereitet. Meine Damen und Herren, das ist eine Politik, die aus Sicht der FDP eindeutig nicht in diese Zeit passt und zulasten nachfolgender Generationen geht und handelt. Meine Damen und Herren, wir nähern uns auf diese Art und Weise leider fast den griechischen Verhältnissen.

Da der vorgelegte Antrag nicht durchdacht ist, keine Substanz hat und dazu auch noch von falschen Annahmen ausgeht, werden wir ihm nicht zustimmen können und sehen auch in einem Beratungsverfahren keinerlei Ansatzpunkte für eine Qualifizierung und Verbesserung, eben weil die Substanz des Antrags das in keiner Weise hergibt. Ansonsten werden wir aber sicherlich im Interesse des Landes an der Lösung dieser Probleme arbeiten müssen. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Danke, Frau Freimuth. – Für die Landesregierung spricht Herr Minister Walter-Borjans.

Dr. Norbert Walter-Borjans, Finanzminister: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich möchte meinem Beitrag etwas vorwegschicken, das nicht nur das Ergebnis der ersten 24 Stunden meiner Minister-tätigkeit ist, sondern auf einer Erfahrung aufbaut, die ich über mittlerweile 25 Jahre mit der Finanzverwaltung dieses Landes habe machen können. Es ist mir wichtig, zu unterstreichen, dass die Finanzverwaltung des Landes Nordrhein-Westfalen weit über die Grenzen dieses Landes hinaus einen hervorragenden Ruf genießt.

(Beifall von der SPD)

Es gibt aber – das möchte ich betonen – Anlass, sich Gedanken darüber zu machen, wie wir die Qualität dieser Verwaltung erhalten und wie wir vor allen Dingen auch die Motivation der dort arbeitenden Menschen erhalten und sie zu noch engagierteren Mitarbeitern weiterentwickeln können, als sie es heute schon sind. Das hat viel mit der Personalausstattung

zu tun, aber es hat auch viel mit den Möglichkeiten der Personalentwicklung zu tun.

Aber einfach nur mehr Personal bei Steuer- und Betriebsprüfung zu fordern ist kein Patentrezept. Das mag so klingen, aber es ist heute schon an verschiedenen Stellen begründet worden, wo da der Haken liegt.

Die Fraktion Die Linke fordert die Bekämpfung der Steuerflucht, eine intensivere Betriebsprüfung, und sie will damit Mehreinnahmen erzielen.

Ich fange mit der Steuerflucht an. Auch das ist hier über alle Fraktionsgrenzen hinweg unterstrichen worden: Steuerflucht ist kein Kavaliersdelikt. Wir müssen sie mit allen Mitteln bekämpfen, und das will auch die Landesregierung.

Im Übrigen erleben wir im Augenblick – auch wenn man das nicht für alle Zeit verallgemeinern kann – eher das Gegenteil: Die große Zahl von Selbstanzeigen in den letzten Monaten zeigt, dass viele Steuerflüchtlinge mehr oder weniger reumütig zur Steuerehrlichkeit zurückkehren. Seit Februar dieses Jahres gab es allein in Nordrhein-Westfalen 4.435 Selbstanzeigen, und der Trend dauert an. Ich streite nicht ab, dass die Rückkehr zur Steuerehrlichkeit in der überwiegenden Zahl der Fälle etwas mit der Furcht vor der Entdeckung einer Steuerhinterziehung und mit der drohenden Bestrafung, die dieser Entdeckung folgt, zu tun hat.

Das ist auch ein Stück weit der Ausgangspunkt dafür, wie wir nachher die Steuerprüfung optimieren können.

Zum Thema Optimierung oder Intensivierung – ich würde lieber von „Optimierung“ sprechen –: In Nordrhein-Westfalen haben wir, wie eben angesprochen worden ist, 3.345 Prüfer. Die ursprüngliche Zielzahl ist 3.555.

Wenn man das ein bisschen verunglückte Fußballerbeispiel nimmt, müsste man sagen: Wir reden hier nicht über eine Überbesetzung des Spielfeldes, sondern eher davon, dass nur acht Leute auf dem Feld sind. Wenn man jetzt die Mannschaft vervollständigt, tut man das nicht, indem man über den Durst hinausgeht und einfach fünf Leute dazustellen. Man stellt nicht einfach fünf Leute dazu unabhängig davon, ob die Fußball spielen können oder nicht. Vielmehr geht es darum, diese Mannschaft zu vervollständigen, sie spielfähig und schlagkräftig zu machen und dafür ausgebildete Fußballer auf den Platz zu bekommen.

Das ist nicht anders, wenn man über Steuerprüfungen spricht.

(Zuruf von der SPD: Gut aufgepasst!)

Ob über die Zielzahl, die wir erreichen wollen, hinaus eine weitere Erhöhung der Zahl der ausgewiesenen Stellen für Betriebsprüfer sinnvoll und notwendig ist, werden wir sehr genau prüfen. Das werden wir aber im Rahmen eines Gesamtkonzepts machen. Welche

Einstellungszahlen wir bei den Nachwuchskräften für erforderlich halten, wollen wir im Haushaltsplan 2011 darstellen.

Eine einmalige Erhöhung der Zahl um 500 – das habe ich eben schon bemerkt; das ist bereits verschiedentlich gesagt worden – hilft nicht weiter. Wir brauchen eine Verstetigung der Einstellungszahlen, und wir wollen langfristig einen angemessenen Personalbestand sicherstellen.

Es ist auch schon angesprochen worden, dass die Forderung deshalb nicht greift, weil wir eine Ausbildung der Leute brauchen. Wir brauchen eine besondere Qualifizierung und eben auch eine langjährige Erfahrung.

Deshalb noch einmal zu der Frage, welche Mehrergebnisse mehr Steuerprüfer erzielen können: Wie viel wir an zusätzlichen Steuererträgen hereinholen, hängt von zwei Faktoren ab. Der eine Faktor ist die Wahrscheinlichkeit, erwischt zu werden, und der andere ist die Dicke des Fisches, den man an die Angel bekommt. Das ist nicht unbedingt eine Frage der Zahl der Prüfer, sondern hängt vor allem mit einer intelligenten Einsatzstrategie zusammen.

Wir haben gehört, dass wenige Großfälle den überwiegenden Teil der steuerlichen Mehrergebnisse ausmachen, vor allen Dingen in der Mitte dieses Geschäfts. Aber wenn es nicht nur darum geht, nach einem großen Betrag zu fischen, sondern auch darum, ein Stück weit die Furcht aufrechtzuerhalten, dass man ertappt wird, wenn man die Steuer hinterzieht, braucht man eben auch in den Bereichen, in denen man im Einzelnen nicht ganz so viel holt, die Wahrscheinlichkeit, dass es eine Prüfung gibt.

(Vorsitz: Vizepräsidentin Angela Freimuth)

Deswegen noch einmal: Steuerflucht bekämpfen – ja, aber indem wir die Steuerprüfung optimieren und die richtige Einsatzstrategie wählen. Das geht eben nicht im Hauruckverfahren mit 500 unerfahrenen Neulingen, sondern mit einer intelligenten Einsatzstrategie und mit einer behutsamen Aufstockung der Zahl der Prüfer auf zunächst einmal 3.555, unsere Zielzahl, und, wenn nötig – das sage ich ebenfalls –, auch darüber hinaus. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Minister. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Kollege Börschel das Wort. Bitte sehr, Herr Kollege.

Martin Börschel^{*)} (SPD): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Jetzt stellen Sie mich erst einmal vor ein protokollarisches Problem, da ich Sie, meine Vorrednerin, als Präsidentin nicht ansprechen darf. Aber ich werde hier irgendwie versuchen, das zu regeln.

Kurz zu dem eigentlichen Anliegen, dem Antrag der Kolleginnen und Kollegen von der Fraktion Die Linke: Kollegin Walsken hat dazu im Prinzip das Notwendige gesagt.

Mir ist es nur noch ein Bedürfnis, uns alle im Plenum doch noch mehr auf eine Form der Zusammenarbeit zu verpflichten; denn Politik ist die Kunst des Machbaren. Daher reicht es in einem Landesparlament, in diesem Hohen Haus, am Ende nicht aus, Schaufensteranträge zu stellen, die dokumentieren, welches Grundanliegen man hat. Vielmehr sollten wir immer das Anliegen dahin gehend präzisieren, dass wir sagen, wie es geht, und einen machbaren Weg aufzeigen.

(Beifall von der SPD)

Ich meine, sowohl meine Vorrednerinnen von der Sozialdemokratie und auch mein Vorredner von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen haben dokumentiert, dass es zwar in der Zielvorgabe keine Unterschiede gibt, man aber schon erklären muss, wie das gelingen kann, statt hier irgendwelche Wolkenkuckucksheime in den Raum zu stellen.

Ich glaube, der eigentliche Grund wird gewesen sein, dass Sie in Anbetracht der Lektüre des Koalitionsvertrags von SPD und Bündnis 90/Die Grünen ein bisschen hibbelig geworden sind. Herr Kollege Sagel, anders als Sie es gerade versucht haben, zu insinuierten, ist der Koalitionsvertrag an der Stelle nämlich außerordentlich präzise, was das Thema Steuer- und Außenprüfung angeht: Wir setzen uns für eine Ausweitung der Betriebs- und Außenprüfung ein. Das ist wirklich ein Programmsatz, der es verdiente, in den Koalitionsvertrag aufgenommen zu werden; denn wir wollen mehr Steuergerechtigkeit.

(Beifall von der SPD)

Dieses Anliegen eint am Ende sozusagen nicht nur das Mitte-Links- Rund dieses Hauses, sondern, wenn ich den Kollegen Petersen und die Kollegin von der FDP, Frau Freimuth, richtig verstanden habe, auch CDU und FDP, die, jedenfalls jetzt, versuchen, das auf ihre Fahnen zu schreiben.

Wir haben in den Koalitionsvertrag auch den Jahresbericht 2010 des Landesrechnungshofs aufgenommen, nach dem der Fokus der Betriebsprüfungen tatsächlich mehr in Richtung der Mittelbetriebe verlagert werden soll. Auch das ist gerade schon angeklungen und hat Steuergerechtigkeit zum Hintergrund, aber auch einen ganz einfachen fiskalischen Hintergrund. Denn dabei kommt mehr herum. Wenn mehr dabei herumkommt, ist das am Ende neben der Steuergerechtigkeit auch für die Landeskasse eine ganz vernünftige Angelegenheit.

Wir werden diesen Teil des Koalitionsvertrags sehr sorgfältig abarbeiten. Insofern ist es eine gute Grundlage, das jetzt nach Überweisung in die Fachausschüsse konkret angehen zu können, weil wir dann auch zeigen müssen, wie es konkret funktioniert.

Da ist es mir, Herr Kollege Dr. Petersen, doch ein Anliegen, zumindest noch einmal auf einen Punkt Ihres Beitrags einzugehen. Denn wenn Sie geschichtsklitternd versuchen, so zu tun, als habe die alte Landesregierung die Zahl der Prüfungen oder der Prüfer ausgeweitet, dann – mit Verlaub, Herr Kollege – wissen Sie ganz genau, dass das nicht stimmt.

(Beifall von SPD, GRÜNEN und LINKEN)

Es sind 300 Stellen unbesetzt. Das ist das Entscheidende. Wir haben das im Bereich der Bildung schon mehrfach durchexerziert. Stellen prüfen weder Betriebe noch geben sie Unterricht, sondern es kommt darauf an, was die Menschen, die eingesetzt sind, tun. Insofern haben Sie die Verantwortung dafür zu tragen, dass 300 Stellen in diesem Bereich nicht besetzt worden sind. Ich habe gerade gelernt, dass sich der Fokus durchaus zulasten der Großbetriebe stärker in Richtung Mittel- und noch mehr Kleinbetriebe verschoben hat, was auch der Landesrechnungshof moniert. Das ist die Verantwortung der alten Landesregierung, Herr Kollege Dr. Petersen. Deshalb sollten Sie auch hier nicht versuchen, einen anderen Eindruck zu erwecken.

Ich will auch noch Kollegin Freimuth ansprechen, die so ein bisschen den Eindruck erwecken wollte, als werde durch mehr Prüferinnen und Prüfer in diesem Bereich kein finanzieller Mehrertrag generiert.

Es ist völlig unbestritten, dass die zwischen den Zeilen durchschimmernde Erwartungshaltung im Linken-Antrag sicher nicht erreicht werden wird. Es landen pro Betriebsprüfer nicht 500.000 bis 1 Million € in der Landeskasse.

Wir haben gewiss die Situation, dass gesamtstaatlich betrachtet die Kosten eines Prüfers ungefähr in zehnfacher Größenordnung wieder hereinkommen. Wenn also ein Betriebsprüfer zwischen 70.000 und 80.000 € pro Jahr kostet, wird tatsächlich durch eine gut gemachte und richtig fokussierte Prüfung etwa das Zehnfache dieses Aufwandes am Ende als Steuermehrertrag generiert.

Das Problem ist nur: Der landet wer weiß wo, aber nur zu einem gewissen Teil in der Landeskasse Nordrhein-Westfalen. Das liegt zum einen daran, dass es auch Bundessteuern gibt, die durch die Landesprüfer mit eingezogen werden. Zum anderen – auch das ist eben schon angekommen – liegt es am Länderfinanzausgleich, der dazu führt, dass am Ende für die Landeskasse weit weniger herunkommt, als es eigentlich angemessen wäre.

Deswegen ist weder der Eindruck, den Sie, Herr Kollege Sagel, erwecken, dass eine Summe zwischen 500.000 und 1 Million € in die Landeskasse fließt, richtig, noch ist der gegenteilige Eindruck, den die Kollegin Freimuth zu erwecken versuchte, dass es eigentlich keinen finanziellen Mehrertrag ausmacht, am Ende nicht wahr.

Wir müssen aber daraus eine Lehre ziehen, hinter der sich hoffentlich der neue Landtag Nordrhein-Westfalen gemeinsam versammeln kann. Wir brauchen nämlich in der Bundesrepublik – vermutlich über den Bundesrat – eine Veränderung der Rahmenbedingungen des Länderfinanzausgleichs oder eine Veränderung der Abrechnungsmodi bei der Betriebsprüfung. Denn es kann nicht sein, dass die Länder, die, wie beispielsweise Nordrhein-Westfalen – auf den Weg wollen wir uns ja machen –, über mehr Betriebs- und Außenprüfungen zu mehr Steuergerechtigkeit beitragen, alleine den Aufwand tragen, während andere Länder stillschweigend und klammheimlich davon profitieren. Mit diesem Weg wollen wir Schluss machen. Daran sollten wir alle gemeinsam arbeiten.

(Beifall von SPD, GRÜNEN und LINKEN)

Damit will ich schließen. Denn einen wirklichen Lichtblick hatten beide Reden, sowohl die von Frau Kollegin Freimuth als auch die von Herrn Kollegen Dr. Petersen. Sie haben beide fast wortgleich eine Formulierung verwandt, die ich sehr bemerkenswert finde und aufgreifen möchte. Sie haben nämlich gesagt: Wir tragen hier Verantwortung.

Ich finde das außerordentlich richtig und außerordentlich positiv. Es ist ein sehr guter Anfang, dass wir uns offensichtlich alle miteinander hier im Rund darauf verständigen können, dieses Thema gemeinsam anzugehen. Ich weiß zwar, dass Sie das jeweils in Abwesenheit Ihrer Fraktionsspitzen gemacht haben, aber wir verraten Sie nicht, sondern hoffen und setzen sehr darauf, dass der Spruch, den Sie hier getan haben, gemeinsam Verantwortung tragen zu wollen, zu mehr Steuergerechtigkeit in Nordrhein-Westfalen und für einen höheren Betrag in der Landeskasse führt. Insofern freuen wir uns auf die Beratungen und Ihre Mitwirkung. – Herzlichen Dank.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Börschel. – Als nächster Redner hat für die Fraktion Die Linke Herr Aggelidis das Wort. Bitte sehr, Herr Kollege.

Michael Aggelidis¹⁾ (LINKE): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich verstehe nicht, wie man gegen die Einstellung weiterer Betriebsprüfer und Steuerfahnder sein kann. Im Grunde müsste unser Antrag hier einstimmig verabschiedet werden – gegebenenfalls nach Beratung in den Ausschüssen.

Steuerhinterziehung ist doch in unserem Land kein Kavaliersdelikt. Welche Argumente könnten denn dagegen sprechen, weitere Betriebsprüfer einzustellen, von denen jeder der öffentlichen Hand geschätzt 1 Million € pro Jahr bringt? Wenn nicht alles Geld in Nordrhein-Westfalen verbleibt, ist das nur ein Argument, es dennoch zu tun, um für andere Bundesländer ein gutes Vorbild zu sein,

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Es geht nur um die Deckungsmöglichkeiten da!)

damit wir uns insgesamt im Länderfinanzausgleich gegenseitig nichts wegnehmen.

Meine verehrten Damen und Herren, alle denkbaren Gegenargumente laufen doch nur auf ein einziges hinaus: das Argument der Konkurrenz. Die Vorstellung ist doch folgende: Das Kapital fließt in die Bundesländer, in denen man sich am leichtesten vor Steuern und Abgaben drücken kann. Denjenigen Bundesländern hingegen, die dafür sorgen, dass Unternehmen dem Staat auch tatsächlich zahlen, was sie ihm schulden, kehren die Investoren den Rücken. Ist das Ihr Argument, meine sehr verehrten Damen und Herren, Steuerhinterziehung als Standortvorteil? Dieses Argument mag uneingestanden dahinterstecken.

Wir Linke stemmen uns dagegen, dass diese Gesellschaft von Konkurrenz bestimmt wird. Wenn alles der Konkurrenz unterworfen wird, gelten keine Werte mehr, und es gelten auch keine Gesetze mehr, nämlich nicht für alle. Ich behaupte: Wer unserem Antrag im Ergebnis nicht zustimmt, handelt nicht im Interesse der Mehrheit der Menschen, sondern im Interesse der Vermögenden.

(Beifall von der LINKEN)

Diejenigen, die unserem Antrag nicht zustimmen, wollen, dass Steuergesetze folgenlos bleiben. Wenn es nicht so ist, widerlegen Sie uns! Stimmen Sie unseren Anträgen nach der Beratung zu! Eine etwaige Ablehnung unseres Antrags würde aber auch zeigen: Es wäre Ihnen lieber, die Staatsverschuldung weiter explodieren zu lassen, als den Reichen und Vermögenden auf die Finger bzw. in deren Bücher oder schwarze Kassen zu schauen.

Im Geschäftsbericht der Marketingfirma NRW.Invest wurde auf den Standortvorteil von niedrigen Abgaben und Steuern hingewiesen. Zugleich wurde im Aufsichtsrat berichtet, dass es einen harten Wettbewerb mit anderen Bundesländern gibt. Es ist auch ein offenes Geheimnis, dass Unternehmen oder Global Player angelockt werden, indem ihnen eine relativ niedrige Prüfungsdichte vonseiten der Finanzämter zugesichert wird – natürlich alles inoffiziell. Das ist meines Erachtens eines Rechtsstaats unwürdig und eine Bankrotterklärung der Politik.

(Beifall von der LINKEN)

Ganz offensichtlich haben SPD und Grüne noch weiteren Diskussionsbedarf. Wir wollen uns dem natürlich nicht verschließen und beantragen, dass der Antrag in die Ausschüsse verwiesen wird. – Vielen Dank.

(Beifall von der LINKEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Ich danke dem Abgeordneten Aggelidis. – Meine Damen und Her-

ren, weitere Wortmeldungen liegen mir zu diesem Tagesordnungspunkt nicht vor. Das bleibt auch beim Blick in die Runde so. Dann sind wir am Schluss der Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung. Entgegen der ausgedruckten Tagesordnung hat die antragstellende Fraktion in Abstimmung mit den anderen Fraktionen darum gebeten, den **Antrag Drucksache 15/33 – Neu- druck – an den Haushalts- und Finanzausschuss zu überweisen**. Ich frage, ob diese Überweisungsempfehlung die Zustimmung des Hauses findet. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist er mit Zustimmung aller Fraktionen so überwiesen.

Meine Damen und Herren, ich rufe auf:

5 Mitbestimmung im öffentlichen Dienst muss wieder auf gleicher Augenhöhe stattfinden

Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/25

Änderungsantrag
der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 15/50

Ich eröffne die Beratung zu diesem Tagesordnungspunkt. – Als Erster hat zunächst für die antragstellende Fraktion der SPD der Abgeordnete Kollege Schmeltzer das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Rainer Schmeltzer (SPD): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Eines der zentralen Wahlversprechen der Sozialdemokraten zur Landtagswahl am 9. Mai war, die Mitbestimmung im öffentlichen Dienst wieder zu dem zu machen, was sie sein sollte, nämlich zu einer echten Mitbestimmung für die Personalräte im öffentlichen Dienst. Deshalb ist es folgerichtig, dass die Koalition aus Bündnis 90/Die Grünen und Sozialdemokraten noch vor der Sommerpause, heute, einen entsprechenden Antrag in den Landtag einbringt, damit die Personalräte in Nordrhein-Westfalen schnellstmöglich wieder in den Zustand der Mitbestimmung auf Augenhöhe kommen und somit verlässliche Politik erkennen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, galt noch in den letzten fünf Jahren der Vorsatz in diesem Hause „versprochen – gebrochen“, so gilt ab sofort wieder „versprochen und schnellstmöglich umgesetzt“. Wir erinnern uns nur ungern an den Angriff auf die Mitbestimmung, die auf dem Altar höchst fragwürdiger ideologischer Grundpositionen geopfert wurde. Es wurde seitens der ehemaligen Landesregierung unter anderem mit einem Zuviel an Mitbestimmung argumentiert.

Was an vertrauensvoller Zusammenarbeit über Jahrzehnte vorher aufgebaut wurde, wurde nachhaltig beschädigt. Die Folgen in den Verwaltungen: Unzu-

friedenheit, mehr Streit, höherer Zeitaufwand und auch höhere Allgemeinkosten. Demonstrationen, Veranstaltungen und empörte Briefe waren die Folge. Ich zitiere – mit Erlaubnis der Präsidentin – aus einem Brief an den damaligen Ministerpräsidenten:

Wir sind der Auffassung, dass das geltende Landespersonalvertretungsgesetz

– gemeint war damals das alte –

den Grundsätzen unserer Partei entspricht und es der Partei gut anstünde, sich für die konkrete Anwendung des Gesetzes und vor allem den Geist des Gesetzes stark zu machen. Das jetzt geltende Personalvertretungsgesetz geht von einem vertrauensvollen Miteinander von Dienststellenleitung und Personalvertretung aus. Es verpflichtet die Personalvertretung, im Interesse der Dienststelle und des Personals zu handeln.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dies war nicht etwa ein Brief aus den Reihen von Mitgliedern der Sozialdemokraten oder aus den Reihen von Mitgliedern der Grünen, dies war ein Brief vom Landesverband der nordrhein-westfälischen CDA, der Arbeitnehmervertretung in der CDU, an den damaligen Ministerpräsidenten Rüttgers, die sich landauf, landab, nämlich die CDA, gegen das von Ihnen damals demontierte LPVG ausgesprochen haben.

(Beifall von GRÜNEN und Norbert Römer [SPD])

Im Übrigen war es damals nur folgerichtig, dass der Bundesvorsitzende der CDA leider weder an der Grundsatzplenardebatte am 7. März 2007 teilgenommen hat noch heute an einer Arbeitnehmerdebatte teilnimmt.

(Gerda Kieninger [SPD]: So ist es!)

Und auch die ehemalige Justizministerin, Frau Müller-Piepenkötter, hat sich – wir erinnern uns alle – in ihrer Stellungnahme zum Beispiel gegen die Abschaffung des damaligen Erörterungsverfahrens ausgesprochen. Aber das alles half nichts.

Die in den letzten Tagen viel zitierte Einladung, die wir immer wieder aussprechen, steht natürlich auch in Bezug auf das Landespersonalvertretungsgesetz. Waren es in der letzten Legislaturperiode – zumindest anfangs wurden wir immer wieder daran erinnert – noch über 40 CDAler in den Reihen der CDU hier im Hohen Haus, die zum größten Teil bei diesem Gesetz die Faust in der Tasche hatten, so können Sie sich, allen voran Herr Laumann, der sich dieser Debatte entzieht, endlich von Ihrem ehemaligen Koalitionspartner lösen und im Sinne des Personalvertretungsrechts dem Antrag zur echten Mitbestimmung auf Augenhöhe mit gutem Gewissen folgen, wie Sie es schon damals in Ihren Aufrufen unterschrieben haben.

(Beifall von SPD, GRÜNEN und LINKEN)

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, das in Nordrhein-Westfalen bis zur Änderung durch die schwarz-gelbe Regierungsmehrheit im September 2007 geltende Landespersonalvertretungsgesetz hatte sich in über 20 Jahren hier im Lande bewährt. Den derzeit über 560.000 Beschäftigten im unmittelbaren öffentlichen Dienst, im Land und in den Kommunen, bot es Mitbestimmungs- und Mitwirkungsrechte. Grundlage des Gesetzes war das vertrauensvolle Miteinander von Personalvertretung und Dienststellenleitung. Auf gleicher Augenhöhe konnten die schwierigen Anpassungsprozesse der letzten Jahrzehnte und Jahre in den Verwaltungen des Landes und in den Kommunen erfolgreich bewältigt werden.

Die schwarz-gelbe Landesregierung, hier insbesondere der gelbe Teil, ist mit dem Abbau von Mitarbeiterrechten und Sonderopfern für den öffentlichen Dienst den falschen Weg gegangen. Es hat sich erwiesen: Der massive Abbau von Mitbestimmungsrechten hat den öffentlichen Verwaltungen mehr Unzufriedenheit, mehr Streit, höheren Zeitaufwand und höhere Kosten gebracht.

Diese Novelle des Landespersonalvertretungsgesetzes hat drastische Einschränkungen der Mitbestimmung im öffentlichen Dienst bewirkt. Zum Beispiel gibt es bei Kündigungen nur noch eine eingeschränkte Anhörung; bei Abmahnung ist sie gänzlich weggefallen. Es gibt keine Mitbestimmung mehr bei Umsetzung und Probezeit und keine Einflussmöglichkeiten mehr für die Personalräte bei Privatisierungsentscheidungen. Die Personalräte haben die Rechte zur Wahrung der Interessen der Beschäftigten verloren. Unser Ziel ist es deshalb, die Grundlagen für die vertrauensvolle Zusammenarbeit in Behörden und Verwaltungen wieder herzustellen und dort, wo nötig, zu modernisieren.

Der schlagende Beweis für die Untauglichkeit des neuen, zurzeit geltenden Gesetzes war, dass es viele Verwaltungen im Land gegeben hat, die sich über das neue Gesetz hinweggesetzt und auf die gute Zusammenarbeit zwischen Dienststellen und Personalräten nach altem Recht, also quasi gesetzeswidrig, zurückgegriffen haben. Wir wollen jetzt, dass wieder regelkonform eine Zusammenarbeit auf der Basis eines guten Landespersonalvertretungsgesetzes auf Augenhöhe stattfindet. Wir wollen in dem angestrebten Gesetzgebungsverfahren einen offenen Dialog mit Gewerkschaften und Verbänden, und wir nehmen diesen Dialog im Gesetzgebungsverfahren und darüber hinaus sehr ernst.

(Beifall von SPD, GRÜNEN und Dr. Carolin Butterwegge [LINKE])

Der Grundrahmen eines Gesetzentwurfs der Landesregierung muss diese Augenhöhe im Landespersonalvertretungsgesetz beinhalten. Es muss gewährleistet werden, dass die Personalräte zum Beispiel durch Verbesserung ihres Initiativrechts gestärkt werden. Rahmenbedingungen müssen verbessert, Verfahrensabläufe optimiert und vereinfacht werden.

Das Erörterungsverfahren hatte ich in diesem Zusammenhang bereits erwähnt.

Das Landespersonalvertretungsgesetz muss für alle Beschäftigten im öffentlichen Dienst im Land und in den Kommunen gelten. Aber unabdingbar muss es sein, die Wiedereinführung der Mitbestimmungsrechte bei personellen Einzelmaßnahmen umzusetzen, und zwar bei Abmahnung, ordentlicher Kündigung, Befristung, Umsetzung innerhalb einer Dienststelle, Entlassung von Beamtinnen und Beamten auf Probe oder auf Widerruf, vorzeitige Versetzung in den Ruhestand, Feststellung der begrenzten Dienstfähigkeit, bei Gestellungs- und Arbeitnehmerüberlassungsverträgen und bei Zuordnung und Bestimmung der Stufe innerhalb einer Entgeltgruppe, also denjenigen Mitbestimmungsrechten, die den Schutz der Belegschaft in den Vordergrund stellen und die Verschlechterungen der vergangenen drei Jahre schnell vergessen machen.

Dies ist umso wichtiger, damit der ehemalige Parlamentarische Staatssekretär Palmen mit seinem Satz – ich zitiere –: „Wer fragt schon die Frösche, wenn man den Teich trockenlegen will?“, in Vergessenheit gerät und mit dieser arbeitnehmerfeindlichen Äußerung nur noch einen unrühmlichen Teil in einem kleinen Part des Geschichtsbuchs in Nordrhein-Westfalen erhält.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Um bei diesem unrühmlichen Satz des Herrn Palmen zu bleiben, füge ich hinzu: Mit unserer Zielrichtung geben wir den Fröschen in Nordrhein-Westfalen ihren Teich zurück, und wir werden diesen Teich zudem mit frischem Wasser füllen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Zuruf von Dietmar Brockes [FDP])

– Mit frischem Wasser, Herr Brockes, hatten Sie ja noch nie Probleme.

Gestatten Sie mir zum Schluss eine kurze Anmerkung zum Änderungsantrag der Kolleginnen und Kollegen der Fraktion der Linken. Wir haben in unserem vorgelegten Antrag bewusst einen breiten Raum für das anstehende Gesetzgebungsverfahren gelassen. Wir meinen es ernst mit dieser Art von Gesetzgebungsverfahren, nämlich ein Gesetzgebungsverfahren im Dialog, um zu hören, was uns die Beteiligten mit auf den Weg geben, damit wir dies, wenn es sinnvoll ist, auch umsetzen werden. Deswegen wollen wir keine einzelnen Vorfestlegungen, ohne hier ausdrücklich darzulegen, ob wir mit Ihren Vorschlägen einverstanden sind oder nicht.

Lassen Sie dem Verfahren den Raum – mit Verbänden, Gewerkschaften –, der ihm zukommen sollte. Konkrete Vorschläge, die einer Verbesserung des Landespersonalvertretungsgesetzes zuträglich sind, werden durch uns sicherlich nicht ignoriert; denn diese Zeiten sind auch an dieser Stelle vorbei. – Vielen Dank.

(Beifall von SPD, GRÜNEN und LINKEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege, Schmeltzer. – Als nächster Redner hat für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen der Abgeordnete Kollege Bolte das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

(Beifall von GRÜNEN und einzelnen Abgeordneten der SPD)

Matthi Bolte (GRÜNE): Vielen Dank, Frau Präsidentin, für die warmen Worte zu meiner ersten Rede. – Ich freue mich sehr, dass in dieser ersten Plenarwoche so viele Fragen zur Demokratie in unserer Gesellschaft im Mittelpunkt stehen, gestern Demokratie in der Schule, bei Kindern und Jugendlichen, heute Demokratie im öffentlichen Dienst. Das zeigt auch: Für die neue Landesregierung, für die Koalition ist die Stärkung der Demokratie sehr wichtig. Diese neue demokratische Kultur, die wir versprochen haben, werden wir in den nächsten fünf Jahren auch leben. Da bin ich ganz optimistisch.

(Beifall von den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, gerade wegen der Signalwirkung ist eine faire Mitbestimmung auch im öffentlichen Dienst eine wesentliche Säule dieser Demokratie. Wenn man sich die Begründung der Novelle 2007 ansieht und sich die damalige Debatte um ein neues LPVG noch einmal vor Augen führt, dann stellt man fest, dass es ein großes Motiv gab, nämlich den öffentlichen Dienst und das LPVG für die Herausforderungen unserer Zeit fit zu machen.

Das ist zunächst einmal ein ganz gutes Ziel. Aber es reicht nicht, lediglich Ziele zu definieren, sondern sie müssen auch umgesetzt werden. Da hat es eben Schwierigkeiten gegeben. Denn die frühere Landesregierung hat es ganz offensichtlich nicht verstanden, dass die Entwicklung des öffentlichen Dienstes, die Anpassung an die Herausforderungen unserer Zeit nicht gegen die Beschäftigten, sondern nur auf Augenhöhe mit den Beschäftigten zu machen sind.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Hätten Sie diesen Dialog, den wir heute vorschlagen, ernsthaft gewollt, dann wäre wohl kaum durch Ihre Novelle die Mitbestimmung in ganz zentralen Punkten eingeschränkt oder weggefallen, sei es bei wesentlichen Strukturänderungen, zum Beispiel Privatisierung der Daseinsvorsorge in der Kommune, sei es bei der Arbeitszeitgestaltung, sei es bei Modellen der Arbeitsorganisation und bei Personalentscheidungen, die den unmittelbaren persönlichen Bereich betreffen wie Abmahnung, Umsetzung oder Beförderung – wir haben eben schon zahlreiche Beispiele dazu gehört –, sowie in Bereichen, in denen Sie die Entwicklung unserer Zeit verschlafen haben und wo es starker Mitbestimmungsmöglichkeiten bedarf, zum Beispiel bei der Gewährleistung

des Datenschutzes für die Beschäftigten. Da ist noch ganz viel Potenzial, das ausgeschöpft werden muss.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Das alles sind Signale, die wir bei dieser Novellierung wahrgenommen haben, die eine Landesregierung gegenüber ihren Beschäftigten nicht setzen darf. Im Gegenteil: Eine Landesregierung sollte zeigen, dass sie den Beschäftigten im öffentlichen Dienst vertraut, dass sie die Beschäftigten im öffentlichen Dienst mitnehmen will. Dazu gehört eine ganz zentrale Einsicht, nämlich dass in der Vergangenheit große Personalentscheidungen im öffentlichen Dienst nie an starken Personalräten gescheitert sind.

Aber schon allein weil es uns darum geht, die demokratische Kultur hier im Land und hier im Haus zu stärken, werden wir jetzt nicht einfach daherkommen und sagen: Wir nehmen alles Schwarz-Gelbe im LPVG zurück und setzen alles auf Null. Wir wollen vielmehr einen hoffentlich breit getragenen Prozess für ein modernes, für ein flexibles Mitbestimmungsrecht im öffentlichen Dienst einläuten und starten.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Gleichwohl sind wir uns durchaus im Klaren darüber, dass es Punkte mit vielfältigen Änderungsbedarfen gibt. Da haben wir heute durchaus mit dem Änderungsantrag der Linken einige Punkte gesehen, wo es Konkretisierungs- und Nachbesserungsbedarf gibt; das ist völlig klar. Aber wir sind als Koalition auch der Ansicht, dass es nicht sinnvoll und nicht zielführend ist, bereits jetzt Punkte festzuklopfen oder Maßnahmen festzuzurren. Es würde einfach ganz klar dem Verfahren widersprechen, das wir uns vorgenommen haben, nämlich einen Prozess einzuleiten, an dessen Ende ein modernes Landespersonalvertretungsrecht steht.

Unser generelles Anliegen ist jedoch klar: Wir werden NRW zu einem mitbestimmungsfreundlichen Land machen. Wir werden eine Struktur und eine Kultur des Miteinanders und der gleichen Augenhöhe schaffen. Unser Wort aus der Debatte 2007 gilt: Demokratie darf nicht an der Behördentür haltmachen.

(Beifall von GRÜNEN, SPD und LINKEN)

Meine Damen und Herren, wir werden den Dialog, den wir bereits mit zahlreichen Betroffenen gesucht und eingeleitet haben, verantwortlich und mit großer Ernsthaftigkeit fortsetzen. Wir gehen mit großer Offenheit in diesen Prozess und freuen uns über die Mitwirkung möglichst vieler Akteure, ganz besonders natürlich auch der CDA, die uns 2007 so wundervoll begleitet hat.

(Beifall von den GRÜNEN)

Klar ist, meine Damen und Herren: Wir werden Anregungen, die in diesem Prozess kommen, nicht nach dem Motto „Schön, dass wir mal drüber geredet

haben“ abbügeln, sondern wir werden echten Dialog ermöglichen.

Es wird auch meiner Meinung nach nötig sein, diesen Weg gemeinsam mit der Gesellschaft zu gehen. Denn es geht an dieser Stelle nicht nur um eine Detailfrage im öffentlichen Dienstrecht, sondern es geht darum, wie sich der öffentliche Dienst gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern aufstellt. Ein öffentlicher Dienst, wie wir ihn uns vorstellen, ist transparent, ist bürgernah. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden durch partnerschaftliche Arbeitsbedingungen motiviert. Personal- und Dienststellenleitungen arbeiten auf Augenhöhe, und es gibt ein klares Signal an die Beschäftigten: Wir vertrauen Ihnen, wir sind überzeugt, dass Sie einen engagierten Job machen. Und zu einem solchen zukunftsfesten öffentlichen Dienst gehört starke Mitbestimmung einfach dazu. – Herzlichen Dank.

(Beifall von GRÜNEN, SPD und LINKEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Bolte, und einen herzlichen Glückwunsch zu Ihrer – ich glaube, das kann man so sagen – gelungenen Jungfernrede.

(Beifall von GRÜNEN, SPD und LINKEN)

Als nächster Redner hat für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Kollege Preuß das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Peter Preuß (CDU): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Als ich mir den Antrag von Rot-Grün zur Mitbestimmung habe auf meinen Computer mailen lassen, konnte ich das Dokument zunächst nicht öffnen. Es erschien auf meinem Computer ein Button mit folgendem Text: Dokument ohne Inhalt. – Was der Computer alles weiß.

(Beifall von CDU und FDP)

In der Tat war ich sehr überrascht, dass der Antrag außer allgemeinen Beschimpfungen und Allgemeinplätze keine konkreten Vorschläge enthält, ob und wie unter Berücksichtigung verfassungsrechtlicher Vorgaben das Landespersonalvertretungsgesetz an der einen oder anderen Stelle geändert werden könnte.

Was verstehen Sie unter Augenhöhe, wenn die verfassungsrechtliche Vorgabe berücksichtigt werden muss, dass das Letztentscheidungsrecht beim Dienstherrn liegen muss? Was heißt Stärkung des Initiativrechts? Was meinen Sie mit Fristenregelung im Erörterungsverfahren, wo doch gerade die Fristenregelung Optimierung und Vereinfachung der Entscheidungsabläufe bedeutet?

Ich bin jetzt etwas überrascht, dass Rot-Grün das Landespersonalvertretungsgesetz offensichtlich nicht in die Fassung von vor 2007 rückabwickeln will, sondern dass das Verfahren neu eröffnet und gestaltet

werden soll, Gespräche geführt werden sollen, um dann gemeinsam mit den Verbänden einen Entwurf vorzulegen.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Kollege Preuß, entschuldigen Sie, wenn ich Sie unterbreche: Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Schmeltzer?

Peter Preuß (CDU): Nein, im Augenblick nicht.

Herr Kollege Schmeltzer, dann wird das natürlich vor der Sommerpause nichts. Denn dann ist das Verfahren in der Tat offen. Man wird miteinander reden müssen, wenn der Gesetzentwurf vorliegt.

Allerdings war die Rückabwicklung in den letzten Jahren von Rot-Grün auf Podiumsdiskussionen und ähnlichen Veranstaltungen immer wieder angekündigt worden. So hat es auch im Gesetzgebungsverfahren 2007 nicht einen einzigen Vorschlag von Rot-Grün gegeben, der auf eine vernünftige und sinnvolle Änderung irgendeines Punktes im LPVG hingedeutet hätte, über den man hätte diskutieren können.

Auch wunderte ich mich im Übrigen darüber, dass eben nicht, wie angekündigt, ein Gesetzentwurf vorgelegt wird, der angeblich seit 2007 in der Schublade liegen und ankündigungsgemäß schon in der vergangenen Legislaturperiode vorgelegt werden sollte. Warum wird er nicht vorgelegt, damit wir eine Basis zur Diskussion haben? Möglicherweise – das ist meine Vermutung – sollen zunächst einmal die Regierungsbildung und die notwendigen personellen Umsetzungen, die damit verbunden sind, auf der Grundlage des zurzeit bestehenden LPVG abgeschlossen werden.

Ich kann mir im Übrigen auch sehr gut vorstellen, dass Rot-Grün – noch dazu mit Hilfe der Linken – gar nicht in der Lage ist, einen Entwurf vorzulegen, der den verfassungsrechtlichen Vorgaben entspricht und vor allem aber den deutlich unterschiedlichen Interessen einzelner Gewerkschaften und Verbände, zum Beispiel des Städte- und Gemeindebundes, im Sinne einer tragfähigen und auf vertrauensvoller Zusammenarbeit basierenden Lösung nahekommt.

Hören Sie bitte mit dem Unsinn auf, zu behaupten, wir hätten die vertrauensvolle Zusammenarbeit beschädigt oder gar die Mitbestimmung abgeschafft.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Die da draußen vor der Tür sagen etwas anderes!)

Die Mitbestimmung ist für uns Kernbestand der sozialen Marktwirtschaft. Sie ist mit der erfolgreichen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland so eng verbunden, dass niemand eine Abschaffung der Mitbestimmung will.

Es ging uns immer um das Maß der Mitbestimmung. Vorbild was das Bundespersonalvertretungsgesetz.

Es ging um eine moderne Verwaltung, um die Konzentration auf das Wesentliche der Mitbestimmung. Das 2007 beschlossene LPVG stand und steht bis heute im Kontext mit den großen Herausforderungen, die in NRW seit 2005 zu bewältigen waren.

(Zuruf von der CDU: So ist es!)

Durch rot-grüne Politik, die gekennzeichnet war durch Bürokratie, Aufblähung der Behörden und eine in der Folge enorme Verschuldung des Landes bis 2005, waren wir gezwungen zu einer umfassenden Verwaltungsstrukturreform, einer Erneuerung des Landes vor dem Hintergrund auch der Notwendigkeit, ein funktionierendes Miteinander aller Bediensteten und Behörden verantwortlich und verlässlich neu zu organisieren.

Deshalb ist es für uns nach wie vor unverzichtbar, Erleichterungen bei Versetzungen und Abordnungen nach dem PEM-Gesetz beizubehalten. Auch die Umsetzungen innerhalb einer Dienststelle ohne Wechsel des Dienstortes – wie es arbeitsrechtlich selbstverständlich ist – müssen mitbestimmungsfrei bleiben. Das gilt ebenso bei Personalmaßnahmen für Bedienstete ab A16 aufwärts. Das gilt auch für den Einsatz von technischen Einrichtungen sowie für Informations- und Kommunikationsnetze, um auf technische Veränderungen schnell reagieren zu können.

Wenn Sie erklären würden, dass Sie den 2005 begonnenen Reformprozess, zum Beispiel den Bürokratieabbau, fortführen wollen, wären wir im Rahmen unserer Gestaltungsmöglichkeiten selbstverständlich dabei.

Wenn Sie aber sagen, Sie wollen das Rad zurückdrehen in die chaotischen Verhältnisse von vor 2005, sagen wir: Nein, danke für die Einladung. Dann müssen Sie den Kaffee alleine trinken. Sie tragen die volle Verantwortung für das, was Sie in Ihrer Regierungszeit, die nicht mehr lange dauern wird, tun.

(Beifall von der CDU – Lachen von der SPD)

Allerdings, meine Damen und Herren, werden wir im Rahmen einer Evaluierung des Landespersonalvertretungsgesetzes selbstverständlich auch mit den Verbänden sehr genau prüfen, an welchen Stellen eine Änderung des LPVG erforderlich ist. Wir können uns sehr gut vorstellen, bestimmte Mitbestimmungstatbestände wieder einzuführen,

(Beifall von den GRÜNEN – Zurufe von der SPD: Hört, hört! Sehr gut!)

zum Beispiel bei personellen Einzelmaßnahmen wie Nebenabreden, Umwandlung von Beamtenverhältnissen, Herabstufungen, Befristung von Arbeitsverträgen, Kürzungen von Anwarterbezügen, Aufhebungs- und Beendigungstatbeständen oder auch bei Abmahnungen, auch bei Gleitzeitregelungen und Heimarbeit.

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Zuruf von Rainer Schmeltzer [SPD])

Dabei gilt für uns das, was immer gegolten hat: Maßstab des Verwaltungshandelns, also der Exekutive in unserem Rechtsstaat, ist die gemeinwohlorientierte Durchsetzung des parlamentarischen Willens der Legislative, namentlich also die Umsetzung der vom Parlament beschlossenen notwendigen Reformprozesse, die die Wählerinnen und Wähler in Auftrag gegeben haben.

(Vorsitz: Präsident Eckhard Uhlenberg)

Deshalb war für uns und ist jetzt für die neue Regierung zwingend, das Personalvertretungsrecht so auszugestalten, dass es den Interessen der Beschäftigten dient und nicht dazu führen darf, Entscheidungen der Legislative zu blockieren. Wenn von Augenhöhe die Rede ist, dann geht es auch immer um die Beachtung des Gewaltenteilungsprinzips.

Was die Linken mit ihrem Änderungsantrag wollen, steht diesen rechtsstaatlichen Grundsätzen diametral entgegen. Deshalb brauche ich darauf auch nicht einzugehen.

(Wolfgang Zimmermann [LINKE]: Wie kommen Sie denn auf diese Schnapsidee?)

Klar ist, dass es im Bereich der Mitwirkungstatbestände erhebliche Einschränkungen gegeben hat, aber eben auch eine erhebliche Stärkung individueller Rechte der Bediensteten.

Da sich Ihr Antrag zu nichts verhält und in zentralen Themen keine Aussagekraft hat, werden wir ihn heute ablehnen. Machen Sie erst einmal Ihre Hausaufgaben. Dann können wir miteinander weiterreden. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU – Wolfgang Zimmermann [LINKE]: Sie hätten die Mitbestimmung nicht abschaffen sollen!)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Preuß. – Für die FDP-Fraktion spricht der Abgeordnete Engel.

Horst Engel¹⁾ (FDP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Rot-Grün plant die höchste Neuverschuldung in der Geschichte des Landes Nordrhein-Westfalen. Bei einem Schuldenstand von 125 Milliarden € soll die Neuverschuldung allein im Jahr 2010 auf ein Rekordniveau

(Zuruf von der SPD: Die Rede von gestern! Die haben Sie gestern schon gehalten!)

mit über 9 Milliarden € weiter wachsen.

(Britta Altenkamp [SPD]: Bin mal gespannt, wann Sie von den Schulden auf die Mauer schützen kommen!)

– Sind Sie endlich wach? – Schön.

Bereits heute müssen wir bei einem Haushaltsvolumen von 53 Milliarden € jährlich 4,6 Milliarden € Zinsen an die Banken zahlen. Das sind bereits heute 8,6 % des Haushaltes.

(Zuruf von der SPD: Mitbestimmung!)

– Verehrter Herr Kollege, als wir im Mai 2005 von Ihnen die Kasse übernahmen, hat Finanzminister Helmut Linssen täglich 13,2 Millionen € Zinsen zu den Banken tragen müssen. Sie haben aber nichts damit zu tun, dass wir am Ende bei über 14 oder 15 liegen.

(Zurufe von der SPD)

Frau Kraft ist leider nicht hier. Frau Löhrmann ist auch nicht da. Ihr Kabinett trägt dazu bei, dass der Euro auf Sicht weiter an Stabilität verlieren wird. Sie gehen den Weg von Griechenland. Nur die Griechen sind heute schlauer als Sie.

(Beifall von der FDP)

Der Bund der Steuerzahler schlägt Alarm. Insofern befinde ich mich hier in wirklich guter Gesellschaft. Er warnt davor, dass NRW zum Griechenland Deutschlands wird, und zwar mit einem finanzpolitischen Offenbarungseid und Frontalangriff auf die kommende Generation.

(Ralf Michalowsky [LINKE]: In Griechenland stimmt die Mitbestimmung noch!)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Herr Abgeordneter Engel, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Horst Engel¹⁾ (FDP): Nein.

(Lachen von der SPD)

Zu diesem Szenario zählt die Debatte um das LPVG. Der öffentliche Dienst stellt nämlich den größten Posten im Landeshaushalt dar, Herr Schmeltzer und Herr Bolte. Bei Personalausgaben im Landeshaushalt 2010 von 20,8 Milliarden € müssen wir sehr genau hinschauen, was wir uns noch leisten können und was nicht. Derzeit haben wir bei rund 300.000 Beschäftigten im öffentlichen Dienst des Landes eine Personal-Steuer-Quote, also einen Anteil der Personalkosten an den Steuereinnahmen des Landes, von 55,9 %.

Seit Anfang der 90er-Jahre ist zudem bekannt, dass aufgrund der hohen Pensionierungszahlen die Pensionslasten geradezu explodieren. Rot-Rot-Grün verschweigt den Bürgern, dass sich die Zahl der Pensionäre von 2008 bis 2030 von 158.000 auf 252.000 erhöhen wird und insoweit die Pensionslasten von heute 4,6 Milliarden € auf über 7,8 Milliarden € ansteigen werden.

Für Personalaufwand, Pensionen und Zinsen sind somit über 50 % des Gesamthaushaltes verfrüh-

stückt – und das mit einer bemerkenswerten demografischen Entwicklung.

Mit Innenminister Wolf von der FDP haben wir im Interesse des Landes und seiner Bürger in den letzten fünf Jahren notwendige und wichtige Reformprozesse eingeleitet, um die öffentliche Verwaltung zu modernisieren, Bürokratie abzubauen, Strukturen zu verschlanken, Verfahrensprozesse zu beschleunigen und übermäßige Freistellungen moderat abzubauen.

Dies soll nun rein interessengesteuert und entgegen jeder sachlichen und finanzpolitischen Vernunft von Rot-Rot-Grün zum Schaden des Landes sowie des Euro – wir werden Sie daran erinnern – und künftiger Generationen rückabgewickelt werden.

(Zuruf von der SPD: Nicht alle Tassen im Schrank!)

Die Mitbestimmung im öffentlichen Dienst ist ein wichtiges Recht, damit Arbeitnehmervertreter deren Interessen einbringen können. Wir sind als FDP der Ansicht, dass auch beim Umfang dieser Mitbestimmung Maß und Mitte gelten muss.

Deshalb wird in der Begründung des modifizierten Landespersonalvertretungsgesetzes von 2007 zu Recht ausgeführt – ich zitiere –:

Die Haushalte der öffentlichen Arbeitgeber müssen nachhaltig saniert werden. Daher wird es in den nächsten Jahren zu einem weiteren Stellenabbau kommen müssen, ohne die Verbesserung der Leistungsfähigkeit der Verwaltung im Interesse der Bürgerinnen und Bürger als Ziel aus den Augen zu verlieren. Die Personalvertretungen von Effizienzüberlegungen von vornherein auszuschließen, ist vor dem Hintergrund kaum vermittelbar, dass künftig allen Beschäftigten des öffentlichen Dienstes einiges zusätzlich an persönlichem Einsatz abverlangt werden muss. Unabdingbar ist es daher insbesondere, die bestehenden Freistellungsregeln mit dem Ziel in den Blick zu nehmen, zu angemessenen – gegebenenfalls bereichsspezifischeren – Regelungen zu kommen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ein beachtliches Argument, die Zahl der Freistellungen zu reduzieren, lieferte – Sie erinnern sich – 2006 der Landesrechnungshof. Er hatte die weit überproportionalen Freistellungen von Personalräten im Schulbereich kritisiert und gefordert, diese um rund 40 % zu reduzieren. Allein im Jahr 2005 hatten nämlich Freistellungen im Umfang von 13.462 Unterrichtsstunden pro Woche und rund 538.000 Unterrichtsstunden pro Jahr stattgefunden. Dies entsprach, so der Landesrechnungshof, 495 Vollzeitstellen mit einem Gesamtkostenvolumen von 25 Millionen € jährlich. Der Landesrechnungshof sah aufgrund der bisherigen überproportionalen Freistellungen ein Einsparpotenzial von rund 10 Millionen €.

Durch die Reform des LPVG kamen 160 Lehrerinnen und Lehrer wieder zur Verbesserung der Unterrichts-

versorgung an unseren Schulen zurück in den Unterricht. Diese werden nach den rot-rot-grünen Plänen bald wieder dem Unterricht fehlen. Die Schulgemeinde wird es schmerzlich spüren. Die PISA-Quittung wird folgen.

(Beifall von der FDP – Sören Link [SPD]: Die haben Ihre verfehlte Schulpolitik fünf Jahre überlebt!)

Die Ausrichtung an dem Personalvertretungsrecht des Bundes sollte die Zahl der Beteiligungsfälle und -verfahren verringern. Mit der weitgehenden Übernahme der Verfahrensregelungen des Bundes durch die modifizierten Freistellungsregeln, insbesondere durch die bereichsspezifischen Freistellungsregelungen für den Schulbereich, sollten mittel- und langfristige erhebliche Einsparungen erzielt werden können.

Zugleich wurden bei der Reform der Mitbestimmung Rechte ausgeweitet. Ich erinnere etwa an die Einführung des sogenannten Monatsgesprächs zwischen Dienststellenleiter und Personalrat sowie die nunmehr halbjährlich durchzuführenden Personalversammlungen. Die jetzt auch von einigen Medien verwendete Überschrift „Wiedereinführung der Mitbestimmung“ geht also völlig an der Realität vorbei.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wer sich als sogenannte rot-grüne Minderheitsregierung rein interessengesteuert entgegen jeder sachlichen und finanzpolitischen Vernunft

(Widerspruch von der SPD)

die Gunst der Linkspartei durch teure Geschenke auf Pump zum Schaden des Landes und künftiger Generationen erkaufte, wird auf massiven Widerstand der FDP treffen, Herr Link. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Engel. – Für die Fraktion Die Linke spricht Frau Abgeordnete Conrads.

Anna Conrads (LINKE): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Das Landespersonalvertretungsgesetz NRW zählte bis zur faktischen Abschaffung der Mitbestimmung durch die abgewählte schwarz-gelbe Landesregierung zu einem der fortschrittlichsten Mitbestimmungsgesetze der Bundesrepublik Deutschland. Die ehemalige Mehrheit aus CDU und FDP verabschiedete gegen massive Widerstände der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und deren Gewerkschaften ihren Gesetzentwurf und zerschlug damit ein großes Stück an Demokratie im Bereich des LPVG.

(Beifall von LINKEN, SPD und GRÜNEN)

Deshalb begrüßen wir die Intention und den Anlauf, erneut eine wirkliche Mitbestimmung im öffentlichen Dienst einzuführen. Die Beschäftigten haben ein Recht auf Mitbestimmung, da sie mit ihrer Arbeit erst

einen guten öffentlichen Dienst im Sinne der Menschen in NRW schaffen.

Der vorliegende Antrag von SPD und Grünen enthält an vielen Stellen jedoch wenig Konkretes. Er bleibt hinter den Forderungen der Gewerkschaften zurück.

Die dargestellten Eckpunkte sind aus unserer Sicht unzureichend für eine wirkliche Modernisierung des LPVG; denn es reicht nicht aus, den Status quo ante 2007 wiederherzustellen. Wir verstehen mehr unter einem modernen Landespersonalvertretungsrecht. Wir haben weitergehende Vorstellungen für ein verbessertes LPVG erarbeitet. Wir wollen unter anderem, dass das LPVG auch in Eigenbetrieben gilt. Wir wollen Augenhöhe, Herr Kollege Schmeltzer. Wenn auf Augenhöhe agiert werden soll, dann dürfen einseitige Aufkündigungen von Dienstvereinbarungen durch die Dienststellenleitungen nicht mehr möglich sein.

(Beifall von der LINKEN)

Wir wollen, dass es ein Mitbestimmungsrecht bei der Bestellung der Gleichstellungsbeauftragten gibt, dass es eine Mitbestimmung auch bei wirtschaftlichen Angelegenheiten geben muss, dass es Dienststellenleitungen nicht mehr möglich ist, dringliche Maßnahmen vorläufig auch ohne Beteiligung des Personalrats durchzuführen.

(Beifall von der LINKEN)

Wir wollen eine Freistellung ermöglichen auch in Dienststellen mit weniger als 200 Beschäftigten, wenn die Struktur dieser Dienststellen dies erforderlich macht. Wir wollen eine Erlaubnis zur Bildung von Arbeitsgemeinschaften für Personalräte, wie das zum Beispiel in Hochschulsozialwerken und in kommunalen Eigenbetrieben möglich ist.

Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, wir wollen ein Landespersonalvertretungsgesetz, welches dem 21. Jahrhundert gerecht wird und nicht in den Achtzigern stehen bleibt.

(Beifall von der LINKEN)

Wir werden diese Positionierung als Gesetzentwurf nach der Sommerpause in den Landtag einbringen. Motivation und Tatkraft sowie Leistungsfähigkeit der Beschäftigten im öffentlichen Dienst sind nur dann garantiert, wenn Demokratie und Mitbestimmung in den Dienststellen wiederhergestellt wird.

Wir, Die Linke, setzen uns vorbehaltlos für den Ausbau der Demokratie durch Mitbestimmung ein, und das nicht nur im öffentlichen Dienst von Nordrhein-Westfalen. Für uns ist klar: Es wird Zeit, dass NRW wieder Mitbestimmungsland wird. – Vielen Dank.

(Beifall von LINKEN, SPD und GRÜNEN)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Frau Abgeordnete. – Für die Landesregierung spricht Herr Minister Jäger.

Ralf Jäger, Minister für Inneres und Kommunales: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr verehrte Damen und Herren! Herr Präsident! Der Antrag „Mitbestimmung im öffentlichen Dienst muss wieder auf gleicher Augenhöhe stattfinden!“ zielt auf eine umfassende Änderung des Landespersonalvertretungsrechtes. Er betrifft ein Gesetz, das landesweit in praktisch jeder Dienststelle das Miteinander in den Behörden bestimmt. Es geht um die Zusammenarbeit der Dienststellenleitungen mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Dieses Landespersonalvertretungsgesetz wirkt in vielfältiger Weise auf die Entscheidungsprozesse im Rahmen der Aufgabenerfüllung durch die Dienststellen ein. Ich möchte heute lediglich den Spannungsbogen, der sich dahinter verbirgt, andeuten.

Es geht um den verständlichen Wunsch einer größtmöglichen Beteiligung der Personalvertretung einerseits und andererseits um die Verantwortung, die die Behördenleitung für eine effektive Erledigung öffentlicher Aufgaben hat. Es ist eben dieser Spannungsbogen, der in der Geschichte des Landespersonalvertretungsgesetzes übrigens immer wieder und zum Teil sehr kontroverse Diskussionen und Proteste ausgelöst hat.

Meine Damen und Herren, mit dem heute zur Abstimmung stehenden Antrag zur Stärkung der Mitbestimmung wird ein neuer Weg aufgezeigt. Von ihm sind ca. 330.000 Beschäftigte im Landesdienst und noch einmal ca. 287.000 Beschäftigte in den Kommunen betroffen. Die Regelungen zur Mitbestimmung sind übrigens ein wichtiger Gradmesser für den Stellenwert von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in Behörden und Verwaltungen. Die Landesregierung trägt hier für die Beschäftigten eine hohe Verantwortung. Sie muss aber auch dafür geradestehen, dass die zunehmend schwieriger und komplexer werdenden Aufgaben der öffentlichen Verwaltung im Interesse der Bürgerinnen und Bürger effektiv wahrgenommen werden können.

Zur Vorgeschichte dieses Antrages: Mit dem Gesetz zur Änderung des Personalvertretungsrechts vom 9. Oktober 2007 hat die vorherige Landesregierung umfangreiche Änderungen vorgenommen. Sie hat hierfür eine Reihe von Gründen angeführt. Diese waren umstritten und lösten kontroverse Diskussionen aus. Im Kernbereich des Gesetzes hat sie die Beteiligungsrechte der Personalräte, insbesondere die Mitbestimmungsrechte, eingeschränkt, das Beteiligungsverfahren von Personalvertretungen in wichtigen Bereichen verändert, die Freistellungsregelung geändert und zum Beispiel im Schulbereich unter Einbeziehung der Vorgaben des Landesrechnungshofs sehr restriktiv gefasst.

Mit dem heutigen Antrag wird ein Novellierungsprozess angestoßen, der zu einer Bewertung der derzeitigen Rechtslage und zu einer Abwägung der zum Teil gegenläufigen Interessen führen muss.

Meine Damen und Herren, dieser Antrag macht deutlich: Wir werden der Mitbestimmung und der Beteiligung der Personalräte einen hohen Stellenwert als Landesregierung einräumen. In einem ersten wichtigen Schritt wird die Landesregierung das Landespersonalvertretungsgesetz im Sinne der im Antrag formulierten Ziele überarbeiten und Ihnen einen entsprechenden Gesetzentwurf vorlegen. Herr Preuß, ich verspreche Ihnen: Dieser Gesetzentwurf wird verfassungsgemäß sein.

(Zuruf von der CDU: Oh, oh!)

Zu dem nunmehr eingeleiteten Prozess möchte ich jedoch einige Anmerkungen machen, die aus meiner Sicht notwendig sind. Ich möchte verdeutlichen, dass eine grundlegende Änderung des Landespersonalvertretungsgesetzes eben nicht von heute auf morgen geschaffen werden kann. Eine Beteiligung der Gewerkschaften, der Berufsverbände, der kommunalen Spitzenverbände, aber auch eine Beteiligung der anderen Ressorts am Gesetzentwurf ist notwendig und auch zielführend.

Es entspricht einer in NRW von Vertrauen geprägten jahrzehntelangen Kultur, die Beschäftigten in einem solchen Veränderungsprozess mitzunehmen. Wir sind bereit für diesen Dialog mit den Beschäftigten. Dies gilt ganz besonders für eine zukunftsgerichtete Fortentwicklung des Landespersonalvertretungsgesetzes in dem im Antrag beschriebenen Ausmaß.

Erst mit diesem breit aufgestellten Novellierungsprozess wird es gelingen, alle berechtigten Interessen zu berücksichtigen und Antworten im Bereich der Mitbestimmung auf die immer größer werdenden Herausforderungen im öffentlichen Dienst zu finden. Daran sollte uns im Übrigen allen gelegen sein. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von SPD, GRÜNEN und LINKEN)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Minister Jäger. – Für die SPD-Fraktion hat nun das Wort der Abgeordnete Schmeltzer.

Rainer Schmeltzer (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das aufbäumende „Ah!“ aus den Reihen der CDU kann ja nur von einem CDAler sein, weil es immer peinlich wird, wenn es um Arbeitnehmerrechte geht, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Ich will auf die populistischen Äußerungen des Kollegen Engel gar nicht eingehen. Das zeigt, aus welcher Richtung er kommt, und es zeigt auch, wie dieses ehemalige Landespersonalvertretungsgesetz und insbesondere von wem es gesteuert wurde.

Zu dem, was der Kollege Preuß hier ausgeführt hat: Herr Kollege, Sie sind CDA-Funktionär. Das finde ich gut, sich innerhalb der Reihen der CDU in der Arbeitnehmerschaft aufzuhalten. – Herr Kollege Palmen, Sie sollten sich mit Ihrer Teich- und Froschmentalität

an diesem Thema gar nicht mit Zwischenrufen beteiligen, das steht Ihnen überhaupt nicht zu.

(Beifall von SPD und LINKEN)

Herr Kollege Preuß, Sie sind CDAler und wissen genau, wie Ihre Kollegen aus der CDA im Jahr 2007 gegen dieses Landespersonalvertretungsgesetz zu Felde gezogen sind. Mit Ihren letzten Äußerungen und Ihrer Aufzählung haben Sie deutlich gemacht, dass genau diese Punkte, die Sie als Evaluierung genannt haben – wir sagen, wir bringen echte Mitbestimmung wieder mit rein –, diese von Ihnen aufgezählten Punkte deckungsgleich mit den Punkten sind, die ich eben aufgezählt habe, um echte Mitbestimmung in den öffentlichen Verwaltungen wieder zuzulassen.

Ich lade hier herzlich dazu ein, bei der Anhörung diese Punkte mit zu unterstützen.

(Zurufe von der CDU)

Diese Einladung gilt so, wie sie 2007 galt – und Sie durften nicht, weil dieser Flügel es Ihnen untersagt hat. Jetzt können Sie die Mitbestimmung auf diesem Weg wieder nach vorne bringen. Dann werden wir das gemeinsam hinbekommen.

(Beifall von SPD, GRÜNEN und LINKEN)

Ihre CDA-Kollegen würden es Ihnen danken, wenn Sie jetzt endlich die Möglichkeit einer ehrlichen Politik für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wahren würden.

Wenn Sie sagen, Sie hören nichts – Herr Kollege, hier ist es warm. Draußen geht ein leichtes Lüftchen, dort ist es angenehm. Gehen Sie vor die Tür: Draußen stehen Personalräte en masse, die darauf warten, dass dieser Landtag dieses Landespersonalvertretungsgesetz endlich umsetzt. Da können Sie als CDAler endlich mal Flagge zeigen und darlegen, was Sie wirklich wollen.

(Beifall von SPD, GRÜNEN und LINKEN – Zuruf von der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich noch zwei Sätze zur Kollegin Conrads sagen.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Herr Laumann, hören Sie doch mal zu! Nicht telefonieren und rausgehen – zuhören!)

Wo ist sie eigentlich? Ich sehe sie gerade nicht.

Wir sind dabei gar nicht so weit auseinander.

(Zuruf von der CDU: Genau!)

– Ja, das sind ja sogar die Inhalte, die Herr Preuß eben seitens der CDU vorgetragen hat.

Ich möchte nur eins nicht: Lassen Sie uns, so, wie es Innenminister Jäger gerade auch gesagt hat, in diesem bevorstehenden Gesetzgebungsverfahren den Raum für eine offene Diskussion. Ich möchte nicht zu viele oder überhaupt Vorfestlegungen in einem sol-

chen Antrag; denn dann fallen meinen Kolleginnen und Kollegen – und Herrn Preuß sicherlich auch, wie er eben dargelegt hat – weitere Festlegungen ein. Diese sollten wir aber im offenen Dialog mit den Verbänden, mit allen Gewerkschaften, mit allen, die dafür infrage kommen – eine distanziert sich ja immer durch ihre Auffassung zum Lohndumping –, debattieren. Dann haben wir einen offenen Austausch und bekommen diese Punkte umgesetzt.

Ich bin guter Dinge, dass wir so im Sinne der Gewerkschaften und der Personalräte hier im Lande zu einem guten Landespersonalvertretungsgesetz kommen. Dann haben wir die Mitbestimmung, die es wieder möglich macht, dass Nordrhein-Westfalen Mitbestimmungsland Nummer eins wird.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Ah, Herr Laumann ist auch wieder da!)

Der CDA-Bundesvorsitzende, der jetzt auch wieder zu uns gestoßen ist, kann dann mit breiter Brust vor seine CDA treten und sagen: Jetzt haben wir wieder die Mitbestimmung, die wir damals nicht umsetzen durften. – Herzlichen Dank.

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Zuruf von der CDU: So ein Unfug!)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Schmeltzer. – Für die Fraktion der Linken spricht Frau Abgeordnete Böth.

Gunhild Böth (LINKE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich dachte eigentlich, es sei schon alles gesagt, und deshalb muss ich das auch nicht wiederholen. Aber Herr Engel, was Sie hier hingelegt haben, war wirklich unglaublich.

(Beifall von LINKEN, SPD und GRÜNEN)

Ich weiß nicht, wovon Sie Ahnung haben. Aber von Schule, das ist mir gerade deutlich geworden, haben Sie wirklich überhaupt keine Ahnung.

(Beifall von LINKEN, SPD und GRÜNEN)

Die Mitbestimmung in der Schule ist von Ihrem Staatssekretär der letzten Regierung immer genau so nicht dargestellt worden, wie Sie das gerade gemacht haben. Sie haben nämlich gesagt, Sie hätten das LPVG in den Schulen deshalb zusammengestrichen, um zu sparen. Dies hat Ihnen die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft nämlich immer vorgehalten.

Ihr Staatssekretär Herr Winands hat immer wieder behauptet, das sei doch alles Unsinn; denn die Schulleitungen hätten doch jetzt, weil sie gestärkt worden seien, auf der anderen Seite die Lehrerräte. Deshalb könnte man dazwischen, bei den Personalräten, durchaus etwas einsparen, weil es in personalvertretungsrechtlichen Angelegenheiten nun diese andere Stelle gebe.

Das war, um es ganz deutlich zu sagen, der Abbau von Mitbestimmung. Sie haben nämlich die Lehrerräte nicht in die Lage versetzt, genau diese Qualifikation zu erwerben und genau diese Mitbestimmung anzuwenden, die ansonsten zuvor die Personalräte tatsächlich anwenden konnten.

(Beifall von der LINKEN)

Einmal ganz abgesehen davon, dass Sie auch nicht die rechtlichen Voraussetzungen dafür geschaffen haben.

Ich möchte das nur für all diejenigen, die nicht so im Thema sind, sagen: Eine eintägige Schulung sollte ausreichen, um personalrechtliche- und Personalvertretungsfähigkeiten zu erwerben. Das war der Plan und – zum Teil auch durchgesetzt – das Konzept der Ministerin Sommer. Insofern kann ich nur sagen: Sie befinden sich wirklich noch im 19. Jahrhundert.

(Zuruf von der CDU)

Jedes moderne Unternehmen sagt heutzutage: Stärkt die Mitbestimmung und die Beteiligung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, und es wird zum Wohle des Unternehmens sein. – Genau das ist es, was wir wollen. Deshalb werden wir die Mitbestimmung in der Personalvertretung wieder stärken. Deshalb werden wir wieder zu dem zurückkommen, was es vorher schon einmal gegeben hat und das auch noch weiter ausbauen. – Ich danke.

(Beifall von LINKEN, SPD und GRÜNEN)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Böth. – Verehrte Kolleginnen und Kollegen, wir sind damit am Schluss der Beratung.

Wir kommen zur direkten Abstimmung über den **Änderungsantrag** der Fraktion Die Linke **Drucksache 15/50**. Wer dem seine Zustimmung geben möchte, bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist bei Ablehnung der Fraktionen von CDU und FDP, bei Enthaltung der SPD-Fraktion und bei Zustimmung der Fraktion Die Linke der Antrag **abgelehnt**.

Wir kommen zweitens zur Abstimmung über den Inhalt des **Antrags** der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 15/25**. Wer diesem Antrag seine Zustimmung gibt, bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dem Antrag nicht zu? – Wer enthält sich? – Damit ist dieser Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen von CDU und FDP bei Enthaltung der Linksfraktion **angenommen**.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, wir kommen zu:

6 Lohndumping durch Leiharbeit am Uni-Klinikum Essen beenden!

Antrag
der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 15/35

Ich eröffne die Beratung und erteile Herrn Abgeordneten Zimmermann für die Fraktion Die Linke das Wort.

Wolfgang Zimmermann (LINKE): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Reihen der CDU scheinen sich wieder zu lichten, die der FDP auch.

(Zuruf von der CDU: Man kann sich das ja nicht anhören!)

– Das kann ich verstehen: weil Sie das alles nicht begreifen können. Das ist mir klar.

(Beifall von der LINKEN)

Wir debattieren heute im Landtag Nordrhein-Westfalen über Leiharbeit. Warum? Anlass ist das Universitätsklinikum Essen. Die Personalservicegesellschaft ist eine hundertprozentige Tochter der Uniklinik Essen. Sie ist im Jahr 2005 als Leiharbeitsfirma gegründet worden, hat eine Arbeitnehmerüberlassungszulassung und wendet den Tarifvertrag des Interessenverbandes Deutscher Zeitarbeitsunternehmen e. V. an. Das ist die iGZ. Geschäftsführer dieser PSG ist in Personalunion der Personaldezernent des Universitätsklinikums Essen.

Meine Damen und Herren, die PSG ist ausschließlich in Strohmannfunktion dazu gegründet worden, um die Tarife im Universitätsklinikum abzusenken. Das ist der Sinn. Unserer Kenntnis nach entleiht die PSG zurzeit ausschließlich Personal an das Uniklinikum zurück.

Beim Personalrat des Klinikums wurden durch die PSG Einstellungen für mehr als 30 Berufsgruppen beantragt. Davon sind 300 Beschäftigte betroffen. Das bedeutet, dass bereits jetzt 10 % der Beschäftigten durch Leiharbeiter und Leiharbeiterinnen ersetzt wurden. Und das, meine Damen und Herren, ist ein Skandal!

(Beifall von der LINKEN)

Das durchschnittliche Einkommen bei der PSG ist um 30 % geringer als das Einkommen in einem vergleichbaren Beruf. Die PSG gewährt 24 Tage Urlaub pro Jahr, zahlt absolut kein Weihnachtsgeld, kein Urlaubsgeld und betreibt keine Altersvorsorge.

Hier liegt die Situation vor, meine Damen und Herren, dass die Menschen bei der Leiharbeitsfirma dieselbe Arbeit machen wie Festangestellte, aber nur die Hälfte deren Lohnes verdienen. Das ist ein absolut unakzeptabler Zustand, der beseitigt werden muss. Wir müssen das im Interesse der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer tun, meine Damen und Herren.

(Beifall von der LINKEN)

Der Sinn der Leiharbeit liegt mittlerweile nicht mehr darin, Auftragsspitzen abzudecken. Der Sinn liegt auch nicht mehr darin, wegen Krankheit oder aus anderen Gründen kurzfristig Personal auszugleichen. Die Funktion der Leiharbeit ist ganz einfach: Sie dient der Senkung des Lohns für die Beschäftigten.

Meine Damen und Herren, ich brauche Ihnen die Fakten nicht weiter aufzuzählen und nenne deshalb nur einige Punkte. Zwischen 1997 und 2007 hat die Zahl der Leiharbeiter um 235 % zugenommen. Zwischen 2003 und 2009 kamen weitere 500.000 Beschäftigte in der Zeitarbeitsbranche neu hinzu. Wenn man hier, wie es CDU und FDP immer wieder tun, von Einzelproblemen redet, ist man völlig realitätsfern und zeigt man, dass man nicht weiß, was sich draußen auf dem Arbeitsmarkt abspielt.

Wie konnte es aber dazu kommen? Warum haben wir das Problem? Unter SPD und Grünen wurde die Leiharbeit 2002 im Ersten Gesetz für modernen Dienstleistungen am Arbeitsmarkt in einer Weise dereguliert und salonfähig gemacht, dass wir uns nicht wundern dürfen, dass die Leiharbeit heute in dieser Form praktiziert wird.

Heute sagen – Gott sei dank! – die Kolleginnen und Kollegen von der SPD und den Grünen, dass sie das jetzt anders machen wollen. Im Koalitionsvertrag heißt es – Zitat –: „Wir wollen Leiharbeit neu regulieren und prekäre Beschäftigung in jeder Form zurückdrängen.“ Mal ganz davon abgesehen, dass wir als Die Linke in Nordrhein-Westfalen fordern, dass Leiharbeit völlig abgeschafft wird, sagen wir:

(Beifall von der LINKEN)

Das ist wenigstens ein Schritt in die richtige Richtung, meine Damen und Herren.

Sie können beweisen, dass Sie es mit der Regelung der Leiharbeit ernst meinen, liebe Kolleginnen und Kollegen von den Grünen und von der SPD; denn wir haben einen entsprechenden Antrag in den Landtag eingebracht. Sie haben die Gelegenheit, diesem Antrag von uns zuzustimmen, den wir allerdings in Bezug auf das Antragsbegehren umgewandelt haben: Er soll nun an die Ausschüsse überwiesen werden, damit wir konkreter und über das Uni-Klinikum Essen hinaus diskutieren können.

Ziel muss es sein, Leiharbeit und prekäre Beschäftigung zumindest erst einmal zurückzudrängen. Letztendlich bleibt es allerdings unser Ziel, die Leiharbeit völlig abzuschaffen. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von LINKEN und einzelnen Abgeordneten der GRÜNEN)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Zimmermann. – Für die CDU-Fraktion spricht der Abgeordnete Preuß.

Peter Preuß (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Antrag der Fraktion Die Linke ist ein Spiegelbild der Kleinen Anfrage der Bundestagsfraktion der Linken über Leiharbeit in Krankenhäusern, die die Bundesregierung im April 2010 umfassend unter rechtlichen und tatsächlichen, aber auch unter politischen Gesichtspunkten beantwortet und bewertet hat.

Damit ist die Rechts- und Faktenlage eigentlich völlig klar. Nur irgendwelche Konsequenzen im Sinne von Lösungsvorschlägen zieht Die Linke daraus offensichtlich nicht. Deshalb ist der Antrag als reiner Schaufensterantrag, der der Problematik in keiner Weise auch nur annähernd gerecht wird, abzulehnen.

Auch der Landtag hat sich in der 14. Wahlperiode mehrmals – in der ersten Jahreshälfte 2010 gleich zweimal – unter verschiedenen Gesichtspunkten – zum Beispiel dem der Einführung eines Mindestlohns oder dem der Stärkung der Tarifvertragsparteien in der Zeit- und Leiharbeitsbranche – damit beschäftigt. Bei allen Unterschieden in der Bewertung der Fakten meine ich Einvernehmen feststellen zu können, was Sinn und Zweck von Zeit- und Leiharbeit anbelangt.

Zeitarbeit ist ein flexibles Instrument der Arbeitsmarktpolitik, das es Unternehmen ermöglicht, kurzfristig auf erhöhten Arbeitsanfall zu reagieren. Gleichzeitig bietet es insbesondere Arbeitslosen die Chance zum Einstieg in den Arbeitsmarkt. Diese Balance muss erhalten bleiben.

Nun bietet erlaubte Zeit- und Leiharbeit aber auch rechtlich zulässige Gestaltungsmöglichkeiten, was die Ausgliederung bestimmter Betriebsteile oder Aufgaben anbelangt. Das geschieht häufig wegen des Kostendrucks, aber auch zur Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit und dient damit auch der Beschäftigungssicherung. Dabei ist klar, dass die Personalplanung und der Personaleinsatz – auch die Nutzung des Instruments Leiharbeit – Sache des jeweiligen Unternehmens – in diesem Falle Krankenhausträgers – ist. Jeder so beschriebene Sachverhalt ist nicht automatisch rechtswidrig, auch wenn das Verhalten des Uniklinikums nicht akzeptabel ist.

(Wolfgang Zimmermann [LINKE]: Das ist ja mal ein Wort!)

Übrigens ist von der Leiharbeit und der Zeitarbeit unter Rot-Grün im Bund, namentlich unter Bundeskanzler Schröder, extensiv Gebrauch gemacht worden, ohne dass man die Notwendigkeit gesehen hat, dagegen einzuschreiten. Die PSG ist im April 2005, also noch zu rot-grüner Zeit, gegründet worden.

Missbräuchlicher Einsatz von Zeitarbeit liegt auch nach Auffassung der Bundesregierung – so die Antwort auf die Kleine Anfrage – dann vor, wenn die Stammbesellschaft durch Zeitarbeitnehmer und Zeitarbeitnehmerinnen ersetzt wird, um die Arbeitsbedingungen bzw. die Tarifverträge der Branche – hier also im Bereich der Krankenhäuser – zu umgehen

und sich den Pflichten eines verantwortungsvollen Arbeitgebers zu entziehen. Dabei ist die Stammbesellschaft nicht nur eine bestimmte Anzahl von Personen. Es ist vielmehr die notwendige personelle Ressource des Unternehmens, die Kernaufgaben zur Aufrechterhaltung und erfolgreichen Durchführung des Betriebes erfüllt. Mit der Stammbesellschaft werden eben nicht Arbeitsspitzen abgebaut, sondern wird der Betrieb aufrechterhalten.

Um aber Missbrauch zu verhindern, sind in erster Linie die Tarifvertragsparteien gefordert. Es müssen ordentliche Tarifverträge her, die für angemessene Arbeitsbedingungen sorgen. Da gibt es vielfältige Möglichkeiten – auch unter Berücksichtigung des Bestandsschutzes vorhandener Arbeitsplätze –, zum Beispiel mit Blick auf die Alterssicherung und die adäquate Ausgestaltung der Arbeitsbedingungen bei Neueinstieg Tarifverträge ordentlich auszuhandeln.

Meine Damen und Herren, es ist dem Engagement des Arbeitsministers a. D. Karl-Josef Laumann zu verdanken, dass die Dinge in Essen nun im Fluss sind

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Bitte?)

und ein Schlichter bestellt ist, der die verschiedenen Interessen zusammenführen soll. Diesen positiven Weg wollen wir im Interesse der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht stören. Wir lehnen den Antrag deshalb ab. – Vielen Dank.

(Beifall von CDU und Dr. Stefan Romberg [FDP])

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Preuß. – Für die SPD-Fraktion spricht der Abgeordnete Schmeltzer.

Rainer Schmeltzer (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich weiß nicht, wie oft wir in der letzten Legislaturperiode über das Thema Leih- und Zeitarbeit gesprochen haben. Herr Kollege Preuß, Ihnen hätte es gut angestanden, einmal die entsprechenden Plenarprotokolle nachzulesen.

Aus dem „Fluss“, den Ihnen zufolge der damalige Arbeitsminister Laumann auf den Weg gebracht hat, ist in Sachen Ausbeutung durch Leih- und Zeitarbeit beim Uniklinikum Essen ein reißender Strom zulasten der dort beschäftigten Menschen geworden. Das ist die Wahrheit. Bei all den Debatten, die wir gerade zum Uniklinikum Essen und zur Gesundheitswirtschaft geführt haben, hat der damalige Minister Laumann sich geweigert, tätig zu werden und zu verhindern, dass die Ausbeutung größere Ausmaße annimmt.

Herr Kollege Preuß, in den Plenarprotokollen hätten Sie auch nachlesen können, was ich in jeder Rede hierzu immer wieder gesagt habe – ich hätte mir nicht träumen lassen, dass ich das auch heute wie-

derhole –: Ja, mit dem Arbeitnehmerüberlassungsgesetz 2003, das unter Bundeskanzler Schröder und dem damaligen Arbeits- und Wirtschaftsminister Clement erlassen wurde, haben wir etwas anderes gewollt. Die Umsetzung war definitiv falsch. Es hat sehr viele Anläufe gegeben – auch mit Aufforderungen in diesem Hause an den damaligen Arbeitsminister dieses Landes –, dem entgegenzuwirken.

Da muss man auch das Rückgrat haben – und das haben die Sozialdemokraten –, zu sagen: Wir haben etwas falsch gemacht und müssen das im Sinne der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer korrigieren.

(Beifall von der SPD)

Sie haben sich dem verweigert. Sie wollten im Bundesrat nicht initiativ werden. Als andere Landesregierungen dies unter der Führung von Kurt Beck in den Bundesrat eingebracht haben, haben Sie sich verweigert. Herr Laumann hat an dieser Bundesratssitzung seinerzeit noch nicht einmal teilgenommen, geschweige denn das Wort für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ergriffen. Das ist die Wahrheit über das, was hier in den letzten fünf Jahren zur Zeit- und Leiharbeit diskutiert und auf den Weg gebracht wurde.

Lassen Sie mich etwas zum Antrag „Lohndumping durch Leiharbeit am Uni-Klinikum Essen beenden“ sagen. Ich habe in meinen kurzen Ausführungen schon deutlich gemacht, dass uns das Thema Zeit- und Leiharbeit seit Jahren am Herzen liegt und wir dabei immer gegen eine schwarz-gelbe Mauer ange laufen sind. Auch die Initiativen anderer im Bundesrat sind an der damaligen Bundesratsmehrheit gescheitert.

Aber wahr ist, dass wir die Zeit- und Leiharbeit insgesamt, Herr Kollege Zimmermann – nicht allein im Hinblick auf das Uniklinikum Essen –, sortieren und ordnen müssen. Wir brauchen gleichen Lohn für gleiche Arbeit; wir müssen über eine Befristung sprechen; wir müssen weg von der Konzernleihe; wir müssen wieder über das Synchronisationsverbot und noch einige andere Dinge sprechen. Das ist überhaupt keine Frage.

Deswegen ist dieser Antrag meines Erachtens vom Inhalt her okay, aber zu kurz gesprungen. Wir dürfen jetzt nicht nur das Uniklinikum Essen und als nächstes irgendeine andere Landesinstitution herausgreifen. Wir müssen das Thema für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Land angehen, und wir müssen es auf breitere Füße stellen, und zwar über das Uniklinikum Essen hinaus.

Von daher sind wir gut beraten, diesen Antrag nicht direkt abzustimmen, sondern ihn an den AGS und andere zuständige Ausschüsse wie den Wissenschaftsausschuss zu überweisen. Diskutieren wir ihn breiter und behalten dabei das Ziel insgesamt im Auge, statt von Plenarsitzung zu Plenarsitzung einzelne Themen und einzelne Bereiche herauszugrei-

fen, denn damit wäre den Menschen im Land nicht in Gänze geholfen.

Von daher bitte ich darum, den Antrag zu überweisen, damit wir das ganze Thema einer ordentlichen Diskussion zukommen lassen können, statt nur über das Uniklinikum Essen zu reden. Wenn wir das Thema insgesamt behandeln, wird natürlich auch das Uniklinikum Essen positiv berücksichtigt werden. – Herzlichen Dank.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Schmeltzer. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Frau Abgeordnete Maaßen.

Martina Maaßen (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Antrag der Linken spricht ein brisantes arbeitsmarktpolitisches Problem an, das es dringend zu lösen gilt, und zwar den Missbrauch von Leih- und Zeitarbeit und damit das Unterlaufen von Tariflöhnen.

Lassen Sie mich einen kleinen Schwenk zu heute Vormittag machen. Herr Weisbrich – leider ist er jetzt nicht da; ich spreche ihn trotzdem an – wiederholt gebetsmühlenartig die großen beschäftigungspolitischen Erfolge der CDU-Fraktion. Was die letzte Landesregierung jedoch gestärkt hat, ist das Prekariat. Unter Ihrer Regierungszeit erlebten prekäre Beschäftigungsverhältnisse durch Befristung, Zeit- und Leiharbeit Hochkonjunktur.

(Peter Preuß [CDU]: Falsch!)

Diese Schieflage, meine Damen und Herren der CDU und der FDP, können Sie sich auf Ihre Haben-Seite buchen.

Insbesondere im Gesundheitsbereich ist eine dramatische Zunahme der Leiharbeit festzustellen.

(Karl-Josef Laumann [CDU]: Vor allen Dingen bei der AWO!)

Viele Kliniken und Pflegeheime in Nordrhein-Westfalen greifen immer mehr auf Leiharbeit zurück. Nach Angaben der Hans-Böckler-Stiftung sind zurzeit mit 19.000 Pflegekräften fünf Mal so viele auf Zeitarbeitsbasis beschäftigt wie 2004.

Wie groß das Problem ist, zeigt unter anderem die Studie „Zeitarbeit in Nordrhein-Westfalen“, die von der ehemaligen Landesregierung selbst in Auftrag gegeben wurde. Laut dieser Studie nutzt ein Viertel der Entleihbetriebe die Zeitarbeit zur Substitution von Stammbeslegschaften. Die Entgelte der Beschäftigten in der Zeitarbeitsbranche liegen erheblich niedriger als die Entgelte derjenigen, die ähnliche Tätigkeiten außerhalb der Zeitarbeitsbranche ausüben. Die Differenz zwischen dem Entgelt von Hilfskräften in Zeitarbeit und dem der Stammbeslegschaften liegt bei 45 %

und selbst bei qualifizierten Tätigkeiten noch bei rund 35 %.

Insgesamt hat die Liberalisierung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes zu einem starken Zuwachs der Zeitarbeit und damit auch zum Abbau von Stammbesellschaften geführt, die durch Zeitarbeitskräfte ersetzt wurden. Im Sommer 2008 hat die Zahl der Zeitarbeitnehmerinnen und Zeitarbeitnehmer in Deutschland sogar annähernd die Millionengrenze erreicht.

Der Missbrauch der Leiharbeit ist auch in der vergangenen Legislaturperiode wiederholt Thema gewesen; Herr Schmeltzer hat eben darauf hingewiesen. Ich erinnere unter anderem an den Antrag der Grünen anlässlich des schändlichen Gebarens der Firma Schlecker.

Meine Damen und Herren, Zeitarbeit wird insbesondere genutzt, um die Lohnstandards zu unterlaufen und die Stammbesellschaft massiv abzubauen. Diese Auswüchse sind aus unserer Sicht nicht länger hinnehmbar.

(Beifall von GRÜNEN, SPD und LINKEN)

Für uns gibt es in der Zeitarbeitsbranche einen akuten Regelungsbedarf. Wir wollen die Erosion regulärer Beschäftigungsverhältnisse durch Zeitarbeit und Lohndumping stoppen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Hier ist die Universitätsklinik Essen leider kein Einzelfall; das wurde schon mehrfach angesprochen. Deshalb wollen wir Lohndumping und Leiharbeit grundsätzlich angehen, und zwar grundsätzlich auch gemeinsam. Wir wollen zu einer tragfähigen Lösung kommen, und zwar gemeinsam mit dem Arbeitsministerium und den Gewerkschaften.

Wir als Grüne freuen uns auf eine zielführende Beratung in den Fachausschüssen und stimmen der Überweisung zu. – Vielen Dank.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Maaßen. – Für die FDP-Fraktion spricht der Abgeordnete Dr. Romberg.

Dr. Stefan Romberg¹⁾ (FDP): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Seit dem 1. Januar 2001 sind Universitätskliniken in Nordrhein-Westfalen rechtlich selbstständige Anstalten des öffentlichen Rechts. Damit sind Unikliniken berechtigt, ihr Handeln in stärkerem Maße auf das Wirtschaftlichkeitsprinzip auszurichten. Dazu gehört es auch, die notwendigen Voraussetzungen dafür zu schaffen, Flexibilität zu erreichen.

Das Innovationsministerium hat in einer Stellungnahme vom September 2009 festgestellt, dass alle Unikliniken in Nordrhein-Westfalen zum Abbau von

Spitzen in geringfügigem Maße auch auf externe Zeitarbeitnehmer zurückgreifen. Lediglich am Universitätsklinikum Essen existiert eine Personaldienstleistungsgesellschaft in Form der eben genannten PSG. Diese Entscheidung ist vom Grundsatz her nicht zu beanstanden.

Dem Land obliegt lediglich die Rechtsaufsicht. Ich darf darauf hinweisen, dass vor diesem Hintergrund – wie im kollektiven Arbeitsrecht üblich – Tarifverträge abgeschlossen werden können, die die Frage des Lohns näher regeln. So auch hier! Die antragstellende Fraktion sollte sich darüber im Klaren sein, dass Tarifverträge Rechtsnormqualität haben und damit Bestandteile der Rechtsordnung sind. Die Schaffung solcher Rechtsnormen obliegt allein den Tarifvertragsparteien.

Vor diesem Hintergrund möchte ich jedoch noch einige grundsätzliche Dinge sagen, auch weil Sie den Fall Schlecker angesprochen haben. Dazu haben wir – das war eben angesprochen worden – im Januar eine ausführliche Debatte im Landtag geführt. Schon damals habe ich für die FDP klargestellt, dass wir einen Missbrauch der Zeitarbeit nicht dulden. Wenn, wie bei Schlecker, reguläre Arbeitsplätze abgebaut und die betroffenen Mitarbeiter als Zeitarbeitnehmer zu schlechteren Bedingungen wieder in dem Betrieb eingesetzt werden, ist das nicht hinnehmbar. Auch die FDP wird dafür sorgen, dass dieser Missbrauch abgestellt wird. Zurzeit suchen wir auf Bundesebene nach einer praktikablen Lösung.

(Beifall von der FDP)

Jetzt sollte man natürlich fragen – das war auch angesprochen worden –, weshalb die Zeitarbeit in den letzten Monaten und Jahren gerade in Krankenhäusern zugenommen hat. Das hat auch etwas mit der Finanzierung im Gesundheitswesen zu tun, damit, wie die Krankenhäuser über viele Jahre durch die unterschiedlichen Gesundheitsreformen eigentlich kaputtgespart worden sind. Ich hätte es gut gefunden, wenn Kollege Schmeltzer in seiner Analyse auch einmal darauf eingegangen wäre, unter welchem Druck die Häuser stehen und weshalb sie zum Teil auf solch schräge Mittel zurückgreifen.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Doch schräge Mittel?)

– Ich habe den Eindruck, dass das, was in Essen läuft, nicht im Interesse der dortigen Arbeitnehmer-schaft ist. Den Eindruck habe ich schon.

Aber es ist hier gleich wieder so dargestellt worden, als ob Zeitarbeit etwas völlig Abstruses wäre, das abzuschaffen sei; so hat Herr Zimmermann von der Linken es eben noch einmal gesagt. Dagegen legen wir natürlich ganz klar unser Veto ein; denn die Zeitarbeit bietet weiterhin Chancen und hat auch Nutzen. Dieses Instrument hat dazu geführt, dass Menschen in Arbeit gebracht werden konnten, die sonst keine Chance auf dem Arbeitsmarkt gehabt hätten.

(Zuruf von der LINKEN)

Für Unternehmen ist es wichtig, durch den Einsatz von Zeitarbeitnehmern in Phasen mit einem hohen Arbeitsaufkommen handlungsfähig zu sein.

Deshalb muss das Ziel darin bestehen, die Attraktivität des Instruments zu erhalten, aber eben auch die Grenzen des Machbaren aufzuzeigen. Das geschieht, indem man klare Regelungen findet, um den Missbrauch, wie er im Moment stattfindet, abzubauen. Aber dabei ist dieser Antrag der Linken wirklich nicht hilfreich. – Danke schön.

(Beifall von der FDP)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Dr. Romberg. – Für die Landesregierung spricht Herr Minister Schneider.

Guntram Schneider, Minister für Arbeit, Integration und Soziales: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die neue Landesregierung orientiert sich am Prinzip der guten Arbeit. Es geht uns nicht darum, Arbeit gleich welcher Art zu schaffen und zu akzeptieren. Wir wollen gute und faire Arbeit.

(Beifall von SPD, GRÜNEN und LINKEN)

Die Zahlen, die hier heute Morgen hinsichtlich der Beschäftigungserfolge der hinter uns gebrachten Landesregierung dargestellt worden sind, geben nicht die Realität wieder. Zwei Drittel dieser neu geschaffenen Arbeitsplätze sind prekär, in der Leiharbeit entstanden oder befristet. Es gab also kein Beschäftigungswunder.

Wir müssen uns jetzt in zäher Kleinarbeit bemühen, qualifizierte Arbeitsplätze auf den Weg zu bringen.

(Beifall von der SPD)

Wir wollen die Leiharbeit nicht abschaffen. Leiharbeit, wenn sie genutzt wird, um Auftragsspitzen zu bewältigen oder personelle Engpässe zu überwinden, ist ein probates Mittel der betrieblichen Beschäftigungspolitik. Wenn aber Leiharbeit missbraucht wird, um die Stammbeschaftungen systematisch zu reduzieren, wenn sie eingesetzt wird, um Lohndruck auszuüben, ja um Streikbrecher zu beschäftigen, wie es in Herford in einer Firma, die auch noch „Westerwelle“ heißt, derzeit geschieht

(Heiterkeit und Beifall von SPD, GRÜNEN und LINKEN)

– es gibt Zufälle –, wenn Leiharbeit so missbraucht wird, dann muss sie neu reguliert werden. Das ist unser Ziel in dieser Legislaturperiode.

(Beifall von der SPD)

Bezogen auf das Universitätsklinikum Essen sprechen die Zahlen ja eine deutliche Sprache. Mehr als 8% der Beschäftigten in dieser Klinik sind Leiharbeiter. Hier findet ein schleichender Prozess statt,

der gestoppt werden muss. Natürlich ist es legal, was dort passiert. Aber ich denke, in der Politik müssen wir unterscheiden zwischen dem, was legal ist, und dem, was legitim ist. Legitim ist es aber eben nicht, was dort passiert.

(Beifall von der SPD, GRÜNEN und LINKEN)

Deshalb fordert die Landesregierung die Leitung des Klinikums auf, die Beschäftigten, die jetzt über die Personaleinsatzgesellschaft kommen, Schritt für Schritt arbeitsrechtlich zu Beschäftigten der Uniklinik zu machen. Das ist der richtige Weg. Dies wird nicht von heute auf morgen in einer einmaligen Aktion gehen. Aber ich denke, in einem angemessenen Zeitraum kann das gemacht werden.

Zur Leiharbeit selbst mache ich Ihnen ein Angebot. Herr Dr. Papke, ich war erstaunt, als ich vor einigen Tagen in der „Süddeutschen Zeitung“ las, dass auch Sie jetzt für das Prinzip „Gleiche Arbeit – gleiches Geld“ in der Leiharbeit eintreten. Jedenfalls treten die Berliner Freien Demokraten dafür ein; ich weiß nicht, wie es die Düsseldorfer halten. Auf dieser Geschäftsgrundlage biete ich Ihnen an, dass wir in absehbarer Zeit

(Zuruf von Dr. Gerhard Papke [FDP])

ein gemeinsames Konzept zur Regulierung der Leiharbeit auf den Weg bringen, dies in Berlin präsentieren und über den Bundesrat befördern.

(Lachen von Dr. Gerhard Papke [FDP])

– Lachen Sie nicht! Wissen Sie, wenn Herr Zimmermann sagt: „Zwei mal zwei ist vier“, kann ich doch nicht aufgrund der Vergangenheit des Herrn Zimmermann sagen: Nein, zwei mal zwei ist fünf.

(Heiterkeit und lebhafter Beifall von SPD, GRÜNEN und LINKEN)

Ich habe mir das jetzt zwei Tage lang angeschaut. Nehmen Sie doch mal die Warnung des Kurt Tucholsky ernst, wonach der Antikommunismus eine der größten Torheiten unserer Zeit ist. Nehmen Sie das mal ernst!

(Beifall von SPD und LINKEN – Zuruf von der FDP: Aha!)

Kritisieren Sie die Linkspartei hart und angemessen, aber lassen Sie doch die politischen Mätzchen, die zu nichts, aber auch zu gar nichts führen.

(Beifall von der SPD)

Ich bin dafür, die Arbeit am Gesamtprojekt „Neue Regulierung der Zeitarbeit“ aufgrund des vorliegenden Antrags fortzusetzen. Die Sozialdemokraten haben hier Fehler gemacht. Politische Größe besteht auch darin, Fehler einzugestehen und das Ganze in Ordnung zu bringen, und das ist unser Ziel. – Danke schön.

(Beifall von SPD, GRÜNEN und LINKEN)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Minister. – Wir sind damit am Ende der Beratung.

Entgegen dem Ausdruck in der Tagesordnung hat die antragstellende Fraktion nunmehr beantragt, den **Antrag Drucksache 15/35** an den **Ausschuss für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie** – federführend –, den **Ausschuss für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Integration** sowie den **Haushalts- und Finanzausschuss** zu **überweisen**.

(Günter Garbrecht [SPD]: Das haben wir schon dreimal gemacht!)

Beratung und Abstimmung sollen im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung stattfinden. Wer der Überweisung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dem nicht zu? – Eine Gegenstimme. Wer enthält sich? – Damit ist die Überweisung mit einer Gegenstimme beschlossen.

Wir kommen zu:

7 Benachteiligung bei der Einstellung in den Vorbereitungsdienst für Lehrämter an den Schulen aufheben – Nachreichfrist verlängern

Antrag
der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 15/34

Änderungsantrag
der Fraktion der SPD,
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und
der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 15/54

Ich eröffne die Beratung. – Frau Abgeordnete Böth hat das Wort.

Gunhild Böth (LINKE): Danke sehr. – Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Dieses ist auch wieder so ein Beispiel dafür, was die schwarz-gelbe Landesregierung in allerletzter Minute noch angestellt hat. Am 30. Mai informierte sie die Verbände, die Universitäten und Hochschulen, dass sie sich nach vielen langen Jahren jetzt überlegt hatte, einen Numerus clausus für den Vorbereitungsdienst bei den Lehrämtern für Gymnasien und Gesamtschulen einzuführen.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Unglaublich!)

Das traf die Universitäten ziemlich unvorbereitet. Die Prüfungspläne waren lange fertig. Termine waren gesetzt, und zwar Termine, die dann, weil dieses NC-Verfahrens so weit vorgezogen wurde, erst anschließend lagen. Sie haben mit diesem sehr späten Erlass dafür gesorgt, dass ganz viele Universitäten, Prüfer, aber vor allem Studierende in große Schwierigkeiten gekommen sind, wollten sie sich überhaupt an diesem Verfahren beteiligen. Ich weiß nicht, ob

Ihnen das bekannt ist: Es sind im allgemeinen Lehrbetrieb Vorlesungen ausgefallen, damit die Prüfungen überhaupt abgehalten werden konnten.

(Vorsitz: Vizepräsident Oliver Keymis)

Wenn das vorausschauende Politik sein soll – das sollte doch alles einmal geplant und durchdacht sein –, weiß ich nicht, was Sie darunter verstehen.

(Beifall von der LINKEN)

Ich hatte eigentlich immer gedacht: Bildungspolitik ist ziemlich simpel. Man weiß Jahre vorher, wann Lehrkräfte in Pension gehen; denn sie sind nicht nur ein Jahr dagewesen. Eigentlich weiß man dann auch Jahre vorher, wann man wieder neue braucht. Wenn ich das alles weiß, bedeutet das doch, frühzeitig gegensteuern zu können, insbesondere in den Fächern, die inzwischen Mangelware sind. Dann mache ich doch nicht das Gegenteil und führe eine Zugangsbeschränkung für den Vorbereitungsdienst ein,

(Beifall von LINKEN und Sigrid Beer [GRÜNE])

während wir uns derzeit jeden Einzelnen von den Bäumen pflücken, damit der Unterricht überhaupt aufrechterhalten werden kann.

Also: Warum haben Sie überhaupt den Numerus clausus für den Vorbereitungsdienst eingeführt? – Sie haben in der Ausbildung keine Kapazitäten geschaffen. Da Sie das nicht gemacht haben, verschärfen Sie den Lehrkräftemangel, den Sie vorher so hingenommen haben nach dem Motto: Es wird schon nichts passieren; das macht alles nichts; wir sehen mal, wie es ist. – Das kommt einem ein bisschen so vor wie Weihnachten: Huch, das kommt auch immer so plötzlich; das wusste auch keiner vorher.

(Lachen von Rüdiger Sagel [LINKE])

So sind Sie vorgegangen.

Zum Änderungsantrag: Wir wollten erst beantragen, dass sich insbesondere zu den NC-Fächern noch alle bis zum 9. August melden könnten, um in das Verfahren zu kommen. Fakt ist, dass sowieso alle Menschen, die jetzt fertig werden, wegen des derzeit herrschenden Lehrkräftemangels als vorübergehend Beschäftigte in die Schulen kommen werden. Das ist kein erfreuliches Moment, weil sie für diese verantwortungsvolle Tätigkeit noch nicht genügend ausgebildet worden sind. Deshalb musste blitzschnell etwas gemacht werden.

Aber wir sind ja lernfähig. Wir haben uns also überzeugen lassen, dass man in ein solch laufendes Verwaltungsverfahren nur schlecht eingreifen kann, ohne Klagen gegen die Landesregierung zu provozieren. Ich bin mir zwar nicht sicher, ob das so ist, aber wir glauben das jetzt einfach mal.

Deshalb haben wir uns mit SPD und Bündnis 90/Die Grünen darauf verständigt, auf jeden Fall ein Verfah-

ren finden zu wollen, dass zum 1. Februar 2011 alle, die bis dahin Examen gemacht haben, in den Vorbereitungsdienst eingestellt werden – wir brauchen nämlich alle ganz dringend – und dass der Vorbereitungsdienst so ausgebaut wird, dass wir demnächst sukzessive auch an die Beseitigung des Lehrkräftemangels gehen. – Ich danke Ihnen.

(Beifall von LINKEN und GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Kollegin Böth. – Als nächster Redner spricht für die CDU Herr Dr. Hachen.

Dr. Gerd Hachen (CDU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der vorliegende Antrag der Fraktion Die Linke, zu dem ich zuerst rede, fordert eine Verlängerung der Frist zur Einreichung der Bewerbungsunterlagen für alle Referendariatsbewerber bis zum 9. August.

Das hört sich zunächst sehr sozial und fürsorglich an, was es wohl auch soll. Im Übrigen erweckt der Antrag den Eindruck, die bisherige Regelung, die für Bewerber in zugangsbeschränkten Lehrämtern den 18. Juni als Ende der Nachreichfrist vorsieht, sei eben nicht sozial und fürsorglich. Damit ist er ein schönes Beispiel dafür, wie weit der Anschein für die Öffentlichkeit und die Wirklichkeit auseinanderliegen können.

(Gunhild Böth [LINKE]: Sie haben ihn gar nicht gelesen!)

Konkret gibt es nur zwei Möglichkeiten, diesen Antrag zu interpretieren:

Entweder Die Linke weiß wirklich nicht, wovon sie redet, dann könnte man sagen, Sie lernen das vielleicht noch, oder aber Sie wissen, wovon Sie reden, und spielen sich trotzdem als einzige Lobby für junge Lehramtsbewerber auf. In diesem Fall ist dies bewusste Vortäuschung falscher Tatsachen, und ich will das hier nicht bewerten.

(Britta Altenkamp [SPD]: Das war jetzt keine Bewertung?)

Lassen Sie mich deshalb einige Anmerkungen zu den Realitäten machen, damit Sie wissen, was ich damit meine.

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Kollege, gestatten Sie vorher eine Zwischenfrage von Frau Kollegin Beer?

Dr. Gerd Hachen (CDU): Nein.

Vizepräsident Oliver Keymis: Möchten Sie nicht. Gut.

Dr. Gerd Hachen (CDU): Die Einstellungen in den Referendardienst wurden von der schwarz-gelben Vorgängerregierung in beispielloser Weise von 13.800 im Jahr 2005 auf 16.900 im Jahr 2010 gesteigert. Damit haben wir in unserer Verantwortung 3.000 zusätzlichen Lehramtsbewerbern eine Ausbildungschance gegeben – und die Einstellungen im Übrigen um 22 % gesteigert.

(Gunhild Böth [LINKE]: Das reicht doch nicht, wenn jedes Jahr 2.400 in Rente gehen!)

Wir haben das Einstellungsverfahren darüber hinaus flexibilisiert und durch den zweiten jährlichen Termin die Wartezeit für die Betroffenen entscheidend verkürzt. Damit haben wir längst im Sinne Ihres Antrags gehandelt.

Auf einen anderen Umstand möchte ich ebenfalls hinweisen. Anders, als Sie in Ihrem Antrag den Eindruck erwecken wollen, ist Nordrhein-Westfalen ein außerordentlich attraktiver Standort für Lehramtsbewerber.

(Beifall von der CDU)

Das zeigt sich schon daran, dass wir heute mit 33 % einen so hohen Anteil von Bewerbern aus anderen Bundesländern haben wie noch nie. Nordrhein-Westfalen unternimmt also extreme Anstrengungen ...

(Sören Link [SPD]: Da bleiben unsere Leute auf der Strecke, oder was? 600 Leute bleiben auf der Strecke!)

– Das können Sie ja ändern. Wenn Sie der Meinung sind, dann können Sie das ändern, Herr Link.

Wichtig ist mir, darauf hinzuweisen: Das riesige System von 106 Seminaren, 2.500 Fachleitern und 6.300 Ausbildungsschulen arbeitet nicht nur exzellent, sondern vor allem an der Grenze seiner Kapazitäten, an der Grenze seiner Möglichkeiten.

Betroffen von den Einschränkungen, um die es geht, sind ohnehin nicht alle, sondern nur ein Lehramt, nämlich das für Gymnasien und Gesamtschulen. Hier übersteigt die Anzahl der Bewerber mit 2.700 die Zahl der Einstellungsmöglichkeiten. Dies und die damit verbundene Frist bis zum 18. Juni waren den Bewerbern natürlich schon zum Zeitpunkt ihrer Bewerbung bekannt,

(Gunhild Böth [LINKE]: Nein!)

und auch die Hochschulen sind informiert worden. Von später Information, wie Sie unterstellen, kann überhaupt keine Rede sein.

(Gunhild Böth [LINKE]: Nein! Ende Mai!)

Um es klar zu sagen: Sie wollen nicht, wie Sie behaupten, einer möglichen Klagewelle vorbeugen, sondern Sie wollen mit Ihrem Antrag eine solche erst auslösen. Damit instrumentalisieren Sie die berechtigten Interessen junger Bewerber für die eigenen politischen Ziele, ohne ihnen wirklich zu helfen.

(Beifall von der CDU)

Helfen würden Sie ihnen nur – damit komme ich zu der neueren Entwicklung –, wenn Sie noch mehr Mittel bereitstellen und noch mehr Stellen schaffen würden, als wir das schon getan haben. Darauf haben Sie Ihre Regierungspartner von SPD und Grüne offensichtlich in letzter Minute hingewiesen. Deshalb haben Sie jetzt noch schnell einen gemeinsamen Änderungsantrag vorgelegt, der genau das ankündigt. Wir sind sehr gespannt, ob Sie das wirklich im Haushalt anpacken wollen und ob dem dann Einsparungen an anderer Stelle gegenüberstehen.

Abschließend, meine Damen und Herren: Unsere beispiellosen Leistungen für Bildung, Schulen und auch für die Chancen für Lehramtsbewerber sprechen für sich.

(Lachen von Sören Link [SPD])

Kein anderes Bundesland hat die Ausgaben für Bildung so gesteigert wie Nordrhein-Westfalen in den letzten fünf Jahren.

(Beifall von der CDU – Sigrid Beer [GRÜNE]: Irgendwie haben die Menschen das anders gesehen!)

– Frau Beer, hören Sie! – Noch einmal: Kein anderes Bundesland hat diese Ausgaben so gesteigert, und Sie können sich gerne daran abarbeiten. Wir sind auf Ihre Vorschläge sehr gespannt.

(Beifall von der CDU)

Ihren Finanzierungsvorschlägen sehen wir deshalb mit Spannung entgegen. Ihren Antrag und damit die Instrumentalisierung von Lehramtsbewerbern lehnen wir natürlich ab. Der Diskussion über den Änderungsantrag sehen wir dagegen mit Spannung entgegen. – Vielen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Hachen. – Für die SPD-Fraktion hat nun Kollege Link das Wort.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Und darf ich dann keine Zwischenfrage stellen?)

Sören Link (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Dr. Hachen, bei Ihrer Rede bin ich teilweise sprachlos gewesen.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: So ist das!)

Sie erklären die Schulpolitik der letzten fünf Jahre zur beispiellosen Erfolgsgeschichte, blenden völlig aus, dass Sie unter anderem wegen der Bildungspolitik abgewählt worden sind,

(Beifall von den GRÜNEN)

Sie erzählen, dass Sie Zigtausende Referendarstellen und Lehramtsanwärterstellen geschaffen haben,

blenden völlig aus, dass viel mehr Lehrerinnen und Lehrer in den Ruhestand gehen, als Sie neu eingestellt haben, und

(Zuruf von Karl-Josef Laumann [CDU])

– Herr Laumann, vielleicht hören auch Sie zu, dann können Sie etwas lernen – Sie blenden das eigentliche Kernproblem völlig aus, dass Sie nämlich zum zweiten Mal in einer Nacht- und Nebelaktion Lehrer, Schulen und Bevölkerung in übelster Art und Weise getäuscht haben, und das kurz vor der Wahl, und das war eben nicht – weder den Lehrern noch den Schulen oder den Universitäten und schon gar nicht der Bevölkerung – klar.

(Beifall von SPD, GRÜNEN und LINKEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich will es an einem einfachen Beispiel deutlich machen. Sie sind Lehramtsstudent oder -studentin, bemühen sich, den Abschluss zu erlangen, zahlen dank CDU und FDP im Moment noch Studiengebühren – das werden wir im nächsten Jahr ändern –, Sie waren diszipliniert, lernten zügig, feierten ein wenig und kamen gut durch das Studium. Jetzt steht die Schlussphase an, die Prüfung vor der Tür, also eine besondere Stresssituation. Sie haben die Prüfungstermine, Sie lernen, bereiten sich vor, und plötzlich und unvermittelt platzt genau in diese Situation die Botschaft der Landesregierung, dass Sie ab jetzt noch 14 Tage lang Zeit haben, die Prüfungen zu bestehen, sie bewerten zu lassen und die Zeugnisse einzureichen.

Nur 14 Tage! – Bis dahin haben Sie noch überhaupt keine bewerteten Abschlussarbeiten, Sie haben keine Noten, und Sie haben keine Zeugnisse; denn Ihre Prüfungstermine haben sich an der Ausschluss- und Abgabefrist 9. August orientiert. Das war diejenige Frist, die von der Landesregierung angekündigt war. Die Konsequenz: Sie verlieren dadurch ein halbes Jahr.

Meine Damen und Herren von der damaligen Regierungskoalition, von CDU und FDP, das war keine Fiktion, das war kein gestelltes Beispiel, das war keine schlechte Geschichte, sondern ein realer Lebenslauf „NRW 2010“.

Ich hoffe, Sie erkennen das Problem. Lehramtsstudierende, die bis zum Sommersemester 2010 ihr Studium beendet haben, werden um ein halbes Jahr ihrer Lebenszeit durch Sie betrogen – ein halbes Jahr, in dem sie schon ihre Ausbildung im Referendariat hätten fortsetzen können, und ein halbes Jahr, in dem Sie schon hätten da sein können, wo sie gebraucht und dringend erwartet werden, nämlich in den Klassen und von den Kindern in diesem Land.

(Beifall von SPD, GRÜNEN und LINKEN)

So wie in meinem Beispiel geht es nicht um einen, eine oder einige wenige, sondern um 600 junge Absolventinnen und Absolventen in Nordrhein-Westfalen, 600 junge Menschen, die darauf vertraut haben, dass es wie in jedem Jahr die Möglichkeit geben

würde, Zeugnisunterlagen bis zum August nachzureichen.

Sie haben auch, Herr Dr. Hachen, auf die Pressearbeit des CDU-geführten Schulministeriums vertraut, das noch am 19. März 2010 verkündet hat, dass Zeugnisse über das erste bestandene Staatsexamen bis zum 9. August 2010 nachgereicht werden können. Am 19. März hat ihre Schulministerin das damals den jungen Leuten und der Öffentlichkeit erklärt. Wenige Tage später – dazwischen war nur eine Wahl – erklären Sie, es war alles nicht so gemeint, das hätten sie wissen müssen. Sie selbst haben damit die Vertrauensbasis geschaffen und tragen mithin auch die Verantwortung für dieses Handeln.

Aber – ich habe es bereits angedeutet – es war nicht das erste Mal. Ich erinnere nur an die Abschaffung des Mangelfächerlasses – auch in einer Nacht- und Nebelaktion, auch ohne Vorwarnung und ohne Kommunikation mit den Betroffenen. Schon da haben Sie uns vor Augen geführt, wie Politik gerade nicht funktionieren sollte. Auch hier erinnere ich an die Seiteneinsteiger, an die Menschen, die ihren Beruf aufgegeben haben in der Hoffnung und im Vertrauen auf Ihre Zusage, sie würden verbeamtet werden können.

Weil Sie es versäumt haben, rechtzeitig mehr Geld für die Referendare zur Verfügung zu stellen, müssen 600 Lehramtsanwärter, die wir eigentlich dringend in den Schulen bräuchten, jetzt in die Warteschleife. Weil Sie die Öffentlichkeit und die jungen Menschen wiederholt getäuscht haben, müssen 600 junge Menschen jetzt in die Warteschleife. Wie gesagt, Sie wussten es schon vorher, Sie wussten es im April und damit vor der Wahl. Aber Sie haben die Frist willkürlich verkürzt, um Fakten zu schaffen, vom unsinnigen Numerus clausus ganz zu schweigen. Das ist unlautere Politik in Ihrer Verantwortung.

(Beifall von SPD, GRÜNEN und LINKEN)

Sehr geehrte Damen und Herren, wer noch wenige Wochen vor der Wahl Referendare lockt und für das Lehramt wirbt, obwohl er weiß, dass er nicht genügend Geld hat, der täuscht die jungen Menschen, die Schulen und die Öffentlichkeit und zerstört das Vertrauen, das notwendig ist, dauerhaft die besten und motiviertesten jungen Lehrerinnen und Lehrer an unsere Schulen in Nordrhein-Westfalen zu binden. Das ist Ihre Verantwortung und Ihr Erbe, sehr geehrte Damen und Herren von der CDU und der FDP. Die Art und Weise, wie Sie wiederholt junge Menschen und deren Vertrauen getäuscht haben, spricht eigentlich Ihrem bürgerlichen Anspruch Hohn. – Herzlichen Dank.

(Beifall von SPD, GRÜNEN und LINKEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Link. – Für die Grünen-Fraktion spricht Frau Kollegin Paul.

(Sören Link [SPD]: Habe ich noch vergessen: Koalition der Einladung! – Heiterkeit)

Josefine Paul (GRÜNE): Herr Landtagspräsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Während wir hier debattieren und beraten, werden an der Universität beispielsweise in meinem Wahlkreis in Münster noch mündliche Prüfungen zur Erlangung des Ersten Staatsexamens abgelegt. Doch mitten in ihre Vorbereitung flatterte eben diesen Prüflingen ein Schreiben der Bezirksregierung mit der Mitteilung, dass die Nachreichfristen für ihre Abschlusszeugnisse vom 9. August auf den 18. Juni 2010 vorgezogen wurden.

Das bedeutet für viele dieser Lehramtsanwärterinnen und Lehramtsanwärter für Gymnasien und Gesamtschulen nicht mehr und nicht weniger als eine unfreiwillige Verlängerung ihrer Sommerferien bis mindestens Februar.

Damit hat die alte Landesregierung für die Lehramtskandidatinnen und Lehramtskandidaten und auch für die Hochschulen ein Sommertheater eingeleitet, von dem bis Anfang Juni wohl nur das Schulministerium wusste.

(Beifall von den GRÜNEN)

Denn Hochschulen und Studierende hatten sich auf einen Erlass vom 9. März 2010 verlassen, in dem zu lesen war, dass mit einem NC-Verfahren gerade nicht zu rechnen sei. Offensichtlich hatte man sich damals nicht getraut, den Hochschulen und vor allem den Studierenden reinen Wein einzuschenken und ehrlich auf Risiken und Konsequenzen eines solchen Zulassungsverfahrens hinzuweisen. Lieber wollte man offensichtlich bis zum 9. Mai heile Welt spielen.

Doch damit nicht genug: Das Schulministerium hat zwischen dem 15. Mai und dem 3. Juli in mehreren überregionalen Anzeigen Kampagnen gestartet, um für den Lehrerberuf an Gymnasien und Gesamtschulen in NRW zu werben. Das ist ja an sich nicht schlecht, denn – das haben wir gerade schon gehört – wir brauchen diese Lehrkräfte.

Durch diese Kampagnen und die öffentliche Verlautbarung vom 9. März wurden jedoch hohe Erwartungen bei den Bewerberinnen und Bewerbern erzeugt, die dann durch die Landesregierung nicht erfüllt wurden. Woran liegt das? – Vielleicht hatte die abgewählte Landesregierung sich verzockt, darauf spekuliert, dass sie auf einmal doch noch die Betreuung für alle Bewerberinnen und Bewerber gewährleisten könnte. Als man diese Hoffnung nicht umsetzen konnte, da wurden die Konsequenzen kurzerhand durch die bürokratische Hintertür auf die Betroffenen abgewälzt.

Vor diesem Hintergrund haben wir großes Verständnis für den Antrag der Linken. Es ist ja schon durch Die Linke angeklungen, dass wir uns in gewisser Art und Weise verständigen konnten.

Allerdings müssen wir nach Prüfung im nun grünen Schulministerium leider feststellen, dass nur durch einen rechtzeitigen Nachtragshaushalt, der ja nicht in unserer, sondern in Ihrer Verantwortung, liebe Kollegen von CDU und FDP, gelegen hätte, die Voraussetzungen hätten geschaffen werden können, um allen Bewerberinnen und Bewerbern ein Beschäftigungsangebot zu machen. Jetzt müssen wir leider zur Kenntnis nehmen, dass dieser schwarz-gelbe Zug abgefahren ist, sprich: das Verfahren zu weit fortgeschritten und daher nicht mehr rückholbar ist.

Stattdessen werden wir uns nun darauf konzentrieren müssen, allen Bewerberinnen und Bewerbern zum 1. Februar 2011 ein Einstellungsangebot machen zu können.

(Beifall von den GRÜNEN)

Natürlich muss man aber auch darüber nachdenken, wie man den Bewerbern und Bewerberinnen, die durch die verkürzte Nachreichfrist in diesem Sommer benachteiligt wurden, helfen kann, diese Benachteiligungen zu reduzieren. Deshalb muss der Vertretungsunterricht, der unter Umständen von diesen Bewerberinnen und Bewerbern in der Zeit zwischen August und Februar geleistet wird, auf den Vorbereitungsdienst angerechnet werden können. So können wir zumindest ein wenig von diesen Konsequenzen abfedern, die dieser schwarz-gelbe Vertrauensbruch für diejenigen hergestellt hat, die fälschlicherweise angenommen hatten, dass im Sommer noch gilt, was im Frühjahr angekündigt wurde. – Vielen Dank.

(Beifall von GRÜNEN, SPD und LINKEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Kollegin Paul, und Glückwunsch zur ersten Rede in diesem Hohen Hause. – Als nächste Rednerin spricht für die FDP-Fraktion Frau Pieper-von Heiden.

Ingrid Pieper-von Heiden (FDP): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Jetzt wollen wir mal ein bisschen abrüsten. In der Tat ist im Moment die Situation an den Studienseminaren nicht einfach, aber Sie werden sicherlich in den letzten Stunden oder gestern durch die neue Schulministerin erfahren haben, was da wirklich los ist.

Es ist so, dass die Lehramtsstudenten seinerzeit bereits im Bewerbungsverfahren auf die Einführung eines möglichen Numerus clausus hingewiesen worden sind. Auch wurde der 18. Juni bereits im Vorfeld als möglicher Stichtag für das Einreichen der Zeugnisse angekündigt.

Die Situation ist eng, aber Sie wissen auch genau, warum sie so eng ist. Sie haben unter Ihrer Verantwortung bis 2005 Tausende von Plätzen an Studienseminaren abgebaut. Schwarz-Gelb hat für den Lehrerberuf geworben, und wir haben so viele Studienanfänger für dieses Studium bekommen, wie wir selber uns das kaum gedacht hatten. Wir waren aber

sehr froh darüber, weil wir ein Aufbruchsignal geliefert haben.

Dann haben wir seit 2005 über 3.000 zusätzliche neue Plätze an Studienseminaren geschaffen. Und siehe da, auch Folgendes ist trotz des Lehrermangels passiert: Die Zahl der Bewerber aus anderen Bundesländern, die in 2005 noch so um die 14 % lag, ist in 2010 auf 33 % angestiegen. Wenn Sie so wollen, sind wir Opfer unseres eigenen Erfolges geworden.

Es ist wichtig und richtig – und das ist die Aufforderung an die neue Landesregierung –, jetzt dafür zu sorgen, dass die Studienplätze, die Plätze an Studienseminaren genauso beherzt weiter ausgebaut werden, wie das unter Schwarz-Gelb in den letzten fünf Jahren geschehen ist.

(Beifall von FDP und CDU)

Das ist ein ganz klarer Auftrag an Sie, auch wenn es in der Tat nicht den aktuellen Lehramtsstudenten hilft. Sie wissen aber auch, dass deren Vertretungstätigkeiten auf den Vorbereitungsdienst angerechnet werden. Das war denen übrigens bekannt. Dass das für Sie alles relativ neu ist, ergibt sich auch daraus, dass uns einmal mit Datum vom 6. Juli der Antrag der Linken vorliegt, der dann durch den gemeinsamen Änderungsantrag von SPD, Grünen und Linken mit heutigem Datum einkassiert wurde. Gestern hat dann unsere neue Schulministerin ihr Amt angenommen und offenbar festgestellt, was da in den letzten Tagen passiert ist und welche Informationen herausgegangen sind.

Das steht im Gegensatz zu dem, was Sie, Frau Böth, gegenüber der Presse gesagt haben: Dann müssen wir einen Antrag stellen, dann machen wir das über einen Antrag. – Inzwischen scheinen Sie zu wissen und sind wohl auch vom Haus darauf hingewiesen worden, dass so etwas überhaupt nicht per Antrag geht, sondern dass dafür ein Nachtragshaushalt erforderlich ist, dass jede einzelne Stelle im Haushalt 2010, den dieses Parlament verabschiedet hat, festgelegt ist und dass das nicht einfach so durch einen Antrag abänderbar ist.

Ich ermuntere Sie sehr dazu, dieses im Nachtragshaushalt so vorzusehen. Sie werden aufseiten der jetzigen Oppositionsfaktionen – für die FDP will ich das einmal so sagen – bestimmt keinen Bedenken begegnen, wenn sie die Zahl der Studienplätze erhöhen. Das ist genau unsere Politik. Wenn Sie die Politik der Liberalen und der Christdemokraten in diesem Hause, für mehr Ausbildungsplätze für Lehramtsstudenten zu sorgen, fortsetzen, dann können Sie auch sicher sein, dass Sie unsere Unterstützung haben. – Danke schön.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Kollegin Pieper-von Heiden. – Es spricht nun für die Landesregierung Frau Ministerin Löhrmann.

Sylvia Löhrmann, Ministerin für Schule und Weiterbildung: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Frau Pieper-von Heiden! Ich begrüße das Ende Ihrer Ausführungen wirklich sehr. Ich freue mich, dass Frau Pieper-von Heiden einem Nachtragshaushalt zustimmen wird, in dem unter anderem die Absicherung von zukünftigen Stellen für Lehramtsanwärterinnen und Lehramtsanwärter vorgesehen ist.

(Beifall von SPD, GRÜNEN und LINKEN)

Das finde ich doch einmal eine sehr, sehr gute Nachricht. Das halten wir hier schon einmal fest.

Im Gegensatz zu Ihrem Ärger über den Antrag der Fraktion der Linkspartei kann ich das Anliegen des Antrages ausdrücklich verstehen. Versetzen Sie sich doch einmal in die Lage einer jungen Examenskandidatin, die ihre Prüfung zum Ende des jetzigen Sommersemesters abschließt und darauf vertraut hat, dass sie mit großer Sicherheit zum August dieses Jahres nahtlos in das Referendariat überwechseln kann. Dazu hatte sie nämlich aufgrund der Versprechungen der alten Landesregierung allen Anlass. Und das ist ja der Auslöser für die Debatte in der Öffentlichkeit.

Die Regierung Rüttgers hat doch in überregionalen Anzeigen bis in die jüngste Zeit für den Lehrerberuf so offensiv geworben, dass man es nicht anders verstehen konnte: In Nordrhein-Westfalen stehen allen, die ein erstes Staatsexamen oder ein Lehramtsmaster absolviert haben, die Türen zur Lehrerausbildung in unseren Seminaren weit offen. Frau Ministerin Sommer hat wiederholt versprochen, dass jeder Lehramtsstudent und jede Lehramtsstudentin, die bei uns anklopft, in Nordrhein-Westfalen auch ausgebildet werden kann. Noch in ihrem Erlass zum Seminareinweisungsverfahren vom Frühjahr dieses Jahres hat die schwarz-gelbe Landesregierung signalisiert, dass ein NC-Verfahren – ich zitiere – „nicht zu erwarten sei“.

Damit, meine Damen und Herren von der CDU/FDP-Opposition, haben Sie – milde gesagt – das Vertrauen der jungen Leute schwer enttäuscht, und Sie haben uns,

(Beifall von SPD, GRÜNEN und LINKEN)

der neuen Regierung, eine Altlast hinterlassen, die wir, wenn wir juristisch einwandfrei vorgehen wollen, was wir natürlich tun, erst zum 1. Februar 2011 werden wirklich abbauen können.

Meine Damen und Herren von der Fraktion Die Linke, haben Sie bitte Verständnis dafür, dass Ihr Vorschlag, die Nachreichfrist auf den 9. August zu erweitern, in einem rechtsstaatlichen Verfahren nicht umsetzbar ist und darüber hinaus den jungen Leuten,

denen Sie verständlicherweise helfen wollen, nicht hilft. Der Vorschlag hilft deshalb nicht, weil auch eine längere Nachreichfrist in unseren Seminaren zum August 2010 keinen einzigen weiteren Ausbildungsplatz zusätzlich schafft, weil es dafür zurzeit keine Einstellungsermächtigung durch den Haushaltsgesetzgeber gibt.

Die von Ihnen beantragte Fristverlängerung würde – da in einem laufenden Verfahren die Regeln geändert würden – die Rechtsunsicherheit schaffen, die auch Sie zu Recht vermeiden wollen.

Das Land Nordrhein-Westfalen würde rechtswidrig handeln, wenn es lange feststehende und allen Bewerberinnen und Bewerbern bekannte Fristen im Verfahren nachträglich abänderte. Das könnte in der Tat einige Anwärterinnen und Anwärter, die fristgerecht bis zum 18. Juni ihr Zeugnis nachgereicht haben, mit Aussicht auf Erfolg veranlassen, den Klageweg zu beschreiten, nämlich dann, wenn sie durch später hinzukommende Bewerberinnen und Bewerber mit leicht besseren Noten aus dem Feld geschlagen würden. Das würde dann die Klagewelle auslösen, die Sie wie auch wir verhindern wollen.

Ich mache Ihnen deshalb den Vorschlag, uns gemeinsam auf den anstehenden Einstellungstermin im Februar 2011 zu konzentrieren und dafür zu sorgen, dass zu diesem Zeitpunkt genügend Ausbildungsplätze für alle Bewerberinnen und Bewerber tatsächlich zur Verfügung stehen – natürlich nur für die, die auch geeignet erscheinen, diese wichtige Aufgabe auch wirklich erfüllen zu können.

Bitte helfen Sie uns – diesen Appell richte ich ausdrücklich an alle Fraktionen des Landtags, und ich kann mir nicht vorstellen, dass sich die CDU dem widersetzen würde –, eine große Mehrheit dafür zu schaffen, dass wir es hinbekommen, am 1. Februar 2011 allen Lehramtsabsolventinnen und -absolventen, die in Nordrhein-Westfalen ihre Ausbildung beginnen wollen, dafür auch die haushaltsrechtliche Möglichkeit einzuräumen.

(Beifall von SPD, GRÜNEN und LINKEN)

In der Zwischenzeit wollen wir alles tun, was in unseren Kräften steht, um denen zu helfen, die unter dem Versäumnis der alten Regierung jetzt zu leiden haben.

(Beifall von Sigrid Beer [GRÜNE])

Wir möchten ihnen Möglichkeiten eröffnen, das halbe Jahr von August bis Februar durch sinnvolle pädagogische Arbeit in unseren Schulen zu überbrücken. Sie sind als Vertretungslehrkräfte an unseren Schulen bestimmt gerne gesehen.

Wir werden zusätzlich wohlwollend prüfen, dass eine solche Vertretungstätigkeit dann bei individuellem Interesse auf die nachfolgende Seminausbildung angemessen angerechnet werden kann.

Insoweit begrüße ich den vorgelegten Änderungsantrag von SPD, Grünen und Linken.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit. Da ja jetzt die Sommerferien anfangen, wünsche ich Ihnen eine schöne Sommerpause. Vor allem wünsche ich aber den Schülerinnen und Schülern in Nordrhein-Westfalen wunderschöne Sommerferien. – Herzlichen Dank.

(Beifall von SPD, GRÜNEN und LINKEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Ministerin Löhrmann. – Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende der Debatte.

Wir kommen zur Abstimmung. Entgegen dem Ausdruck ist der Antrag gestellt worden, den **Antrag Drucksache 15/34** an den **Ausschuss für Schule und Weiterbildung** zu überweisen. Mit überwiesen wird auch der **Änderungsantrag Drucksache 15/54**. Wer stimmt dieser Überweisung zu? – Ist jemand dagegen? – Gibt es Enthaltungen? – Das ist

nicht der Fall. Damit sind beide Anträge einstimmig **überwiesen**.

Meine Damen und Herren, wir sind am Ende der heutigen Sitzung.

Die **nächste Sitzung** findet statt am Mittwoch, den 15. September 2010, 10 Uhr.

Ich wünsche Ihnen einen schönen Tag und eine schöne Sommerpause und darf mich den guten Wünschen der Schulministerin an dieser Stelle anschließen. Auf Wiedersehen!

Ich schließe die Sitzung.

Schluss: 15:32 Uhr

*) Von der Rednerin bzw. dem Redner nicht überprüft (§ 96 GeschO)

Dieser Vermerk gilt für alle in diesem Plenarprotokoll so gekennzeichneten Rednerinnen und Redner.